



32. Jahrgang · 2005 · Heft 4

Franz Steiner Verlag



Vierteljahreszeitschrift für
Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Begründet von Otto Borst

Schwerpunkt: Stadtumbau

Peter Gatzweiler
**Stadtumbau – ein neuer
Schwerpunkt der Städtebaupolitik**

Gerd Albers
**Schrumpfung – Gefahr und Chance
für die Alte Stadt**

Karoline Brombach / Johann Jessen
Stadtumbau in englischen Kleinstädten

Thomas Pristl
40 Jahre Stadtumbau in Kassel

Jan Wilhelm
Eventplanung in der Göttinger Altstadt

Marlies Möller / Uwer Richter / Anita Torchala
Stadtumbau und Denkmalpflege in Freiberg

Die alte Stadt

Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt
in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme, August Gebeßler,
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Begründet von Otto Borst

Redaktionskollegium:

HANS SCHULTHEISS (Chefredakteur) – Prof. Dr. AUGUST
GEBESSLER (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft
Die alte Stadt e.V.) – Dr. WINFRIED MÖNCH (Bespre-
chungen).

Prof. Dr. HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin, Institut für
Sozialwissenschaften – Prof. Dr. DIETRICH DENECKE,
Universität Göttingen, Geographisches Institut –
Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität Trier, Fachbe-
reich Geschichte – Prof. Dr. TILMAN HARLANDER, Uni-
versität Stuttgart, Institut Wohnen und Entwerfen –
Dr. HELMUT HERBST, Galerie der Stadt Waiblingen –
Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart, Städte-
bau-Institut – Prof. Dr. RAINER JOOSS, PH Schwäbisch
Gmünd, Historisches Seminar – Prof. Dr. URSULA VON
PETZ, RWTH Aachen, Planungstheorie und Stadtplan-
nung – VOLKER ROSCHER, Architektur Centrum Ham-
burg – Prof. Dr. JOACHIM SCHULTIS, Heidelberg – Prof.
Dr. DIETER SCHOTT, University of Leicester, Dep. of
Economic and Social History – Prof. Dr. HOLGER
SONNABEND, Universität Stuttgart, Historisches Insti-
tut.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungs-
exemplare werden an die Redaktionsadresse
erbeten: Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726
Esslingen a.N., Marktplatz 16, 73728 Esslingen a.N.,
Tel.: (0711) 3512 3242,
Fax: (0711) 3512 2418.

Die Zeitschrift *Die alte Stadt* ist zugleich Mitglieder-
zeitschrift der ca. 140 Städte umfassenden Arbeits-
gemeinschaft Die alte Stadt e.V.

Erscheinungsweise: Jährlich 4 Hefte
zu je 88 Seiten

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 78,- Einzelheft EUR 22,-,
jeweils zuzüglich Versandkosten. Vorzugspreis für
Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen
Studienbescheinigung EUR 59,- zzgl. Versandkosten.
Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet

bestellt, zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündi-
gungen des Abonnements können nur zum Ablauf
eines Jahres erfolgen und müssen bis zum 15.
November des laufenden Jahres beim Verlag
eingegangen sein.

Verlag: Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH,
Sitz Stuttgart
Birkenwaldstraße 44, D-70191 Stuttgart; Postfach
101061, D-70009 Stuttgart
Tel.: (0711) 2582-0, Fax: (0711) 2582-408 (390),
Internet: <http://www.steiner-verlag.de>, E-mail:
cfelmik@steiner-verlag.de

Anzeigenleitung (verantwortlich): Susanne
Szoradi (sszoradi@steiner-verlag.de)

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Der
Verlag haftet nicht für unverlangt eingereichte
Manuskripte. Die der Redaktion angebotenen
Originalbeiträge dürfen nicht gleichzeitig in anderen
Publikationen veröffentlicht werden. Mit der
Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor
dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die
Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlos-
sen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung
elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in
Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfälti-
gung und Verbreitung online und offline.
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt. Kein Teil dieser Zeit-
schrift darf außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmi-
gung des Verlags in irgendeiner Form reproduziert
oder in eine von Maschinen, insbesondere von
Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache
übertragen werden.

Druck: Printservice Decker & Bokor, München

© 2005 Franz Steiner Verlag
Wiesbaden GmbH, Sitz Stuttgart
Printed in Germany. ISSN 0170-9364



Schwerpunkt: Stadtumbau

Editorial – Freiburger Resolution zum Stadtumbau in Klein- und Mittelstädten 2005	283
PETER GATZWEILER, Stadtumbau – ein neuer Schwerpunkt der Städtebaupolitik des Bundes	285
GERD ALBERS, Schrumpfung – Gefahr und Chance für die alte Stadt	294
KAROLINIE BROMBACH / JOHANN JESSEN, Stadtumbau in englischen Kleinstädten. Das Beispiel Whitehaven	304
THOMAS PRISTL, 40 Jahre Stadtumbau in Kassel. Zur stadthistorischen Dimension eines aktuellen Planungsthemas	317
JAN WILHELM, Eventplanung in der Göttinger Altstadt	330
MARLIES MÖLLER / UWE RICHTER / ANITA TORCHALA, Stadtumbau und städtische Denkmalpflege in Freiburg. Ein Werkstattbericht.	349
Autoren	356
 Besprechungen	
GUNNAR BRANDS / HANS-GEORG SEVERIN (Hrsg.), Die spätantike Stadt und ihre Christianisierung (<i>Immo Eberl</i>)	358
GÜNTHER SCHMITT / MARTINA FISCHER, Kulturzentrum Kloster Herbrechtingen (<i>Immo Eberl</i>)	359
MICHAEL MATHEUS (Hrsg.), Stadt und Wehrbau im Mittelrheingebiet (<i>Immo Eberl</i>)	359
ANJA RIECK, Frankfurt am Main unter schwedischer Besatzung 1631-1635 (<i>Michael Kaiser</i>)	360

ANNETTE FRESE / FRIEDER HEPP (Hrsg.), Der Winterkönig. Heidelberg zwischen höfischer Pracht und Dreißigjährigem Krieg (<i>Michael Kaiser</i>)	362
DIRK SCHUBERT, Die Gartenstadtidee zwischen reaktionärer Ideologie und pragmatischer Umsetzung (<i>Renate Kastorff-Viehmann</i>)	363
GEORG MÖRSCH, Denkmalverständnis. Vorträge und Aufsätze 1990-2002 (<i>Robert Kaltenbrunner</i>)	364
KAI F. HÜNEMÖRDER, Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (<i>Michael Wettengel</i>)	366
FRANK UEKÖTTER, Von der Rauchplage zur ökologischen Revolution. Eine Geschichte der Luftverschmutzung in Deutschland und den USA 1880-1970 (<i>Michael Wettengel</i>)	367
WOLFGANG KIL, Luxus der Leere. Vom schwierigen Rückzug aus der Wachstumswelt (<i>Andreas Ludwig</i>)	368
MATTHIAS BOECKL, StadtUmbau / Urban Conversion. Recent International Examples (<i>Dirk Schubert</i>)	370
PETER JOHANEK / FRANZ-JOSEPH POST, Vielerlei Städte. Der Stadtbegriff (<i>Robert Kaltenbrunner</i>)	371

Freiberger Resolution zum Stadtumbau:

Stadtumbau ist weit mehr als „Rückbau“

Die **Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.** hat mit dem Thema „Stadtumbau“ auf ihrer Internationalen Städtetagung 2005 in Freiberg/Sachsen ein Handlungsfeld aufgegriffen, das für die nachhaltige Entwicklung unserer Mittel- und Kleinstädte eine große Herausforderung darstellt.

„Stadtumbau“ ist ein Schlüsselbegriff der Stadtentwicklung geworden – nicht zuletzt durch die Bundesprogramme „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“. Stadtumbau antwortet auf den radikalen wirtschaftlichen Strukturwandel und die dramatischen Wanderungsprozesse, die nicht nur in Ostdeutschland in vielen Städten zu Überkapazitäten auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt geführt haben. Stadtumbau wird daher oft als „Rückbau“ von Gebäuden begriffen. Diese Sichtweise greift aber zu kurz.

Die **Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.** wendet sich daher mit folgenden Leitgedanken an alle öffentlichen und privaten Akteure der Stadtentwicklung:

1. Stadtumbau muss als gesamtstädtischer Prozess, ja als interkommunaler, stadt-regionaler Prozess gestaltet werden, der Prioritäten setzt.

Stadtumbau dient der nachhaltigen Anpassung unserer Städte an den Strukturwandel, der – je nach großräumiger wie kleinräumiger Lage – von Schrumpfung oder Wachstum geprägt ist. Er bedarf wie seitens des Bundes und der Länder gefordert einer integrierten Stadt- und Regionalentwicklungsplanung. Stadtumbau benötigt auch klare Prioritäten – zugunsten der traditionellen Stadt, der „alten Stadt“. Die alte Stadt ist aufgrund ihrer baugeschichtlichen Zeugnisse, ihrer Nutzungsmischung und ihrer öffentlichen Räume der bedeutendste Raum der Stadt der Zukunft, sie ist der Hauptbezugspunkt regionaler Identität.

2. Stadtumbau bedarf einer klaren Förderungslandschaft.

Die Städtebauförderung seitens des Bundes und der Länder ist im internationalen Vergleich eine herausragende kulturelle, wirtschaftliche und soziale Leistung. Mit dem Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ ist ein Bundesprogramm geschaffen worden, das der Zukunft der traditionellen Stadt dient. Gleiches gilt für das Programm „Stadtumbau“, wenngleich nicht alle Akteure dies so interpretieren. Es gibt aber darüber hinaus noch ein ganzes Spektrum vor allem indirekter Subventionen zugunsten einer weiteren Zersiedelung der Landschaft. Diese bedrohen die traditio-

nelle Stadt und sollten zurückgefahren werden. Wünschenswert ist im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung, wie sie auch im Städtebaubericht der Bundesregierung gefordert wird, eine Harmonisierung der Förderungslandschaft zugunsten der „alten Stadt“.

3. Stadtumbau bedarf einer breiten Trägerschaft, einer Stadtumbaukoalition.

Gerade in Zeiten begrenzter öffentlicher Ressourcen ist eine breite Trägerschaft des Stadtumbaus unverzichtbar. Nur in Zusammenarbeit der öffentlichen Hand, privater Investoren, gesellschaftlicher Initiativen und aktiver Stadtbürger aus der gesamten Stadtregion kann die Zukunft der Stadt, insbesondere der alten Stadt, gesichert werden.

4. Stadtumbau bedarf einer Erfolgskontrolle.

Auf Bundes- wie Landesebene sind Institutionen zur Überprüfung der Wirkung der Förderung des Stadtumbaus eingerichtet worden. Diese müssen durch kommunale bzw. möglichst interkommunale Kontrollen ergänzt werden. Das erfordert den Aufbau eines Frühwarn- und Kontrollsystems, das eine Überprüfung des Erfolges von Programmen ermöglicht und so eine flexible und nachhaltige Stadtentwicklung unterstützt.

5. Stadtumbau bedarf eines Austauschs auf europäischer Ebene.

Die reichen Erfahrungen im Stadtumbau in anderen Ländern Europas müssen mehr Beachtung finden. Sie können helfen, die eigenen Probleme, Instrumente und Lösungen besser zu verstehen. Der Stadtumbau anderswo bedarf einer regelmäßigen Beobachtung und des gegenseitigen Gesprächs.

Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt
Esslingen am Neckar und Freiberg/Sachsen 2005

Peter Gatzweiler

Stadtumbau – ein neuer Schwerpunkt der Städtebaupolitik des Bundes

Stadtumbau ist eine neue Daueraufgabe, die derzeit Zeit politisch hoch gehandelt wird. Warum? Anhand von harten Fakten und Trends lässt sich nachdrücklich belegen, dass Stadtentwicklung in Deutschland nicht länger identisch ist mit Wachstum. Neu und von Gesellschaft und Politik als dringendes Problem erkannt und akzeptiert – vor allem im Osten Deutschlands – ist das Phänomen der Schrumpfung. Aber auch im Westen gibt es Städte und Gemeinden mit Schrumpfungstendenzen.

Als neue Herausforderung an eine zukunftsbeständige Stadtentwicklungspolitik zeichnet sich schon seit längerem ab, einen Paradigmenwechsel von gesteuertem Wachstum auf geordneten Rückzug vorzunehmen und umzusetzen. Der Umbau der Städte wird nicht länger nur, wie in der Vergangenheit gewohnt, dadurch bestimmt sein, Wachstum räumlich zu verteilen, sondern rückläufige Entwicklungen unter sozialen, ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten umfassend nachhaltig zu gestalten. Die Akzeptanz und der Erfolg solcher Strategien und Konzepte des Umbaus hängen davon ab, wie dieser Wandel nicht als Verlust, sondern als Gewinn von Lebensqualität und örtlicher Standortattraktivität erkennbar und vermittelbar wird – dies in dem Sinne „weniger ist mehr“.

Der Umbau unserer Städte als Reaktion auf Schrumpfungsprozesse, ihre Anpassung an die heutigen Bedürfnisse und die zukünftigen Erfordernisse gehört mittlerweile zu den wichtigsten innen- und städtebaupolitischen Aufgaben in Ost und West. Mit einem ganzen Bündel zielgerichteter Maßnahmen hat die Bundesregierung auf die Herausforderungen in der Stadtentwicklung geantwortet: Von rechtlichen Anpassungen im Planungs- und Baurecht über die Weiterentwicklung finanzieller Unterstützungsmaßnahmen (Programme Stadtumbau Ost und West der Städtebauförderung) bis hin zur Nutzung der Forschung als politisches Instrument für eine zukunftsgerichtete Stadtentwicklungspolitik. Der Städtebauliche Bericht 2004 der Bundesregierung verdeutlicht dies nachdrücklich.

1. Herausforderungen – wachsende und schrumpfende Städte in Deutschland

Zwei Prozesse kennzeichnen schrumpfende Städte: Der massive dauerhafte Verlust an Arbeitsplätzen durch wirtschaftlichen Strukturwandel und der Verlust an Einwohnern, insbesondere durch selektive Abwanderung der jüngeren, qualifizierteren, erwerbsorientierten Bevölkerung. Zusammen mit den Folgen dieser Prozesse auf

dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, für die städtische Infrastruktur, die Kommunalfinanzen usw. ergeben sich neue Aufgaben und Optionen für die Stadtentwicklung: Stadtentwicklungspolitik wird nicht länger allein dadurch bestimmt sein, Wachstum räumlich zu verteilen. Für die ostdeutschen Städte gilt es schon generell, für die westdeutschen in zunehmendem Maße, rückläufige Entwicklungen nachhaltig zu gestalten.

Die Frage, welche Städte in Deutschland aktuell stärker wachsen und welche stärker schrumpfen, haben wir im BBR mittels folgender sechs Indikatoren beantwortet: Bevölkerungsentwicklung in %, Gesamtwanderungssaldo je 1.000 Einwohner, Arbeitsplatzentwicklung in %, Arbeitslosenquote, Realsteuerkraft in Euro je Einwohner und Kaufkraft in Euro je Einwohner. Die Auswahl dieser Indikatoren geht davon aus, dass es sich bei Wachstum bzw. Schrumpfung um einen mehrdimensionalen Prozess handelt. Schrumpfung bedeutet dabei eine negative Zirkularität in der Stadtentwicklung, d.h. Bevölkerungsabnahme ist auf Wanderungsverluste zurückzuführen, Wanderungsverluste und hohe Arbeitslosigkeit wiederum auf starke Arbeitsplatzverluste. Der Rückgang von Bevölkerung und Arbeitsplätzen führt zu Kaufkraft- und Realsteuerkraftverlusten. Abnehmende private und öffentliche Mittel bewirken sinkende Investitionen in private Betriebe und öffentliche Infrastruktur, was sich wiederum verstärkend auf Schrumpfungsprozesse von Bevölkerung und Arbeitsplätzen auswirkt.

Eine Stadt ist umso mehr mit dem Problem Schrumpfung konfrontiert, je stärker die Bevölkerungsabnahme, je größer die Wanderungsverluste, je stärker der Arbeitsplatzrückgang, je höher die Arbeitslosigkeit und je geringer die Wirtschafts- und Kaufkraft sind. Schrumpfung gilt als Problem, wenn eine Stadt bei den einzelnen Indikatoren jeweils im unteren Quintil liegt, also zur Klasse der 20%-Gemeinden am unteren Ende der Rangskala gehört. D.h. je höher die Anzahl der Indikatorenwerte im unteren Quintil ist (max. 6), umso größer ist das Problem Schrumpfung. Entsprechendes gilt für den Gegenpol Wachstum.

Das Ergebnis zeigt: Wachstum und Schrumpfung sind in Deutschland ungleich verteilt. Im Osten konzentrieren sich die schrumpfenden, im Westen die wachsenden Städte und Gemeinden. Besonders von Schrumpfung betroffen im Osten sind Mittel- und Kleinstädte. Die wenigen Wachstumsgemeinden im Osten sind vor allem im Berliner Umland sowie im Einzugsbereich einiger Großstädte (z.B. Dresden, Leipzig, Magdeburg und Rostock) zu finden. Dagegen ist im Westen – von Ausnahmen wie dem Ruhrgebiet, dem Saarland oder Oberfranken abgesehen – Schrumpfung in der Regel ein singuläres lokales Problem. Im Westen ragen die großen Agglomerationsräume wie Hamburg, die Rheinschiene von Düsseldorf über Köln bis Bonn, Frankfurt, Stuttgart und München als regionale Wachstumscluster heraus. Wachsende Städte und Gemeinden finden sich dabei vor allem im Umland der Kernstädte.

Zunehmend gilt es daher, rückläufige Entwicklungen nachhaltig zu gestalten. Stadtumbau wird nicht länger auf den Abriss einzelner Gebäude beschränkt bleiben

können, erst recht nicht allein auf Wohngebäude. Denn leer stehende Gebäude werden auch gewerbliche Liegenschaften und Infrastruktureinrichtungen umfassen. Ein geordneter Rückbau wird als Zukunftsstrategie auf gesamtstädtischer Ebene mit baulich-räumlichen Konsequenzen für einzelne Stadtteile, wenn nicht ganze Städte zu konzipieren sein.

Stadtentwicklungspolitik und Städtebauförderung sind daher künftig stärker als bisher als Zusammenwirken traditioneller Stadterneuerungsmaßnahmen mit weitergehenden strukturellen Stadtumbaukonzepten bis hin zu behutsamen Rückbaustrategien zu verstehen.

2. Handlungsfelder für den Stadtumbau

Mit dem Stadtumbau wird ein Wandel im Aufgabenverständnis eingeleitet. In vielen städtischen Teilräumen geht es nämlich um einschneidende Veränderungen bisheriger Bau- und Nutzungsstrukturen. Denn wirtschaftsstruktureller Wandel sowie Rückgang und Alterung der Bevölkerung gehen mit Bedarfs- und Angebotsveränderungen in allen Lebensbereichen einher. Übergeordnete Ziele des Stadtumbaus sind deshalb die Anpassung der Stadtstruktur an die Erfordernisse der Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft. Die Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse und der Umwelt ist auch unter schwierigen Rahmenbedingungen der Auftrag für eine nachhaltige Städtebaupolitik.

Insbesondere stellt sich in Gebieten, die von erheblichen städtebaulichen Funktionsverlusten betroffen sind, die Aufgabe, Anpassungen zur Herstellung nachhaltiger städtebaulicher Strukturen vorzunehmen. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Stärkung innerstädtischer Bereiche, insbesondere durch die Erhaltung innerstädtischer Altbaubestände.

Aus städtebaulicher Perspektive lassen sich grundsätzlich verschiedene Handlungsfelder für den Stadtumbau unterscheiden wie sie auch im städtebauliche Bericht der Bundesregierung aufgeführt sind:

1. Um- und Wiedernutzung von baulichen Anlagen

Von großer Bedeutung für eine nachhaltige flächensparende Siedlungsentwicklung sind Um- und Wiedernutzungsmaßnahmen. Insbesondere für die innerstädtischen Altbaubestände und die stadtbildprägenden Gebäude gilt es, Umnutzungskonzepte zu entwickeln und durch gezielte Sanierungsmaßnahmen die Qualität der Gebäudesubstanz zu verbessern. Die Gebäude können so neuen Ansprüchen angepasst werden. Gebäudesanierung und -modernisierung können aber auch dazu beitragen, dass die bisherige Nutzung wieder belebt und fortgeführt wird.

2. Neubau im Bestand

Insbesondere in den innerstädtischen und innenstadtnahen Quartieren kann Neubau im Bestand, d.h. auf Brachflächen, zur Innenentwicklung beitragen. Das

Schließen von baulichen Lücken in städtebaulich ehemals geschlossenen Strukturen ist ein wesentlicher Beitrag zur Innenentwicklung. Allerdings gilt es zugleich, unter Beachtung der jeweiligen städtebaulichen Situation auch dem Bedarf der Bevölkerung an Grün- und Erholungsflächen nachzukommen, dem die hoch verdichteten innerstädtischen Wohnquartiere oftmals nicht gerecht werden.

3. Rückbau von baulichen Anlagen

Ein Rückbau baulicher Anlagen kommt dann in Frage, wenn absehbar ist, dass diese Anlagen einer bedarfsgerechten Nutzung nicht mehr dauerhaft zugeführt werden können. Mit einer Verzahnung des Rückbaus mit gezielten Aufwertungsmaßnahmen bietet der Stadtumbau die Chance, neue Qualitäten in den Städten zu schaffen, die allen Bewohnerinnen und Bewohnern zugute kommen und damit dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Die freigelegten Flächen sollen einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung oder hiermit verträglichen Zwischennutzungen zugeführt werden.

4. Stadtverträgliche Zwischennutzung

Die Bandbreite möglicher Folgenutzungen auf freigelegten Flächen kann sehr groß sein: sie kann von der einfachen Begrünung unmittelbar nach dem Rückbau bis hin zur Einrichtung von Sport- und Spiel- und sonstigen Erholungsflächen reichen.

5. Vorläufige Bewahrung und Erhalten

Nicht immer muss Stadtumbau bedeuten, dass bauliche Anlagen, für die aktuell keine bedarfsgerechte Nutzung besteht, rückgebaut werden sollen. Denn Rückbau, verstanden als Abriss, bedeutet unwiederbringlichen Verlust an Bausubstanz. Deshalb gilt es sorgfältig abzuwägen, ob brach gefallene Grundstücke und leer stehende Objekte im Sinne einer Strategie der vorläufigen Bewahrung und Erhaltung zunächst auf Reserve gelegt und für spätere, noch unbekannte Nutzungen vorgehalten werden.

Stadtumbau in diesem Sinne kann dazu beitragen, die Innenentwicklung zu unterstützen, d.h. Flächenneuanspruchnahme zu vermeiden und eine nachhaltige Siedlungsentwicklung zu fördern. Stadtumbau kann damit als Chance zur Schaffung von mehr Lebensqualität in den Städten genutzt werden. Als komplexe städtebauliche Neuordnungsaufgabe beim Rückgang der Bevölkerungszahl erfordert der Stadtumbau mindestens ebenso viel Planung und konzeptionelles Vorgehen wie die Aufgaben der Stadterneuerung und Stadterweiterung. Der Stadtumbau bedarf dabei der Herausbildung einer „Stadtumbaukultur“. Gefragt sind Lösungsansätze, die darauf abzielen, neue Stadt-Qualitäten zu schaffen, die nachhaltig Bestand haben.

Die Entwicklung von gesamtstädtischen und stadtreionalen Leitbildern bleibt in diesem Zusammenhang eine wichtige stadtentwicklungspolitische Aufgabe. Stadtumbau ist zudem als übergreifende Aufgabe zu sehen, in der besondere Instrumente der Städtebaupolitik mit anderen raumrelevanten Politikfeldern wie Wohnungs-, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik kombiniert eingesetzt werden.

3. Maßnahmen der Bundesregierung

3.1. Rechtliche Maßnahmen

Mit der Novellierung des Baugesetzbuchs hat der Bund die Gelegenheit genutzt, die neueren Herausforderungen in der Stadtentwicklung in einen rechtlichen Rahmen einzubinden. Die neuen Regelungen zum Stadtbau tragen der zunehmenden Bedeutung von Stadtumbauaumaßnahmen Rechnung. Damit wird hervorgehoben, dass „Stadtumbau“ nicht nur ein Förderprogramm ist, sondern eine städtebauliche Maßnahme bzw. Daueraufgabe.

Die Regelungen setzen den Schwerpunkt auf ein konzeptionelles und konsensuales Vorgehen der Kommunen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, Eigentümern und Investoren. Bewusst wird auf bürokratisches Handeln mit Überregulierungen mit hoheitlichen Instrumenten verzichtet. Ziel ist es, den Kommunen einen rechtlichen Rahmen zur Verfügung zu stellen, der ihnen die erforderliche Flexibilität gibt, gleichzeitig aber auch die Rechtssicherheit von Investitionen in der schwierigen Lage des Stadtumbaus gewährleisten kann.

Die §§ 171a bis 171d zum Stadtumbau enthalten hierfür ein Stufenmodell, das folgende aufeinander aufbauende Regelungen enthält:

- Beschreibung der Stadtumbauaumaßnahmen als Maßnahmen, die sowohl anstelle als auch ergänzend zu sonstigen Maßnahmen nach dem Baugesetzbuch (insbes. Sanierung und Entwicklung) durchgeführt werden können.
- Beschreibung der Voraussetzungen sowie der Ziele von Stadtumbauaumaßnahmen.
- Festlegung eines Stadtumbaugebiets aufgrund eines Gemeinderatsbeschlusses, verbunden mit einem unter Einbeziehung der Beteiligten erstellten städtebaulichen Entwicklungskonzept.
- Verpflichtung der Gemeinde zur zügigen Durchführung und Betonung der Notwendigkeit des einvernehmlichen Vorgehens einschließlich städtebaulicher Verträge („Stadtumbauvertrag“), z.B. mit dem Wohnungsunternehmen.
- Verknüpfung der Gebietsfestlegung mit den Förderbestimmungen der §§ 164 a und b Baugesetzbuch.
- Ermächtigung der Gemeinden zum Erlass einer Satzung, mit der im Stadtumbaugebiet kontraproduktive Entwicklungen – wie der Rückbau oder auch die Modernisierung an falscher Stelle – nach Einzelfallprüfung unterbunden werden können.

3.2. Finanzielle Fördermaßnahmen

Seit über 30 Jahren ist Artikel 104a Abs. 4 GG die Basis für den Einsatz von Städtebauförderungsmitteln. Der Bund hat in diesem Zeitraum rd. 10 Mrd. € für den Städtebau bereitgestellt. In dieser langen Zeit hat sich die Städtebauförderung stetig weiterentwickelt. Sie war und ist so in der Lage, den Anforderungen an geänderte ge-

sellschaftliche und wirtschaftliche Notwendigkeiten städtebaulich Rechnung zu tragen. Vor allem für die neuen Länder war das nach 1990 unverzichtbar, um den zunehmenden Verfall ganzer Stadtteile zu stoppen.

Die Städtebauförderung ist zu einem vielseitigen Instrument der Stadtentwicklung geworden, aus dem sich Städte und Gemeinden je nach städtebaulicher Bedarfslage, Regelungen im Baugesetzbuch und nicht zuletzt nach finanzieller Ausstattung strategisch bedienen können. Bund und Länder sehen in diesem Instrument im Sinne eines Leitprogramms ein zentrales Instrument für eine nachhaltige Stadtentwicklung (siehe Folie 6).

Um die Förderung besser an die vielfältigen städtebaulichen Herausforderungen anzupassen, hat die Bundesregierung neben dem klassischen Programm zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen weitere neue Programme eingeführt.

Um das Baukulturerbe zu erhalten, hat der Bund 1991 das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ in den neuen Ländern auf den Weg gebracht. 1999 folgte das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt“. Seit 2002 fördern Bund und Länder gemeinsam Rückbau und Aufwertungsmaßnahmen im Programm „Stadtumbau Ost – für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen“. 2004 hat der Bund erstmals das Programm „Stadtumbau West“ aufgelegt. Auf diese beiden Stadtumbauprogramme soll im Folgenden näher eingegangen werden.

3.2.1. Das Programm „Stadtumbau Ost“

Das von der Bundesregierung 2001 beschlossene Programm „Stadtumbau Ost“ verfolgt einen neuen integrierten Ansatz der Stadtentwicklung. Die Ziele des Programms gehen weit über die Bekämpfung des Wohnungsleerstands hinaus. Das Programm dient der Stabilisierung von durch physischen Verfall und soziale Erosion bedrohten Stadtteilen ebenso wie dem Erhalt der aus städtebaulicher Sicht besonders wertvollen, teuer zu sanierenden innerstädtischen Altbaubestände, die überdurchschnittliche Leerstandsquoten aufweisen. Indem das Programm zur Revitalisierung der Innenstädte mit ihrer ausgebauten Infrastruktur beiträgt und damit zugleich der Zersiedlung im Umland entgegenwirkt, unterstützt es eine nachhaltige Stadtentwicklung.

Um diese Ziele zu erreichen, setzt das Programm „Stadtumbau Ost“ auf zwei Strategien: die Beseitigung des Angebotsüberhangs (Rückbau) und die Aufwertung der Innenstadt und der von Rückbau betroffenen Viertel. Die Mittel zur Aufwertung von Stadtquartieren sind beispielsweise für die Aufwertung des vorhandenen Gebäudebestandes bestimmt, insbesondere für die Erhaltung von Gebäuden mit baukultureller Bedeutung, für die Anpassung der Infrastruktur (wie Leitungsnetze, ÖPNV, Einrichtungen des Gemeinbedarfs) und für die Wiederverwendung der freigelegten Flächen. In den Programmjahren 2002 und 2003 wurde die Aufwertung der Innenstädte zusätzlich mit Hilfen zur Förderung der Wohneigentumsbildung in in-

nerstädtischen Altbauquartieren unterstützt. Bis 2009 stellt der Bund etwas mehr als 1 Mrd. € für den Stadtumbau Ost bereit.

Grundlage für den Stadtumbau und seine Förderung sind integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte. Integrativ bedeutet in diesem Fall, dass die Konzepte wohnungswirtschaftliche und städtebauliche Aspekte wie beispielsweise Gebäudesanierung und -abriss, Freiraum- und Wegeplanung, die Anpassung der technischen und sozialen Infrastruktur und auch soziale Belange miteinander verbinden. Ziel ist, aus der Analyse und Verknüpfung wirtschaftlich möglichst tragfähige und nachhaltige Rückbau- und Erneuerungsstrategien zu entwickeln. Verfahrensaspekte wie beispielsweise die Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger und der beteiligten Wohnungsunternehmen sollen sowohl bei der Aufstellung als auch bei der Umsetzung des Konzepts berücksichtigt werden. Die Fördertatbestände des Programms „Stadtumbau Ost“ lassen den Städten einen breiten Spielraum, die in integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepten erarbeiteten Umbaustrategien umzusetzen.

„Stadtumbau Ost“ ist ein lernendes Programm. Deshalb gab es 2003 eine Reihe von Änderungen, die zum Ziel hatten, Hemmnisse abzubauen. So ermächtigte die Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2003 die Länder, auch mehr als 50% der Mittel für den Rückbau einzusetzen. Zudem wurden die Regelungen zum Stadtumbau besser mit den Regelungen zur Altschuldenhilfe verzahnt. Des Weiteren ist es möglich, dass im Einzelfall einzelne Gebäude auch außerhalb der festgelegten Fördergebiete (Stadtumbaugebiete) rückgebaut werden können. Im Hinblick auf die mit dem Programm verfolgten städtebaulichen Zielsetzungen sind diese Änderungen allerdings kritisch zu sehen. Derzeit werden nur etwa ein Drittel der verfügbaren Mittel für städtebauliche Aufwertungsmaßnahmen, d.h. Stadtumbau im engeren Sinne, eingesetzt.

3.2.2. Das Programm „Stadtumbau West“

Im Jahr 2004 startete die Bundesregierung das neue Programm „Stadtumbau West“ mit Bundesfinanzhilfen in Höhe von 40 Mio. €. Die Bundesmittel sollen bis 2009 auf jährlich 86 Mio. € wachsen. Mit dem Programm will der Bund die Städte in den alten Ländern veranlassen, sich frühzeitig auf die notwendigen Anpassungsprozesse einzustellen. Das Programm „Stadtumbau West“ soll auch vorbeugend eingesetzt werden, um zu vermeiden, dass künftig Wohnungen im Westen Deutschlands wegen Leerstands in gleichem Umfang zurückgebaut werden müssen, wie das heute in den neuen Ländern notwendig ist. Das neue Programm soll darüber hinaus es ermöglichen, Neubaugebiete der 1950er bis 1970er Jahre an die heutigen Anforderungen anzupassen. Das neue Programm wurde durch 16 Pilotprojekte im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) vorbereitet.

Mittlerweile werden in den beiden Stadtumbauprogrammen rd. 400 Städte und Gemeinden bundesweit gefördert, im Schwerpunkt Klein- und Mittelstädte (siehe

Folie 9). Die Verteilung der Mittel erfolgt dabei durchaus problemadäquat, d.h. im Vergleich zu ihrem Einwohneranteil entfällt vor allem auf „stark strukturschwache“ und „strukturschwache“ Städte und Gemeinden – und hier wiederum vor allem auf die Klein- und Mittelstädte – ein überproportional hoher Mittelanteil.

3.3. Praxisorientierte Forschung

Abschließend noch ein paar Bemerkungen zur Rolle, welche die praxisorientierte Forschung für die Städtebauförderung spielt.

Das Programm „Stadtumbau West“ hatte praktisch einen fliegenden Start, insofern es durch 16 Pilotprojekte im Rahmen des Forschungsprogramms Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) vorbereitet wurde. Die Bundesregierung legt grundsätzlich großen Wert darauf, dass die mit den Programmen angestrebten Ziele erreicht und die Mittel so effektiv wie möglich eingesetzt werden. Für Forschungszwecke (Begleitforschung Städtebauförderung) kann der Bund deshalb 0,2% seiner Finanzhilfen in Anspruch nehmen. Dies gilt für Forschungsvorhaben, die zum Ziel haben, die Effizienz der Programme zu bewerten sowie Erkenntnisse aus geförderten Maßnahmen für andere Gebiete mit städtebaulichem Erneuerungs- bzw. Umstrukturierungsbedarfs nutzbar zu machen. Das gilt für die Programme „Städtebaulicher Denkmalschutz“, „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“ sowie für die „Soziale Stadt“.

Die Forschungsbegleitung hat je nach dem Entwicklungsstand der Programme unterschiedlichen Charakter. Um eine Breitenwirksamkeit der Programme zu erreichen, stehen in der Implementierungsphase informatorische und aktivierende Elemente wie Fachveranstaltungen, Kongresse und Wettbewerbe sowie der Erstellung von Veröffentlichungen (beispielsweise Arbeitshilfen) im Vordergrund. Später gewinnen Analysen zur Erfolgs- und Wirkungskontrolle an Bedeutung. Insgesamt trägt die Forschungsbegleitung zur Steigerung der Effektivität und Weiterentwicklung der Förderprogramme ganz wesentlich bei.

Letzteres versprechen wir uns auch von einem neuen, 2004 gestarteten ExWoSt-Forschungsfeld „Stadtquartiere im Umbruch“. Ziel dieses ExWoSt-Forschungsfeldes ist es, aus Modellvorhaben vor allem Hinweise auf zukunftssichernde Strategien für solche Stadtteile zu gewinnen, in denen hohe Bevölkerungsverluste zu erheblichen Leerständen und Brachen führen. Von zentraler Bedeutung für das Forschungsfeld sind deshalb städtebauliche Konzepte und quartierbezogene Maßnahmen zum Rückbau von Infrastruktureinrichtungen und zur Schaffung neuer Freiräume. Das Bundes(forschungs)interesse zielt darauf ab, Anregungen für die Weiterentwicklung des städtebaulichen Instrumentariums für eine „Stadtentwicklung ohne Wachstum“ zu erhalten.

4. Schlussbemerkung

Der Städtebauliche Bericht 2004 der Bundesregierung zeigt umfassend auf, in welchem Umfang die Städtebauförderung die Kommunen in die Lage versetzt, sich den Herausforderungen des Wandels zu stellen. Die Bund-Länder-Programme „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“ sowie „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ verdeutlichen die effiziente Ausrichtung der Städtebauförderung. Nach Auffassung der Bundesregierung sollten auch die kommenden städtebaulichen Aufgaben in gesamtstaatlicher Verantwortung gelöst werden.

Schrumpfung – Gefahr und Chance für die Alte Stadt¹

1. Einführung

Zwar bezeichnet die Formulierung des Themas ein höchst aktuelles Gegenwartsproblem, aber als Einleitungsvortrag in das Tagungsthema „Stadtumbau“ sei zunächst ein Überblick über die Bedeutung der Stadtumbaues für die Entwicklung unserer Städte gegeben. Das setzt eine Präzisierung des Begriffes voraus, und hier zeigt eine Durchsicht der städtebaulichen Literatur, dass wir es mit einer ziemlich neuen Vokabel zu tun haben, mit der Veränderungen im bestehenden Stadtgefüge bezeichnet werden. Im ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts pflegte man bei Eingriffen in den Bestand von Sanierung, im zweiten von Stadterneuerung zu sprechen. Mit beiden Begriffen verknüpft sich in der Regel die Vorstellung, es gehe darum, die bisherige Funktion des zu sanierenden oder zu erneuernden Gebietes im Stadtgefüge zu erhalten, zu stärken oder neu zu beleben.

Indessen gibt es manche Beispiele für eine grundlegende Veränderung solcher Funktionen auch im Rahmen früher Sanierungsmaßnahmen. Eines der bekanntesten ist wohl der Abbruch überalterter Wohnviertel in Hamburgs Stadtkern zu Beginn des vorigen Jahrhunderts und ihr Ersatz durch moderne Bürobauten wie das Chilehaus von Fritz Höger oder das Ballinhaus der Gebrüder Gerson: ein wahrhaft radikaler Stadtumbau. So könnte eine Unterscheidung hilfreich sein, wie sie Hanns Adrian vorgeschlagen hat: mit Stadtumbau eine Änderung, mit Stadterneuerung die Erhaltung der Funktion eines Gebietes im Stadtgefüge zu bezeichnen. Allerdings ist eine solche Grenze nicht immer leicht zu ziehen, und so sei nachfolgend der Begriff auf den ganzen Bereich baulicher und struktureller Veränderungen bezogen.

Bei dem so verstandenen Stadtumbau handelt es sich im Grunde um ein sehr altes Thema. Denn auch die historische Stadt war ständigen Veränderungen unterworfen, wie die Archäologie zeigt. Wer weiß, ob die renommierten sieben Schichten Trojas allein auf Brände und Zerstörungen mit anschließendem Neuaufbau zurückgehen – oder ob nicht auch gezielter, geplanter Stadtumbau im Spiele war? Und steht nicht auch der römische Kaiser Nero im Verdacht, den Brand Roms im Jahre 64 selbst veranlasst zu haben, um die Voraussetzung für einen Stadtumbau zu schaffen?

1 Vortrag auf der Internationalen Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt zum Thema „Stadtumbau in Mittel- und Kleinstädten“ vom 21.-23. April 2005 in Freiberg/Sachsen.

Wie dem auch sei – in den meisten Fällen waren es gewiss Katastrophen, die den Weg freimachten für einen neuen, zeitgemäßen Ansatz. Berühmt wurden die Neuplanungen für London nach dem großen Brand von 1666 und für Lissabon nach dem Erdbeben von 1755. In Deutschland wurden beispielsweise die Stadtbrände in Göttingen 1782 und in Hamburg 1842 jeweils zum Ausgangspunkt für umfassende Neustrukturierungen.

Dass solche Ereignisse nicht nur als extreme Ausnahmefälle galten, zeigt ein Erlass des preußischen Ministers für Wirtschaft, Handel und Verkehr aus dem Jahre 1855, der im Titel wie im Text zwischen (normalen) Bebauungsplänen und „Retablissemmentsplänen“ für den Neuaufbau nach Naturkatastrophen unterscheidet. Hierzu heißt es: „Bei Zerstörungen einzelner oder mehrerer Stadtteile durch Feuer ist von der Regierung sofort in Erwägung zu ziehen, ob und in wie weit zur Verbesserung des Verkehrs und der Feuersicherheit Veränderungen in der Breite oder Richtung der vom Brande betroffenen Straßen und Plätze erforderlich und ausführbar sind... Bei der Beschlussnahme über die vorzunehmenden Veränderungen können die dadurch der Kommune erwachsenden Aufwendungen nicht unberücksichtigt bleiben. Neben dem Bedürfnis baulicher Verbesserungen des seitherigen Zustandes sind daher die Mittel der Gemeinde in Erwägung zu ziehen.“ Es folgen Vorschriften über die Abstimmung mit den betroffenen Eigentümern und weitere Verfahrensfragen nebst dem Hinweis, dass diese Vorschriften auch bei „größeren Beschädigungen durch Wasserfluten“ anzuwenden seien.

2. Planung für Wachstum

Um diese Zeit aber waren derartige Neuplanungen bereits in aller Regel durch das Erfordernis bestimmt, für eine wachsende Stadtbevölkerung Vorsorge zu treffen. Dass solchem Wachstum auch qualitative Veränderungen entsprachen, wird aus der Feststellung Heinrich von Treitschkes deutlich: „Erst um das Jahr 1840 begannen mit den Fabriken und den Börsen, den Eisenbahnen und den Zeitungen auch die Klassenkämpfe, die unstete Hast und das wagemutige Selbstgefühl der modernen Volkswirtschaft in das deutsche Leben einzudringen.“²

Die Eisenbahnen und die Klassenkämpfe – sie waren auch maßgebend für eines der größten Stadtumbau-Unternehmen des 19. Jahrhunderts: die Umgestaltung von Paris unter Baron Haussmann. Die neuen großen Boulevards sollten einerseits die am Rande der Kernstadt gelegenen Bahnhöfe verbinden, andererseits aber auch Manövrierraum für die Truppen bieten, um gegebenenfalls den „Bauch der Revolution aufzuschlitzen.“ Paris wurde zum großen städtebaulichen Vorbild für das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts.

2 H. von Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, 8. Aufl. Leipzig 1919, S. 682.

Einen weiteren Anlass für den Stadtumbau bot im 19. Jahrhundert die Entfestigung vieler Städte, die nicht nur neues Baugelände vor den Toren gewannen, sondern zugleich auch den Bereich der Wälle und Gräben neu gestalten konnten. Als spektakulärstes Beispiel für eine großzügige Nutzung dieser Chancen kann wohl Wien mit seinem Ringstraßenzug gelten, für dessen Entwurf der erste große internationale Städtebauwettbewerb abgehalten wurde.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts beschleunigte sich das Wachstum der Stadtbevölkerung, bedingt vor allem durch Zuwanderung vom Lande, denn für dessen Bevölkerungsüberschuss bot die frühindustrielle Stadt Arbeitsplätze. Dieses Wachstum löste vielfach Sorge und Kritik aus. So schrieb Wilhelm Heinrich Riehl um die Jahrhundertmitte: „Europa wird krank an der Größe seiner Großstädte. Die gesunde Eigenart Altenglands wird in London begraben, Paris ist das ewig eiternde Geschwür Frankreichs.“³

Das mag man als polemische Formulierung aus konservativer Sicht werten; indessen brachte das Bevölkerungswachstum der Städte ganz allgemein eine Fülle von Problemen mit sich. Mit ihm ging in den meisten deutschen Städten eine Verdichtung der Bebauung einher – bis hin zu jenen düsteren „Mietskasernenvierteln“, die vor allem im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts das Bild der wachsenden Großstädte prägten. Solche Entwicklung vollzog sich keineswegs nur in Neubaugebieten; auch innerhalb des älteren Stadtgefüges wurden vielfach maßstäblich bescheidene Altbauten abgebrochen und durch weit größere Neubauten ersetzt. Die rechtliche Grundlage dafür bot die Bauordnung, die für das ganze Stadtgebiet eine einheitliche Nutzungsdichte zuließ – mit einem sehr hohen Maß, das an der intensiven innerstädtischen Nutzung orientiert war.

3. Strukturordnung als Planungsaufgabe

Hinsichtlich der wünschenswerten Stadtstruktur stellten sich zugleich neue Probleme. Früh schon führte die Kritik an der lückenlosen Ausdehnung des bebauten Gebietes zur Forderung nach einer Gliederung durch Grünflächen. Auch die traditionelle räumliche Mischung von Wohnen und Arbeiten in der vorindustriellen Stadt erwies sich angesichts des neuen Maßstabes der Industrie als nicht mehr hinnehmbar, und so sprach sich der „Verband deutscher Architekten- und Ingenieurvereine“ 1874 in einer EntschlieÙung „Grundzüge für Stadterweiterungen nach technischen, wirtschaftlichen und polizeilichen Beziehungen“ zwar gegen allgemeine Nutzungsfestlegungen, aber für „sanitarische Vorschriften über Gewerbe“ aus. Zwei Jahrzehnte später setzte sich demgegenüber der Gedanke einer Stadtgliederung nach Art

3 W.H. Riehl, *Die Naturgeschichte des Deutschen Volkes als Grundlage einer deutschen Sozialpolitik*, Stuttgart 1861/1894, S.102.

und Maß der Nutzung allgemein durch. Um solche Gebiete mit unterschiedlicher Nutzung verbindlich festsetzen zu können, wurde das Rechtsinstrument der „Zonenbauordnung“ (norddeutsch) oder „Staffelbauordnung“ (süddeutsch) geschaffen: Ansätze zur Ordnung, und damit gegebenenfalls zum Umbau der Stadtstruktur. Das entsprechende US-amerikanische Rechtsinstrument des „Zoning“ geht auf eben jene deutsche Regelung zurück.

Es ist kennzeichnend, dass die wesentliche planerische Tätigkeit in der Stadterweiterung gesehen wurde – und so hießen die ersten „Stadtplanungsämter“ in den deutschen Großstädten in der Tat „Stadterweiterungsämter“, und selbst das erste umfassende Buch über innerstädtische Umbau- und Sanierungsmaßnahmen trug den Titel „Innere Stadterweiterung“.⁴ Es bot eine gründliche Übersicht über Umgestaltungsmaßnahmen, die vor dem Ersten Weltkrieg in einer Reihe deutscher Städte wie auch in Paris und Zürich durchgeführt worden waren: Umgestaltungen, die teils durch Straßendurchbrüche ausgelöst, teils aber auch als Flächensanierung mit Totalabbruch überalterter Bausubstanz, Neuordnung des Erschließungssystems und Neubebauung angelegt waren – meist unter erheblicher Veränderung des baulichen Gefüges und des Gebäudemaßstabes.

Auf solche Verhältnisse bezog sich Stübben, als er 1907 sein Standardwerk „Der Städtebau“ in der zweiten Auflage durch den Zusatz ergänzte: „Es gibt aber auch zahlreiche alte Baulichkeiten, Winkelgassen und Ortsteile, gesundheitswidrig und verkehrswidrig, welche nicht nur keine Schonung verdienen, sondern dem alsbaldigen Abbruch zu überweisen sind, um Luft, Licht und Verkehr auf Grund neuer Straßen- und Blockpläne den Bewohnern zuzuführen.“⁵

Indessen wurde schon um die gleiche Zeit Kritik an solcher Abbruchspraxis laut. So warnte Hans-Christian Nußbaum in seiner Schrift „Die Hygiene des Städtebaus“ vor der „Vernichtung zahlreicher Kleinwohnungen allerbilligster Art“, weil „aus dem Fortschaffen eines Übels größere Mißstände zu entstehen vermögen“.⁶ Und Cornelius Gurlitt stellte 1912 bei einem Kongress über Wohnungswesen die Frage, „ob es nicht besser sei, die alten Stadtteile stehen zu lassen und sie von innen heraus zu gesunden, statt sie zu zerstören“⁷ – ein Gedanke, der als Vorläufer jener „erhaltenden Erneuerung“ gelten kann, die sechzig Jahre später den „Stadtumbau“ zu prägen begann.

4 O. Schilling, *Innere Stadterweiterung*, Berlin 1921.

5 J. Stübben, *Der Städtebau*, Stuttgart 2. Aufl. 1907, S. 237.

6 H.C. Nussbaum, *Die Hygiene des Städtebaus*, Leipzig 1907, S. 101.

7 C. Gurlitt, *Besserung der Wohnverhältnisse in alten Städten*, in: *Stadtverwaltung Düsseldorf* (Hrsg.), *Verhandlungen des ersten Kongresses für Städtewesen Düsseldorf 1912*, Düsseldorf 1913, S. 298.

4. Ziele des Stadtumbaus

Eine wesentliche Aufgabe sowohl der Sanierungen als auch der erwähnten Nutzungsregelungen für Stadterweiterungen wurde darin gesehen, den hohen Bau- und Wohndichten entgegenzuwirken, die das späte 19. Jahrhundert zugelassen hatte. „Entmischung“ und „Auflockerung“ hießen die aktuellen sozialpolitisch begründeten Ansprüche an die Stadtplanung. Dem entsprachen neue Modelle für die städtische Nutzungsstruktur wie auch für die Formen der Bebauung – so etwa radikale Stadtumbauvorschläge wie die Le Corbusiers in seinem „Plan Voisin“ für Paris oder, in ganz anderem Sinne, auch die megalomanen Neugestaltungspläne des „Dritten Reiches“ – etwa für Berlin und München. Daneben standen die eher evolutionären, maßstäblich bescheideneren Ansätze zum Umbau wie die Öffnung des geschlossenen Baublocks und sein Ersatz durch die Reihung paralleler Zeilen. Solche in Neubaubereichen gängigen Bauformen wurden in den 1920er und 1930er Jahren auch für Sanierungsgebiete erörtert, kamen aber erst beim Neuaufbau nach 1945 in nennenswertem Umfang zum Zuge. Auch für die Neuordnung des Erschließungssystems in den Innenstädten – mit Straßenverbreiterungen oder auch mit der Schaffung ganz neuer Trassen – boten die Kriegszerstörungen Ansatzpunkte, wie beispielsweise die Stadtkerne von Dortmund und Heilbronn zeigen.

Eine zentrale Rolle für die strukturelle Neuordnung der Städte spielte damals der Gedanke eines gestuften Zentrumsystems – vom Ladenzentrum für die Nachbarschaft über das Stadtteilzentrum bis zum Stadtkern. Dieser Gedanke kommt auch im Titel der schon in den letzten Kriegsjahren konzipierten, aber erst 1957 veröffentlichten Schrift „Die gegliederte und aufgelockerte Stadt“⁸ zum Ausdruck und findet sich in ganz ähnlicher Form in den Strukturkonzepten für die britischen „Neuen Städte“ der 1950er Jahre. Ebenfalls 1957 zeigten im Rahmen der Berliner „Interbau“ das neu aufgebaute Hansaviertel sowie die Ausstellung „Die Stadt von Morgen“, wie man sich die nach solchen Prinzipien „umgebaute“ Stadt vorzustellen habe.

Allerdings gab es bereits erste Kritiken, die darin eher die „Stadt von heute abend“ sehen wollten – und in den 1960er Jahren tauchte dann das neue Schlagwort der „Urbanität“ auf, Vision einer Stadtqualität – oder eines städtischen Lebensgefühls –, die durch „Verdichtung und Verflechtung“ zu gewinnen sei. Hochhausgruppierungen wie das Berliner „Märkische Viertel“ oder Hamburg-Osdorfer Born einerseits und „integrierte Zentren“ wie in Leverkusen oder im „Ihmezentrum“ in Hannover andererseits verdeutlichten die neuen Vorstellungen von einem zukunftssträchtigen Umbau der Stadt.

8 J. Göderitz / R. Rainer / H. Hoffmann, *Die gegliederte und aufgelockerte Stadt*, Tübingen 1957.

5. Entdeckung der Vergangenheit

Wir übergehen hier die „utopischen“ Stadtumbaumodelle jener Zeit – wie das einst ernst gemeinte Hochhauskonglomerat der „Neuen Heimat“ für Hamburg-St.Georg, da sie doch meist Extrapolationen des technisch möglich Scheinenden waren ohne nennenswertes Nachdenken über den Bezug zu den menschlichen Lebensverhältnissen. Vermutlich haben auch sie dazu beigetragen, dass um die Mitte der 1970er Jahre die Faszination des Neuen erlahmte und die Vergangenheit wieder deutlicher ins Blickfeld rückte: „Eine Zukunft für unsere Vergangenheit“ war die Parole des Europäischen Denkmalschutzjahres – im Englischen treffender als „Heritage Year“ bezeichnet. Stadtumbau als Stadterhaltung – so der Grundgedanke der „erhaltenden Erneuerung“, wie sie vor allem im Rahmen der Berliner IBA in den 1980er Jahren publikumswirksam verdeutlicht wurde. In den gründerzeitlichen Wohnquartieren gewann man Freiraum durch Abbruch von Rückgebäuden und Seitenflügeln – die aber gelegentlich bei geräumigerer Anordnung als ruhige Wohnlage im Blockinneren auch erhalten blieben.

Stadtumbau konnte dabei auch zu „Stadtrückbau“ werden. Spektakuläre Beispiele dafür sind die Kopien der östlichen Randbebauung des Frankfurter Römers und des Knochenhaueramtshauses in Hildesheim, für die jeweils Bauten der ersten Nachkriegsjahrzehnte abgebrochen wurden. Kaum minder fragwürdig erscheinen die Bemühungen, historische Gestaltungselemente aufzunehmen – wie etwa die gekünstelte Kleinteiligkeit des „Asamhofes“ in München zeigt.

Mit alledem überlagerte sich eine neue Sicht auf den Flächenbedarf der Stadt. Gegen die Vorstellung, dass die „Auflockerung“ der Stadt nicht nur funktional erforderlich, sondern auch sozialpolitisch als Gewinn anzusehen sei, mehrten sich im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts die Stimmen, die solchen „Flächenverbrauch“ als Gefährdung einer künftigen Entwicklung bezeichneten und ihm unter dem Gesichtspunkt der „Nachhaltigkeit“ oder auch „Zukunftsfähigkeit“ entgegentraten. Versiegelung der Böden und Beeinträchtigung des Wasserhaushalts gehören dabei zu den wichtigsten Problemen. Zudem erschwerte die Verringerung der Siedlungsdichte die infrastrukturelle Versorgung und verstärkte damit die Abhängigkeit vom eigenen Auto – mit dessen nachteiligen Folgen für Energiehaushalt und Luftverschmutzung.

6. Schrumpfung – frühe Beispiele

Die mit einer solchen „Entdichtung“ verbundenen Probleme müssen sich dort verschärfen, wo die Bevölkerung tatsächlich schrumpft, wie es heute in vielen Städten der Fall ist. Das ist eine neue, höchst ungewohnte Situation. Man muss wohl bis zum Dreißigjährigen Krieg zurückgreifen, wenn man nach ähnlichen Verhältnissen sucht.

Gewiss bietet die Geschichte zahlreiche Beispiele nicht nur für die Schrumpfung von Siedlungen, sondern auch für deren vollständige Aufgabe – die „Wüstung“. Das eindrucksvollste Schrumpfungsbeispiel auf deutschem Boden ist wohl die Stadt Trier, deren Ausdehnung und Einwohnerzahl in römischer Zeit ein Vielfaches ihres mittelalterlichen Bestandes betrug – und erst um die Wende zum 20. Jahrhundert wieder annähernd erreicht wurden. Einen anderen interessanten Sachverhalt zeigt das belgische Löwen, im Mittelalter ein wichtiger Handelsplatz und der Mittelpunkt der brabantischen Tuchindustrie. Angesichts des wirtschaftlichen Aufschwungs rechnete man dort mit weiterem Bevölkerungswachstum und baute im 16. Jahrhundert einen „auf Zuwachs“ angelegten neuen Mauerring. Doch bald erlahmten jene Wachstumskräfte, und bis weit ins 19. Jahrhundert gab es noch viel Landwirtschaft innerhalb der Stadtmauern.

7. Abwanderung und Leerstand

In den östlichen Bundesländern haben die großen Städte viele Einwohner verloren, vor allem infolge stadtstruktureller Entwicklungen nach der Wende, die zwar unter tagespolitischen Gesichtspunkten verständlich waren, deren Problematik aus planerischer Sicht indessen von vornherein erkennbar war: so vor allem die Förderung neuen Wohneigentums im Umland, aber auch die Schaffung von Einkaufszentren an der Peripherie der Städte.

Hinzu kam die Abwanderung vieler Menschen in die westlichen Bundesländer, und inzwischen ist deutlich geworden, dass es sich bei den leer stehenden Wohnungen in den östlichen Bundesländern – mehr als eine Million, davon 60.000 in Leipzig – weder um eine regionale Problematik noch um eine vorübergehende Erscheinung handelt, die sich in der nächsten Konjunkturphase wieder ausgleichen könnte. Sie sind vielmehr Zeichen einer allgemeineren Entwicklung, wie sie auch bereits in anderen Bundesländern – etwa im Ruhrgebiet – sichtbar sind.

Gewiss wird es regionale Unterschiede geben: der Münchner Raum ist weniger gefährdet als das Ruhrgebiet, aber insgesamt sehen sich die Kommunalpolitik und die Stadtplanung vor ganz neue Herausforderungen gestellt. In München wie in Hamburg deuten leer stehende Büroflächen auf mögliche Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums – wenn nicht gar auf dessen Umkehrung – hin.

8. Die Konsequenzen „vor Ort“

Vergegenwärtigen wir uns ganz grob die Folgen aus einer sinkenden Einwohnerzahl in den „klassischen“ Funktionsbereichen der Stadtplanung – Wohnen, Arbeiten, Gemeinbedarf, Verkehr –, so zeigen sich zahlreiche Verknüpfungen.

In den Wohngebieten ergeben sich Leerstände, zunächst mehr oder minder zufällig, dann mit einer Tendenz zur gebietsweisen Differenzierung. Denn es liegt natürlich nahe, verödenen Gebieten durch Umzug in eine günstigere Lage zu entfliehen – vielleicht in bessere Wohnungen, für die vom Leerstand gefährdete Vermieter zunehmend günstigere Konditionen bieten. Das Phänomen eines „Mietermarktes“, in dem die Vermieter sich um Mieter bemühen, ist zwar noch ungewohnt, aber unter den neuen Gegebenheiten real. In den leer stehenden Wohngebäuden stellen sich Probleme der Instandhaltung; auch drohen Schäden in Versorgungs- und Kanalnetzen. Für die Arbeitsstätten ergeben sich ganz ähnliche Probleme: die Aufgabe von Betrieben führt zum Entfallen der Nutzung in Gebäudeteilen oder auf ganzen Betriebsgrundstücken mit vergleichbaren Folgeerscheinungen wie im Wohnungsbereich. Entsprechendes gilt natürlich auch für Güterversorgung und Gemeinbedarf: die Existenzbasis vieler Läden schrumpft, und dies führt häufig zur Aufgabe des Betriebs und zum Leerstand. Zu den verbleibenden Läden verlängern sich zwangsläufig die Einkaufswege. Auch die Schulwege werden länger, und zur Ausdünnung der Bewohnerzahl kommt auch noch die Veränderung der Altersstruktur, die zu einer Verminderung des Kinderanteils an der Einwohnerschaft führt.

Alles das wirkt sich auch auf den Sektor des Verkehrs aus. Die Rentabilität des öffentlichen Nahverkehrs sinkt, und das bedeutet in aller Regel, dass die Netze ausgedünnt und die Verkehrsfrequenzen verringert werden müssen. Große Teile des Straßennetzes sind nicht ausgelastet, deren Instandhaltung aber wirft Probleme auf. Dergleichen gilt für andere Infrastruktureinrichtungen, etwa das Entwässerungssystem.

Wie kann man diesen Problemen begegnen? Unterstellen wir als Gedankenexperiment, dass es nur einen einzigen Eigentümer für den gesamten Wohnungsbestand gäbe, so könnte man sich eine einheitliche Strategie vorstellen – etwa in dem Sinne, dass man die verbleibenden Bewohner in den günstigsten Wohnlagen zusammenführen und dort angemessen mit Läden und Verkehrsdiensten versorgen könnte, während andere Bereiche ganz geräumt würden, um den Wohnungsbestand abzubauen und etwa einen Park anzulegen. Aber bei der Vielzahl ganz unterschiedlich strukturierter Eigentümer – von der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft bis zum privaten Miethausbesitzer – ist das unmöglich. Man muss mit mehr oder minder zufälligen „Löchern im Stadtgewebe“ rechnen. Und diese Realität wird mit dem Schlagwort von der „perforierten Stadt“ zutreffend erfasst.

Das alles macht deutlich, dass hier mit der seit Jahrzehnten beschworenen Parole der „Deregulierung“ nichts zu erreichen ist, dass vielmehr nur ein hohes Maß von unter allen Beteiligten abgestimmter Steuerung zu befriedigenden Lösungen führen kann.

9. Ansätze zum Gegensteuern

In diese Richtung zielt auch die Empfehlung des BMBau, „integrierte Konzepte“ als „Gemeinschaftsaufgabe der am Stadtentwicklungsprozess beteiligten kommunalen Akteure zusammen mit den örtlichen Wohnungseigentümern“ zu erarbeiten; allerdings muss man damit rechnen, dass deren Interessen erheblich divergieren können.

Das Bauministerium empfahl als Ergebnis dieser Konzepte eine Gliederung in Gebietskategorien vorzunehmen, für die jeweils unterschiedliche Strategien notwendig werden: Erhaltungs-, Umstrukturierungs- und Schrumpfungsgebiete. Dabei wird man sich gewiss für die Umstrukturierungsgebiete sehr unterschiedliche Ausgangslagen und Ziele vorstellen können, die das jeweilige Handlungskonzept bestimmen – beispielsweise den Abbruch von Hinterhäusern oder Seitenflügeln, um Grün- und Freiraum zu gewinnen oder die Umnutzung von Gebäuden für andere Zwecke.

Als mögliche „Rückbaukonzepte“ im Rahmen solchen Strukturwandels werden Auflockerung der Bebauungsdichten, flächenhafter Abriss und Stilllegung ungenutzter Bestände („Einmotten“) genannt. Auch hier wird man in aller Regel damit rechnen müssen, dass sich zwischen stadtplanerischen und wohnungswirtschaftlichen Kriterien erhebliche Konflikte ergeben.

Daneben gibt es auch „Gebiete ohne Handlungsbedarf“, in denen keine erheblichen Veränderungstendenzen bestehen; das dürfte vor allem auf die Einfamilienhausgebiete zutreffen – obwohl auch sie natürlich durch Leerstände negativ beeinflusst werden können. Diesem Problem überlagern sich Entwicklungen, die sich aus der „Überalterung“ der Bevölkerung, der prognostizierten Verschärfung sozialer Gegensätze und der verstärkten Zuwanderung von Ausländern ergeben und zweifellos die Tendenz zur räumlichen Segregation solcher Gruppen in sich bergen. Hier wird es einer jeweils ortsbezogenen, eng koordinierten Sozial- und Städtebaupolitik bedürfen, etwa in der Art des gegenwärtigen Programms „Soziale Stadt“, um negativen Entwicklungen entgegenzuwirken.

10. Konsequenzen für die „Alte Stadt“

Ich habe bisher von allgemeinen Entwicklungen gesprochen, noch ohne eine Scharfeinstellung auf die „Alte Stadt“. Das erschien mir jedoch notwendig, um den Rahmen deutlich zu machen, in den sich jedes städtebauliche Handlungskonzept einordnen muss. Aber ohne Zweifel wird die „Alte Stadt“ – und damit meine ich die geschichtlich geprägte und solcher Prägung sich verpflichtet fühlende Stadt – von diesen Entwicklungen in besonderer Weise betroffen. Sie ist ja seit mehr als einem Jahrhundert dem Spannungsverhältnis zwischen solchem Bewahrungstreben und dem Druck innovativer Veränderung ausgesetzt, der aus der Notwendigkeit erwuchs, mit der allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten.

Aber jener Veränderungsdruck richtete sich in aller Regel auf Expansion, auf eine Vergrößerung des Maßstabes – und ihm gegenüber ging es darum, wichtige historische Wesenszüge zu bewahren; es gibt eine Fülle von Beispielen für gelungene wie auch für gescheiterte Bemühungen dieser Art.

Das Nachlassen eines solchen Veränderungsdrucks könnte also das Bemühen um die Sicherung historischer Identität erleichtern – offensichtlich eine in der gegenwärtigen Situation liegende Chance –, aber zugleich kommen mit der Schrumpfungsperspektive auch neue Probleme ins Blickfeld. So dürfte es in den historisch geprägten Stadtkernen insbesondere der Klein- und Mittelstädte schwer sein, jene Wohnqualität zu sichern, die sie auch bei schrumpfender Nachfrage gegenüber den weitläufigeren Randbereichen attraktiv macht. Allenfalls mag man aus der Zunahme von Ein- und Zweipersonenhaushalten die Erwartung ableiten, dass für diese eine städtische Wohnung in aller Regel vorteilhafter erscheinen dürfte als ein „Häuschen im Grünen“. Allerdings wird sich damit wohl wenig an der Schwierigkeit ändern, die meist kleinteilige Ladenstruktur solcher Stadtkerne gegenüber der Konkurrenz von Supermärkten in den Randbereichen aufrechtzuerhalten.

Andererseits kann man hoffen, dass gerade die ortsspezifischen Qualitäten solcher Stadtbereiche eine Anziehungskraft besonderer Art ausüben können, wenn hierfür entsprechende Vorsorge getroffen wird. So wird es gewiss Fälle geben, in denen die „Ausdünnung“ der bestehenden Bebauung einen Gewinn für Stadtgestalt und Wohnqualität mit sich bringen kann – nicht nur in gründerzeitlichen Miethausgebieten oder Großplattenbau-Komplexen, sondern wohl manchmal auch in historisch geprägten Altstadtgebieten. Aber solchen Chancen stehen natürlich Gefährdungen der Substanz wie der Struktur gegenüber, die es zu erkennen und zu analysieren gilt, um ihnen mit geeigneten Strategien begegnen zu können. Zwar weist jede „Alte Stadt“ ihre eigenen spezifischen Gegebenheiten auf, aber es gibt sicher viele Parallelen der Situation, die einen Gedankenaustausch über derartige Strategien fruchtbar machen können. Die „Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt“ bietet dafür eine vorzügliche Grundlage.

Solche Handlungskonzepte zu entwickeln, anzuwenden und ihnen auch eine gewisse Flexibilität zu verleihen, um auf neue Situationen reagieren zu können, ist sicher eine der wichtigsten Aufgaben der Planung für die „Alte Stadt“, wenn es gelingen soll, sie auch künftig als lebenswerte Umwelt für ihre Bewohner und als geschichtliches Zeugnis zu erhalten.

Stadtumbau in englischen Kleinstädten

Das Beispiel Whitehaven

1. Vorbemerkungen

Wie schon bei der Industrialisierung und De-Industrialisierung wird auch beim Stadtumbau in England unsere Zukunft vorweg genommen. Dort ist im Laufe der vergangenen 25 Jahren – mit den Worten eines britischen Experten – eine „Industrie des Stadtumbaus“ entstanden. „Urban Regeneration“ ist in vielen Gemeinden ebenso wie bei der Zentralregierung eine Routine, die immer wieder durch Überprüfung und Neuauflegung von Förderprogrammen den veränderten Anforderungen angepasst wird. Dabei reifte auch in Großbritannien erst allmählich die Einsicht in die Langwierigkeit des Stadtumbaus, der den beteiligten Akteuren einen langen Atem abverlangt.

Mit größter Aufmerksamkeit blickt man derzeit auf Großstädte wie Manchester, Liverpool oder Newcastle, in denen gerade in den letzten zehn Jahren außerordentlich erfolgreiche Stadtumbauprojekte auf den Weg gebracht wurden und zumindest in den Innenstädten einen bemerkenswerten Umschwung eingeleitet haben. Weniger bekannt sind die Strategien des Stadtumbaus in kleineren englischen Städten, die ähnlich hart vom industriellen Niedergang getroffen wurden. Als Fallbeispiel wird der Stadtumbau in Whitehaven/Copeland in West Cumbria (Nordwest-England) vorgestellt.¹ Dieser Fallbericht bildet den Hintergrund für einige zugespitzte Überlegungen zu den Lektionen, die sich aus dem englischen Stadtumbau für die Praxis in Deutschland lernen lassen.

Die Folgen der De-Industrialisierung und Probleme des Stadtumbaus in Klein- und Mittelstädten sind in England über einige Jahre hinweg als weniger dringlich als die in den Großstädten angesehen worden. Dem lag wie bei uns die geläufige Vor-

1 Der Aufsatz stützt sich auf eine Studie, die im Rahmen des ExWoSt – Forschungsfelds „Stadtumbau-West“ des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung im Sommer 2004 durchgeführt wurde. Von anderen Forschergruppen wurden außerdem Fallstudien zu Stadtumbaustراتيجien von Städten in Frankreich, Dänemark, Schweden, Spanien, Italien sowie weiteren Städten in England erstellt. Kurzfassungen aller Studien und eine vergleichende Auswertung durch die BBR und FORUM GmbH wurden kürzlich veröffentlicht in: *Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), Stadtumbau in europäischen Städten mit Strukturkrise. Werkstatt: Praxis, Heft 37, Bonn Bad Godesberg 2005.* Teile des Aufsatzes wurden auf der Internationalen Städtetagung 2005 der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt zum Thema „Stadtumbau in Klein- und Mittelstädten“ in Freiberg/Sachsen am 21.-24. April 2005 vorgetragen.

stellung zugrunde, dass kleine und mittlere Städte bessere Entwicklungschancen und höhere Lebensqualität bieten. Soziale Konflikte und Probleme seien dort weniger scharf ausgeprägt. Schließlich könnten sie nahezu das gleiche Infrastrukturniveau wie in den Ballungsräumen aufweisen. Inzwischen finden in England die besonderen Probleme des Stadtumbaus auch in den Klein- und Mittelstädten stärkere Berücksichtigung – nicht zuletzt aufgrund der Ergebnisse des so genannten „Index of Multiple Deprivation“ (Nationaler Benachteiligungsindex).² Zwar konzentrieren sich die am stärksten benachteiligten Stadtbezirke in den Großstädten, es gibt sie aber auch in den kleineren Gemeinden, die dann in der Regel als Ganze betroffen sind. Hinzu kommt, dass die kleineren Gemeinden von der komplexen Aufgabe des Stadtumbaus oft überfordert sind: Wesentliche Strategieelemente, z.B. die so genannten Flaggschiffprojekte, entfalten dort eine geringere Wirksamkeit, denn die Städte sind oft schlecht erreichbar und damit für national und international agierende Investoren weniger attraktiv. Schließlich ist die Verwaltung in den kleineren Städten weniger leistungsfähig, unter anderem weil sie größere Schwierigkeiten haben, qualifizierte Fachleute für den Stadtumbau vor allem an periphere Orte zu ziehen. Das folgende Beispiel Copeland / Whitehaven zeigt, dass trotz dieser Einschränkungen auch in englischen Kleinstädten erstaunliche Anstrengungen im Stadtumbau unternommen werden.

2. Stadtumbau in Copeland / Whitehaven

Copeland ist ein Verbund kleiner Gemeinden an der nordwestlichen Küste Englands, der peripher im ländlichen County Cumbria nahe der schottischen Grenze liegt.³ Der Borough umfasst heute etwa 69.000 Einwohner, wobei die Kleinstadt Whitehaven (25.000 EW) die größte Ansiedlung bildet. Copeland ist ein historisches Kohleabbaugebiet in einem strukturschwachen Hinterland. Gleichzeitig hat es als westlicher Teil des Lake District, einer Seenlandschaft am Fuße der „Cumbrian Mountains“, touristische Potenziale.

Whitehaven wurde im 17. Jahrhundert als Standort für Bergbau und Handelschifffahrt ausgebaut. Im 18. Jahrhundert war Whitehaven der drittgrößte Hafen

2 Der Index bezeichnet ein Ranking problembelasteter Quartiere in englischen Städten und basiert auf einer Zusammenschau und Bewertung verschiedener Sozialindikatoren. Mit diesem Stadtteilmonitoring lassen sich einzelne Armutsenklaven genau lokalisieren, aber auch die nationale Entwicklung der sozialräumlichen Segregation über die Zeit messen. Der Index umfasst national 8.414 Quartiere. Verantwortlich für die Aufstellung dieses anspruchsvollen statistischen Instruments ist die sog. „Social Exclusion Unit“ (SEU), eine zentrale Behörde der Regierung, die durch Universitäten unterstützt wird.

3 Vgl. hierzu ausführlich K. Brombach / J. Jessen / L. Küchel, Copeland Whitehaven, in: *Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung* (s. A 1), S. 23-29.



Abb. 1: Whitehaven von Süden, Aquarell aus dem Jahre 1822 (Whitehaven Museum).

Englands, über den Kohle nach Dublin verschifft wurde und von dem Handelsschiffe nach Übersee ausliefen.⁴ Der tideabhängige Hafen von Whitehaven wurde bis in die 1990er Jahre als Industrie- und Frachthafen genutzt.

Während der Bergbau an Bedeutung verlor, siedelte sich in der Nachkriegszeit die Chemieindustrie an. In unmittelbarer Nachbarschaft zu Whitehaven wurde das Kernkraftwerk Sellafield errichtet. Mit dem Ende des Bergbaus gingen Arbeitsplätze in erheblichem Umfang verloren. Die Atomindustrie als verbliebener wichtigster Arbeitgeber bringt zwar heute ein hohes Lohnniveau, jedoch auch Umweltbelastungen und Imageprobleme für die Region mit sich.

Die Einwohnerschaft Copelands ist leicht überaltert. Der Anteil der Migranten ist niedrig. Jüngere Einwohner verlassen Copeland, um anderswo eine Ausbildung anzufangen oder zu arbeiten. Seit 1981 hat die Einwohnerzahl um 4,9% abgenommen. Die Schließungen von Bergwerken und Fabriken sowie der Abschluss des Baus der Wiederaufbereitungsanlage Sellafield verursachten in Copeland zwischen 1993 und 2001 einen Arbeitsplatzverlust von über 20%. Heute ist der Großteil der Ar-

4 Vgl. H. Fancy, *An Outline History of Whitehaven*. Copeland Borough Council, Copeland 1996, S. 6.



Abb. 2: Die letzte von einst über 70 Zechen in Whitehaven; geschlossen seit 1986 (Foto: K. Brombach 2004).

beitsplätze beim Betreiber des Atomkraftwerks, British Nuclear Fuels, angesiedelt. Im Jahr 2013 wird die Wiederaufbereitungsanlage jedoch geschlossen werden, dann werden weitere 7.000 Arbeitsplätze wegfallen. Die größte Herausforderung ist daher die Diversifizierung der immer noch industriell geprägten Wirtschaftsstruktur. In Cumbria ist die Arbeitslosigkeit mit 6,6% im nationalen Vergleich leicht erhöht. Sie ist in den einzelnen Stadtteilen Copelands aber unterschiedlich ausgeprägt. Langzeitarbeitslosigkeit und „versteckte“ Arbeitslosigkeit sind ein Dauerproblem. Die industrielle Prägung der Stadtbewohner lässt sich an der Sozialstruktur ablesen: Der Großteil der Erwerbsfähigen (34,3%) verfügt über keinerlei Ausbildung; Akademiker sind unterdurchschnittlich vertreten. Der hohe Krankenstand in Copeland – 20,4% der Einwohner sind gesundheitlich beeinträchtigt – kann als Folge der langjährigen harten Arbeit in Bergbau und Chemieindustrie gedeutet werden.

Copeland umfasst eine Fläche von 732 qkm und zieht sich als 40 km langer Streifen zwischen Küste und Gebirge entlang, in den der Lake District National Park hineinragt. Die einzelnen Siedlungskerne in Tallagen sind durch Grünzüge voneinander getrennt. In Whitehaven liegen Hafen und dicht bebaute Innenstadt im Tal. Wohn-



Abb. 3: Arbeiterreihenhäuser in Whitehaven (Foto: K. Brombach 2004).

gebiete mit Reihenhäusern im kommunalen Besitz verteilen sich auf die umliegenden Höhenzüge, wodurch ein gewissermaßen amphitheaterhafter Raumeindruck entsteht.

Copeland weist einen erhöhten Anteil von Haushalten auf, die im kommunalen Wohnbau leben (23,1%). Derzeit stehen in Copeland etwa 4,7% Wohnungen leer; allerdings ist der Leerstand nicht großflächig. Ein Großteil der Wohnungen ist modernisierungsbedürftig.⁵ In den Wohngebieten rund um den Hafen von Whitehaven findet man Reihenhäuser mit niedrigem Ausstattungsstandard, aber herrlicher Aussicht auf das Meer. Der kommunale Wohnungsbestand wird derzeit einer privaten Wohnungsgesellschaft übertragen.

3. Partnerschaften als Motor des Stadtumbaus

Die treibende organisatorische Kraft des Stadtumbaus in Copeland ist die 1992 gegründete „Whitehaven Development Corporation Ltd.“ (WDC), heute „W3M Partnership“. Sie erarbeitet und koordiniert Entwicklungskonzepte und -strategien, wirbt öffentliche Gelder ein und ist auch für die Umsetzung von Projekten verantwortlich, hauptsächlich für das zentrale Vorhaben des Hafenumbaus sowie die Innenstadtaufwertung in Whitehaven.

Von großer Bedeutung für die Entwicklung Copelands ist des Weiteren die Partnerschaft „West Lakes Renaissance Partnership“ (WLR). Die WLR ist ein Sonderfall. Sie besteht seit 2002, ist eine von insgesamt 16 „Urban Regeneration Companies“ (URC) in England und als eine von wenigen zuständig für einen ländlichen

5 Copeland Borough Council: Local Plan 2001-2016. First Deposit Version, Copeland 02/2004, S. 69.

strukturschwachen Raum. Ziel ist der Umbau der regionalen Ökonomie im Küstenstreifen der beiden Counties Cumbria und Furness. Die Anerkennung als URC stellt dabei zusätzliche Gelder für Stadtumbau und Wirtschaftsförderung sicher. Die WLR setzt sich aus Vertretern des „Cumbria County“, der „North West Regional Development Agency“, mehreren Stadtverwaltungen, dem „Government Office North West“, privatwirtschaftlichen Partnern (u.a. „British Nuclear Fuels“) sowie „English Partnerships“ zusammen.

4. Strategieelemente des Stadtumbaus in Whitehaven

Die Innenstadt von Whitehaven hat Priorität beim Stadtumbau; hier konzentrieren sich die Impulsmaßnahmen des „W3M Partnership“ wie der Hafenumbau oder die Aufwertung des öffentlichen Raums über neue touristische Anziehungspunkte. Das Gewerbegebiet Westlakes Science and Technology Park ist der wichtigste gewerbliche Entwicklungsstandort. Man hofft, den Gewerbepark als Standort für die Wissensindustrie ausbauen zu können. Für die Ansiedelung der nationalen atomaren Stilllegungsbehörde soll hier ein Standort bereitgehalten werden.

Impulsprojekte sind ein äußerst wichtiges Element der lokalen Stadtumbaustategie. Das zentrale Projekt ist die Umwandlung des Industriehafens in einen Freihafen: Schleusen zur Abschottung des Hafens von der Tide wurden gebaut, die Kais erneuert, eine Marina angelegt und die Uferpromenade mit großem Aufwand (Beleuchtung, Skulpturen und Möblierung) aufgewertet. Neue Museen (Stadtmuseum im Leuchtturm, Rum- und Bergbaumuseum), aber auch Events (Festivals) sollen Besucher anziehen und die Stadt als Touristenziel bekannt machen. Für den Umbau des Hafenbereichs wurden verschiedene Finanzierungsquellen in Anspruch genommen, insgesamt ca. 12 Mio. Euro. Weitere flankierende Maßnahmen im Stadtraum werden nötig sein, um den Erfolg des Hafens als Touristenattraktion abzusichern, z.B. ein leistungsfähiger ÖPNV, ein ausreichendes Parkplatzangebot, Beschilderung, Hotels etc.

Die Revitalisierung der Innenstadt von Whitehaven wurde mit mehreren Preisen ausgezeichnet. Gleichwohl wird erst in einigen Jahren zu beurteilen sein, ob die gewünschte Neuorientierung von einer entlegenen Bergbaustadt mit Industriehafen zu einem attraktiven Touristenort tatsächlich gelang. Einige Zeichen sprechen dafür, dass der eingeschlagene Weg richtig ist: Der Bevölkerungsrückgang hat sich verlangsamt, die Zahl der Touristen hat sich erhöht, die Immobilienpreise steigen. Der sich abzeichnende Erfolg ist auf folgende besondere Qualitäten des Stadtumbaus zurückzuführen:

1. Klare Stadtumbauziele

Man hat sich unter Zurückstellung anderer Aufgaben auf zwei zentrale Ziele verständigt und darauf die verfügbaren Ressourcen konzentriert:



Abb. 4: Industriehafen Whitehaven in den 1960er Jahren (Quelle: Whitehaven Development Company Ltd.).

- Attraktivierung der Innenstadt für Tourismus durch umfassende Umgestaltung des Hafens zu einem beliebten Ferienziel unter Ausnutzung des besonderen bauhistorischen Erbes.
 - Verbreiterung der lokalen Wirtschaftsbasis durch Ansiedlung von modernen Dienstleistungsarbeitsplätzen. Schon heute werden gemeinsam mit „British Nuclear Fuels“ Nachfolgestrategien für die Zeit nach der Schließung von Sellafield entwickelt.
2. Realistische Selbsteinschätzung und Augenmaß bei der Zielformulierung
Bei den Akteuren besteht ein ausgeprägtes Verständnis von den Potenzialen, aber auch Restriktionen des Standorts. Einerseits werden die vorhandenen Qualitäten der Stadt als Fremdenverkehrsziel erkannt und verstärkt, gleichzeitig aber zeigen die Zielvorgaben einen realistischen Blick für die besonderen Beschränkungen (periphere Lage, Konkurrenz zu attraktiveren Tourismusstandorten, schlechtes Image und Umweltbelastungen, etc.).
 3. Regionale Einbindung
Als entlegener und dünn besiedelter Borough ordnet sich Copeland bewusst in einen größeren regionalen Kontext ein, um seine Stadtumbaustrategien zu verfolgen. Dabei ist eine Bereitschaft zur überkommunalen Zusammenarbeit (z.B. beim Marketing) erkennbar. Dies erhöht die politische Durchsetzungskraft und damit auch die Chancen ökonomischer Revitalisierung.
 4. Ausdifferenzierte Strategie und Bausteine für die Umsetzung
So eindeutig und überschaubar die Ziele sind, so differenziert ist die Strategie, sie über ein Bündel von Projektbausteinen zu erreichen. Zur Umkodierung einer Stadt von einer rauen Industriestadt zu einem lieblichen Urlaubsort bedient man sich zum einen baulicher Maßnahmen von Infrastrukturinvestitionen über Impulsprojekte („Theming“) bis hin zur Aufwertung des öffentlichen Raums mit hohen Qualitätsstandards. Zum anderen werden die Maßnahmen flankiert von Stadtmarketing, Erwachsenenbildung und Wirtschaftsförderung.



Abb. 5: Freizeithafen
Whitehaven heute
(Postkarte).

5. Erfolgreiche Umsetzung durch professionelle Partnerships

Die in Copeland tätigen Partnerships scheinen im Vergleich zu anderen Städten dieser Größenordnung besonders durchsetzungsfähig zu sein. Sie können auf umfassendes Erfahrungswissen zurückgreifen und weisen einen schlanken Aufbau auf. Hinzu kommt in diesem besonderen Fall, dass mit dem Geschäftsführer von W3M eine charismatische und angesehene Persönlichkeit die Zügel in der Hand hält.

Neben diesen positiven Eindrücken können auch einige kritische Aspekte wichtige Hinweise für die deutsche Umbaupraxis geben. Für Whitehaven ist vor allem die hohe Angewiesenheit des Stadtumbaus auf öffentliche Subventionen anzuführen. Auch an diesem peripheren, strukturschwachen Standort ist das Ziel, durch öffentliche Vorleistungen private Investitionen auszulösen. Allerdings sind die Erwartungen hinsichtlich ihres Umfangs bescheiden. Es wird als Erfolg gewertet, wenn die öffentlichen Investitionen in die Hafenaufwertung private Investitionen im Umfeld in gleicher Größe auslösen.

5. Vom Stadtumbau in England lernen?

Zunächst ist auf die anderen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen in Großbritannien zu verweisen, die die Übertragbarkeit von Erfahrungen einschränken.⁶ Das Vereinigte Königreich hat in den letzten Jahrzehnten insgesamt ein Be-

6 Vgl. hierzu ausführlicher: K. Brombach / J. Jessen / L. Küchel / T. Lang / M. Sonntag, Gesamtfazit zu Stadtumbau-Vorhaben in Großbritannien, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (s. A 1), S. 51-53; zur vergleichenden Auswertung der Fallstudien im europäischen Maßstab vgl. K. Bau-

völkerungswachstum erfahren, das Prognosen zufolge weiter anhalten wird, begleitet von einem kontinuierlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit und einem bis heute andauernden wirtschaftlichen Wachstum. Die Realeinkommen sind in den vergangenen zehn Jahren um über 25% gestiegen. Dies dürften auch die Gründe dafür sein, dass in England im Zusammenhang mit Stadtumbau das für Deutschland so prägende Attribut des „Schrumpfens“ in der Diskussion keine Rolle spielt. Die dramatischen und augenfälligen Konsequenzen des Schrumpfens, z.B. der flächenhafte Abriss von leer gezogenen Wohnquartieren und funktionslosen Industriegebäuden, liegen schon einige Jahre zurück.

Der Durchgriff der nationalen Politik auf die Kommunen ist wesentlich stärker als bei uns. Die englischen kommunalen Verwaltungen haben in den letzten Jahrzehnten einen erheblichen Kompetenz- und Funktionsverlust hinnehmen müssen. Die Zentralregierung nimmt über Zuweisungen und die Vergabe von Fördermitteln maßgeblichen Einfluss auf die allgemeinen Zielsetzungen, Schwerpunkte und organisatorischen Rahmenbedingungen des Stadtumbaus, wobei die Vergabekriterien und -modalitäten sich über die Zeit immer wieder geändert haben und von Programm zu Programm unterschiedlich ausfallen. Sie sichert ab, dass die lokale Politik sich an den nationalen Vorgaben (z.B. Flächeneinsparpolitik) orientiert.⁷ Diese Möglichkeit des direkten Durchgriffs der nationalen Politik auf die lokale Ebene steht im deutlichen Kontrast zu dem deutschen föderalen System und der in der Verfassung garantierten kommunalen Selbstverwaltung. Daraus ergeben sich entsprechend völlig andere Muster der Politikverflechtung.

In Großbritannien genießt der Stadtumbau seit Jahren eine deutlich größere politische Priorität als in Deutschland. Dies drückt sich unter anderem in den erheblich höheren staatlichen Fördermitteln aus, die für den Stadtumbau zur Verfügung gestellt werden. Sie werden zudem mit den Mitteln weiterer Förderinstitutionen (EU-Gelder, nationale gemeinnützige Stiftungen und Funds) ergänzt. Es ist so eine Programmvielfalt entstanden, die unterschiedliche Ziele, Fördervolumina, Akteure, Vergabeverfahren und Laufzeiten aufweist.

Trotzdem lassen sich aus den englischen Erfahrungen einige Grundsätze formulieren, die auch für die Praxis in Deutschland wichtig sein könnten.

Stadtumbau braucht langen Atem

Die als erfolgreich geltenden Stadtumbauprojekte in Manchester haben vor 25 Jahren begonnen. Die Einsicht in die Langwierigkeit des Stadtumbaus ist auch in Groß-

mann / M. Karsten / A. Rohlfs / C. Stellfeldt-Koch, Vergleichende Auswertung zehn europäischer Fallstudien, in: *Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung* (s. A 1), S. 4-15.

7 Vgl. C. von Haaren / V. Nadin, Die Flächeninanspruchnahme in Deutschland im Vergleich mit der Situation in England, in: *Raumforschung und Raumordnung*, Heft 5/2003, S. 345-357.

britannien erst allmählich gewachsen; entsprechend haben sich die Laufzeiten von Förderprogrammen nach und nach verlängert. Es lassen sich zwei Phasen im Stadtumbau unterscheiden. Die erste Phase umfasst strategische öffentliche Investitionen, mit denen die Voraussetzungen für private Investitionen überhaupt erst geschaffen werden: Abriss alter Industrieanlagen und überschüssiger Wohnungen, Beseitigung der Altlasten auf den Brachflächen, bodenordnerische Maßnahmen sowie Schlüsselinvestitionen in die öffentliche Infrastruktur (Verkehr, Ver- und Entsorgung etc.). In der zweiten Phase erfolgt die Umsetzung der öffentlichen Maßnahmen, die sich unmittelbar aus den Umbauzielen ableiten und die direkten Anstoß für private Investitionen im Sinne des Stadtumbaus geben sollen. Im Gegensatz zur Bundesrepublik befindet sich der Stadtumbau in Großbritannien derzeit bereits durchgehend in der zweiten Phase. Die großen Schübe des Bevölkerungs- und Arbeitsplatzverlustes liegen in den postindustriellen Städten meist schon 30 Jahre zurück.

Akzeptanz einer postindustriellen Stadtstruktur

In England hat man sich an eine postindustrielle Stadtstruktur gewöhnt, die sich auch bei uns in den Montanregionen und vielen ostdeutschen Städten derzeit herausbildet:

- große, aber kleinräumig gemusterte Kontraste und das Unfertige als Normalfall: zwar keine zusammenhängenden Leerstände an Wohn- und Gewerbebauten, aber nach wie vor zahlreiche nicht mehr genutzte und daher verfallende und vernachlässigte Bauten, auch in zentraler Lage und auch in unmittelbarer Nachbarschaft zu neuen Quartieren und Bauten,
- sichtbare Präsenz von un- und untergenutzten Brachflächen unterschiedlicher Lagen, Größe und Erscheinungsbildern, oft ebenfalls zentral gelegen,
- eine großzügig dimensionierte, aber nur schwer instand zu haltende Infrastruktur (Erschließung, ÖPNV, Parks).

Partnerschaften als Träger des Stadtumbaus

Der organisatorische Kern des Stadtumbaus in Großbritannien bilden im Gegensatz zu Deutschland so genannte *partnerships*: Zusammenschlüsse verschiedener Partner aus dem öffentlichen und privaten Bereich, die für räumlich, sachlich und zeitlich klar definierte Stadtumbauaufgaben gebildet werden. In jeder Stadt gibt es mehrere privatrechtlich organisierte Partnerschaften unterschiedlicher Größe für alle denkbaren Felder der urban regeneration: für größere bauliche Projekte, z.B. Flaggschiffprojekte, aber auch für quartiersbezogene Programme gegen soziale Ausgrenzung, die unserem Programm „Soziale Stadt“ entsprechen, für kommunale Wirtschaftsförderung oder Initiativen zur Förderung der beruflichen Qualifizierung von Jugendlichen usw. Je nach Schwerpunkt der Partnerschaft variieren Zusammensetzung und Aufgabenteilung: Ämter, Verbände, Vertretungen der Zentralregierungen,

wichtige einschlägige Unternehmen, aber auch Bürgerinitiativen und Bürgervereine beteiligen sich. Auffallend war in den von uns untersuchten Beispielen die starke personelle und organisatorische Beteiligung der wichtigsten lokalen Unternehmen an den Partnerschaften. Offensichtlich fallen Appelle an die Unternehmen, Verantwortung für ihren Standort zu übernehmen, dort häufiger auf fruchtbareren Boden als bei uns. Größeres Engagement ist allerdings auch in England nur von konsolidierten Unternehmen zu erwarten.

Die Partnerschaften legen die Ziele fest, sichern die Finanzierung und organisieren die Umsetzung der Maßnahmen. Sie sind verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit, die eine sehr wichtige Rolle spielt. Sie selbst bestehen aus meist kleinen, schlagkräftigen Teams, die einen Großteil der Leistungen an Dritte vergeben. Die Zentralregierung macht die Bildung von Partnerschaften zur festen Vorbedingung für die Vergabe von Fördermitteln. Die Kommune sichert sich den Einfluss auf Ziele, Konzepte und Maßnahmen des Stadtumbaus und damit die Gemeinwohlinteressen dadurch, dass sie als eine der zentralen Partner an den Partnerschaften beteiligt und dort oft federführend ist (community-led partnerships). Die planende Verwaltung mit ihren „hoheitlichen Planungsinstrumenten“ hat demgegenüber jedoch merklich an Einfluss verloren.

Die Vorteile des Konzepts der Partnerschaften sind ohne Frage im gelungenen Falle hohe Flexibilität, Effizienz und Fähigkeit zur Innovation. Sie können sehr viel dynamischer und schneller agieren als die planende Verwaltung. Diese Veränderungen bedeuten keineswegs zwangsläufig eine Reduktion des Verwaltungsaufwandes. Er ist nur weniger hierarchisch strukturiert, beruht auf vertraglichen Vereinbarungen und weist Projekt bezogene, d.h. zeitlich und sachlich befristete Strukturen auf. Demgegenüber sind auch gewisse Gefahren nicht zu übersehen, etwa die Gefahr von Demokratiedefiziten. In England wird den Partnerschaften bisweilen vorgeworfen, sie vernachlässigten die Bürgerbeteiligung, verlören die gesamtstädtische Perspektive aus dem Blick und trügen zum Machtverlust der kommunalen Parlamente bei.

Stadtumbau als integrierte Politik

Stadtumbau ist eine komplexe Aufgabe, die sehr unterschiedliche Elemente umfassen kann, so Strategien der Standortprofilierung, der Kulturpolitik, der sozialen Integration usw., die möglichst inhaltlich und organisatorisch auf einander abgestimmt und sich wechselseitig stützen sollen. Viele lokale Stadtumbauprogramme weisen einen integrativen Ansatz auf, der über die reine Förderung baulicher Maßnahmen hinausgeht. Indem investive Maßnahmen in die bauliche Struktur (Umfeldaufwertung) mit Wirtschaftsförderung und sozialen Maßnahmen kombiniert werden, können synergetische Wirkungen erzielt werden. Dem entspricht auch in England eine außerordentliche Vielfalt teilweise nicht oder nur partiell miteinander verbundener Förderprogramme, deren Förderzwecke, Vergaberichtlinien, Finanzierungsquellen

usw. sich außerdem laufend ändern. Dies erfordert auch auf nationaler Ebene eine interministerielle Kooperation (zwischen Wirtschafts-, Bau- und Sozialministerium), die offensichtlich sehr viel stärker ausgeprägt ist als in Deutschland.

Auf Seiten der kommunalen Verwaltung bedarf es großer Aufmerksamkeit, fachlicher Kompetenz und schneller Reaktionsfähigkeit, um sich in dieser auch für Fachleute oft unübersichtlichen Landschaft aus Programmen und Geldtöpfen erfolgreich zu behaupten, um die geforderten Vorleistungen (Bildung von Partnerschaften, Erstellung von Masterplänen usw.) in hoher Qualität zu erbringen und vor allem die verschiedenen Fördermittel geschickt zu bündeln.

Die Einwerbung von Fördermitteln durch möglichst gut begründete und abgesicherte Anträge hatte dann auch in England indirekt einen qualifizierenden Effekt auf die Kommunen: als Einübung in die professionelle Erstellung und Präsentation von Konzepten und Planungen und die effektive Vorbereitung von Stadtumbaumaßnahmen.

Qualifizierung der Förderpolitik – Evaluation

Die Förderung des Stadtumbaus durch die englische Zentralregierung hat eine lange Geschichte, in deren Verlauf sich die Schwerpunkte, die Vergabekriterien und die Laufzeiten verändert haben. Neben der Vergabe nach Qualität der Bewerbung spielt die Vergabe nach Bedürftigkeit inzwischen wieder eine stärkere Rolle. Zentral für die Vergabe der Fördermittel nach Bedürftigkeit ist der 1997 geschaffene so genannte „Index of Multiple Deprivation“ (IMD).⁸ Die Vergabekriterien der nationalen Förderprogramme für den Stadtumbau verlagerten sich in England von Wettbewerbsverfahren („competitive bidding“) hin zur so genannten „evidenzbasierten Mittelvergabe“ nach Bedürftigkeit, gemessen am nationalen Benachteiligungsindex, dem landesweiten Stadtteilranking.

Diejenigen Stadtteile, die auf einem hohen Rangplatz des Indexes stehen, haben im Rahmen verschiedener staatlicher Programme einen Anspruch auf Förderung. So wird sichergestellt, dass der Großteil der Fördergelder in diejenigen Stadtteile fließt, die die meisten ökonomischen und sozialen Probleme aufweisen. Gleichzeitig ergibt sich daraus die Möglichkeit zu messen, ob und mit welchen Mitteln durch den Stadtumbau eine Verbesserung der Situation in den Stadtumbauschwerpunkten erzielt wird. Dies hilft auch den Kommunen zu erkennen, wo sie stehen. Generell kann man von einer etablierten „Kultur“ der Evaluation staatlicher Förderung sprechen, die sich auch auf die Ministerien bezieht.

Die staatlichen Programme und Konzepte des Stadtumbaus sind inzwischen in England von vornherein so angelegt, dass sie später evaluiert und daraus dann politische Konsequenzen gezogen werden können. So wird ein wichtiger Grund für den

8 Vgl. hierzu A 1.

besonderen Erfolg des Stadtumbaus in Manchester (etwa im Vergleich zur Konkurrenzstadt Liverpool) in dem ausgesprochen leistungsfähigen und hoch qualifizierten Mitarbeiterstab in den Partnerschaften und in der kommunalen Verwaltung gesehen, der offensichtlich ein besonderes Geschick in der Einwerbung, Bündelung und zielgenauen Verwendung von externen Mitteln beweist.

Thomas Pristl

40 Jahre Stadtumbau in Kassel

Zur stadtgeschichtlichen Dimension eines aktuellen Planungsthemas

1. Vorbemerkungen

Der Begriff des Stadtumbaus hat in der deutschen Planungsdebatte Konjunktur: Schwierige Rahmenbedingungen wie anhaltende wirtschaftliche Schwäche, hohe Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsrückgang und Veränderung der Altersstruktur sowie teilmarktspezifische Wohnungsleerstände und Wohnungsversorgungsprobleme bedingen eine große Komplexität der aktuellen Aufgaben- und Problemstellungen in der Stadtentwicklung und erfordern eine Veränderung stadtentwicklungspolitischer Zielsetzungen wie auch neue planerische Ideen und Werkzeuge. Mit dem klassischen, im Kern auf quantitatives und qualitatives Wachstum orientierten Instrumentarium von Stadterweiterung und Stadterneuerung allein scheinen die vielfältigen Herausforderungen der Zukunft kaum zu bewältigen.

In diesem Zusammenhang wird Stadtumbau zunehmend als Synonym für adäquate Handlungsstrategien im Umgang mit den aktuellen Problemen der Stadtentwicklung verwendet. Wichtiger Impuls hierfür war im Jahre 2001 die Installation des Förderprogramms „Stadtumbau-Ost“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen mit einem wohnungswirtschaftlichen Schwerpunkt auf der Suche nach Lösungen für wachsende Leerstandsprobleme. 2002 begann die Pilotphase des Förderprogramms „Stadtumbau-West“ und dokumentierte damit, dass neue Handlungserfordernisse und planerische Strategien keineswegs nur ein Phänomen der ostdeutschen Städte darstellen, sondern gleichermaßen – wenn auch in anderer Dimension und Ausprägung – westdeutsche Städte betreffen. Stadtumbau hatte somit als Fördertatbestand bereits eine gesamtdeutsche Relevanz erreicht; vollendet wurde diese Entwicklung durch die im Juli 2004 in Kraft getretene Novellierung des Baugesetzbuches, mit der Stadtumbau als Instrument des besonderen Städtebaurechts (neben den tradierten Instrumenten der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme bzw. der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme sowie einer ebenfalls neu eingeführten Maßnahme „Soziale Stadt“) etabliert wurde.

Im Kontext der oben geschilderten Entwicklungen wird Stadtumbau somit überwiegend als neue Aufgabe thematisiert; gleichwohl hat der Stadtumbaubegriff auch eine gewichtige historische Dimension als Phänomen der Stadtentwicklung. Beispielfhaft genannt seien an dieser Stelle lediglich die massiven stadtstrukturellen Umbrüche im Zuge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert, die Veränderung städtischer Strukturen durch die Ansätze der Stadterneuerung in den zwanziger Jahren

des 20. Jahrhunderts sowie die Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg, die in vielen Städten unter den Vorzeichen der städtebaulichen Moderne zu einer teilweise radikalen Überformung der alten Stadtgrundrisse genutzt wurde.

Dementsprechend hat der Begriff des Stadtumbaus auch Eingang in die planungsgeschichtliche Forschung gefunden¹ – teils als Schlagwort zur allgemeinen Beschreibung grundlegender Eingriffe in die Stadtstruktur, teils aber auch verstanden als dritte Phase der europäischen Stadterneuerung: Diese wird – der Strategie der „Kahlschlagsanierung“ und der Phase der behutsamen, baulich wie sozial erhaltenden Stadterneuerung folgend – definiert durch eine auf Neu- bzw. Umbau setzende, gestaltende Stadterneuerung, die ab den 1980er Jahren der Anpassung der bestehenden Städte an veränderte Verhältnisse dienen soll. Stadträumlich fokussiert ist diese Phase der Stadterneuerung auf drei stadtentwicklungspolitische Strukturtypen: auf die Stadtzentren (Revitalisierungsstrategien), auf aus der Nutzung gefallene Flächen (Konversionsstrategien) und auf die oftmals peripher gelegenen Großsiedlungen der 1960er und 1970er Jahre (Nachbesserungsstrategien).² Auch im Bereich der Stadtforschung ist Stadtumbau Gegenstand des wissenschaftlichen Diskurses: Beispielsweise werden innerstädtische Brachflächen als Anlässe zur Revision bisheriger Stadtentwicklungsprämissen diskutiert – auch im Zusammenhang mit einer Funktionalisierung des Städtebaus als Mittel zur Standortprofilierung in der Konkurrenz zwischen Städten und Regionen um Entwicklungspotentiale.³

Die Eignung des Stadtumbaubegriffs sowohl zur Umschreibung stadtentwicklungsgeschichtlicher Phänomene als auch zur Charakterisierung aktueller Aufgaben der Stadtentwicklung wirft die Frage auf, ob eine Aufarbeitung der Funktion und Wirkung bereits realisierter Stadtumbauprozesse Erkenntnisse hinsichtlich der Gestaltung zukünftiger Stadtentwicklungsprojekte erlaubt, inwieweit also lokal verortete Stadtumbau-Erfahrungen für die Bewältigung anstehender Planungsaufgaben aktiviert und konstruktiv genutzt werden können. Vor diesem Hintergrund wurde die Rolle und Bedeutung des Stadtumbaus in der jüngeren Planungs- und Stadtentwicklungsgeschichte in den Mittelpunkt eines DFG-geförderten Forschungsprojekts an der Universität Kassel gestellt, auf dessen Ergebnisse dieser Artikel zurückgreift.⁴

1 Vgl. z.B. H. Bodenschatz, *Platz frei für das neue Berlin. Geschichte der Stadterneuerung seit 1871*, Berlin 1987; G. Fehl / J. Rodriguez-Lores (Hrsg.), *Stadt-Umbau: Die planmäßige Erneuerung europäischer Großstädte zwischen Wiener Kongress und Weimarer Republik*, Stadt.Planung.Geschichte, Bd. 17, Basel 1995; D. Schubert, *Stadterneuerung in London und Hamburg: Eine Stadtbaugeschichte zwischen Modernisierung und Disziplinierung*, Braunschweig 1997.

2 Vgl. H. Bodenschatz, *Perspektiven des Stadtumbaus*, in: *architektur aktuell* 6 (2003)

3 Vgl. z.B. H. Becker / J. Jessen / R. Sander (Hrsg.), *Ohne Leitbild? Städtebau in Deutschland und Europa*, Stuttgart 1998.

4 „Löcher in der Stadt – Strategien des Stadtumbaus“, DFG-Forschungsprojekt an der Universität Kassel, bearb. durch Prof. Christian Kopetzki (Projektleiter), Dr. Friedhelm Fischer, Dr. Rolf Keim, Dipl.-Ing. Rainer Naefe, Dipl.-Ing. Thomas Pristl; Bearbeitungszeitraum: 10.2000 bis 12.2003.

Untersuchungsgegenstand dieser Längsschnittstudie waren siebzig Stadtbauprojekte aus dem Zeitraum von 1960 bis 2002 in Kassel – einer in vielerlei Hinsicht typischen mittleren Großstadt im strukturschwachen Raum mit knapp unter 200.000 Einwohnern, gekennzeichnet durch starke altindustrielle Traditionen, einer entsprechend problematischen Wirtschaftsstruktur mit nur vereinzelten Wachstums- und Innovationssektoren sowie einer tendenziell sinkenden Bevölkerungszahl bei einem hohen Anteil an einkommensschwachen und auf Transferleistungen angewiesenen Haushalten.

2. Zum Verständnis des Stadtbaubegriffs

Mit der stark gewachsenen Popularität des Stadtbaubegriffs ist auch außerhalb der planungsgeschichtlichen Forschung zwangsläufig eine große Vielfalt an Begriffsdefinitionen und -abgrenzungen entstanden, deren Einengung notwendige Voraussetzung für eine intensivere Beschäftigung mit diesem Phänomen ist. Innerhalb des Kasseler Forschungsprojekts wurde Stadtbau als Prozess des Nutzungswandels auf einzelnen, eindeutig abgrenzbaren und in der Regel überschaubaren Standorten im städtischen Nutzungsgefüge betrachtet, der zugleich einen Beitrag zur fortlaufend erforderlichen Anpassung der baulichen und städtebaulichen Struktur an sich wandelnde Anforderungen und Rahmenbedingungen zu leisten vermag.

Auch in diesem Verständnis gewann Stadtbau in den letzten Jahren, bedingt durch Prozesse des wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Strukturwandels sowie der sich mit hoher Frequenz ändernden Raumnutzungen, als Teilstrategie einer zukunftsbeständigen Stadtentwicklungsplanung zunehmend an Bedeutung. Die punktuelle Konzentration des Phänomens Stadtbau auf konkrete Projekte bzw. Standorte innerhalb des städtischen Nutzungsgefüges verbindet sich dabei keineswegs mit einem Ausblenden gesamtstädtischer Dimensionen, die das planungsgeschichtliche wie auch das aktuelle fachliche Verständnis von Stadtbau kennzeichnen. Vielmehr werden die planungskonzeptionellen, sozioökonomischen und gesellschaftspolitischen Hintergründe als immanenter Bestandteil der untersuchten Stadtbauprojekte verstanden. Die untersuchten Projekte werden als spezifische historische Formen der Stadtentwicklung typisiert, auf ihre Wirkungen für die gesamtstädtische Entwicklung hin betrachtet und zugleich in den Kontext gesamtstädtischer Entwicklungslinien gestellt, die ihrerseits als Stadtbauprozess verstanden werden können: Dies betrifft über die Veränderung von Bau- und Nutzungsstrukturen hinaus beispielsweise auch Veränderungen in der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Prägung der Stadt, Veränderungen lokaler wie regionaler Organisationsformen und –strukturen sowie gezielte Veränderungen von Wohn- und Lebensqualitäten im Quartier, zum Teil verbunden mit der Verteilung von aufwertenden und belastenden Infrastruktureinrichtungen in der Stadt.

Der gewählte Untersuchungszeitraum ist sowohl mit dem planungsgeschichtlichen als auch mit dem die aktuelle Diskussion prägenden Verständnis von Stadtbau verknüpft: Er beginnt 1960 im Anschluss an die primäre Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg, die in Kassel in Folge weitreichender Zerstörungen zu einer vergleichsweise späten, dafür jedoch radikalen Überformung der Innenstadtstruktur genutzt wurde – funktionsgegliedert, verkehrsgerecht und fordistisch modern. 2002 endet der Untersuchungszeitraum in einer Phase, in der Stadtbau als komplexe Zukunftsaufgabe der Stadtentwicklung auch im Westen Deutschlands immer mehr an Bedeutung gewinnt – und sich auch die Stadt Kassel um eine Aufnahme in das Pilotprogramm „Stadtbau-West“ bemüht.⁵ Komplexer, gesamtstädtisch orientierter Stadtbau als die aktuelle Debatte prägende Zukunftsaufgabe ist dabei nicht etwa als Bruch mit den untersuchten Formen des Stadtbaus der letzten 40 Jahre zu sehen; vielmehr stellt der konstruktive Umgang mit einzelnen Stadtbaustandorten einen wichtigen Baustein für die Umsetzung zukünftig notwendiger umfassenderer Restrukturierungen des städtischen Nutzungsgefüges dar.

3. Auslöser und Impulse

Stadtbauprojekte weisen in stadtentwicklungsgeschichtlicher Perspektive eine große Vielfalt an Entstehungsbedingungen, Vornutzungsarten und Nachnutzungskonzepten auf, die allein bereits die Notwendigkeit belegen, einzelfallbezogen differenzierte Strategien und Instrumente auszuwählen und zur Anwendung zu bringen. Dabei finden sich kontinuierliche, den gesamten Untersuchungszeitraum prägende Attribute wie auch zeitgebundene Merkmale des Stadtbaus.

Unter den maßgeblichen Auslösern und Impulsen von Stadtbauprojekten, die einzeln oder auch in Kombination wirksam werden, steht am häufigsten die Branchenproblematik im Vordergrund: In der Mehrzahl der Fälle verliert ein Standort seine Nutzung und fordert damit zur Suche nach einer geeigneten Nachnutzung auf; dies gilt für den gesamten Untersuchungszeitraum, jedoch in verstärktem Maße für die 1990er Jahre.

Andere Stadtbauprojekte werden aus stadtentwicklungspolitischen Motiven heraus initiiert, wenn entweder gezielt bestehende Nutzungen verlagert oder neue Nutzungen bewusst an einem bestimmten Standort realisiert werden sollten. Getragen werden solche Vorhaben in den 1960er und 1970er Jahren vorrangig durch eine stadtentwicklungspolitische Modernisierungsstrategie, die zum Teil eine Auslagerung „unstädtischer“ oder Immissionskonflikte verursachender Nutzungen beinhal-

5 Inzwischen ist Kassel mit einer Großsiedlung aus den 1960er und 1970er Jahren und angrenzenden (bestehenden und zu erwartenden) Brachen in die reguläre Städtebauförderung für Stadtbaumaßnahmen nach § 171 BauGB aufgenommen worden.

tete und zum Teil durch die gezielte Implementierung großer Bildungseinrichtungen (Gesamthochschule, Berufsschulzentrum) eine Um- und Aufwertung benachteiligter Arbeiterstadtteile erwirken wollte. Auch die Mitte der 1970er Jahre beschlossene Ausrichtung der Bundesgartenschau 1981, verbunden mit der Entwicklung eines innenstadtnahen Kiesabbaugebietes in der Fuldaaue zu einem zentralen Naherholungsgebiet, sollte einen Beitrag zur Stärkung der Lebensqualität in den Stadtteilen des Kasseler Ostens leisten. In der Folgezeit rücken dagegen Leitvorstellungen der Stadtreparatur und Innenentwicklung in den Vordergrund, in der Regel verbunden mit der Vorbereitung privater Wohn- oder Gewerbenutzungen.

Einen weiteren Auslöser stellt das Ziel einer renditemaximierenden Grundstücksausnutzung bzw. baulichen Verdichtung dar: Stadtbau bedeutet hierbei vielfach einen Eingriff in vorhandene, im Grundsatz auch weiterhin am gegebenen Standort funktionsfähige Strukturen und Nutzungen. Das betrifft in massiv von Kriegszerstörungen betroffenen Städten wie Kassel auch provisorische Nutzungen geringer Dichte, die selbst in hochzentralen Lagen zum Teil über Jahrzehnte erhalten blieben. Schließlich erweisen sich auch externe Ereignisse und Impulse als Auslöser von Stadtbauprojekten, so zum Beispiel die Entscheidung für die Linienführung der Schnellbahntrasse in den 1970er Jahren und den Ausbau des neuen ICE-Bahnhofs im Stadtteil Wilhelmshöhe – verbunden mit einer hochdynamischen städtebaulichen Entwicklung in dessen Umfeld, kontrovers diskutierter Auswirkungen auf die Innenstadt, aber auch einer als Stadtbauprozess wirksam gewordenen Neudefinition der Rolle des innenstadtnahen ehemaligen Hauptbahnhofs einschließlich seines räumlichen Kontextes.

Schließlich führen Stadtbauprozesse vielfach auch zu Umnutzungsketten und erweisen sich somit selbst als Auslöser für weitere Projekte: Die Verlagerung im Stadtgebiet vorhandener Nutzungen wie zum Beispiel des städtischen Schlachthofs schafft neue Stadtbauaufgaben, die einen zum Teil erheblichen Einsatz städtischer Ressourcen zur Entwicklung und Realisierung neuer Nutzungsperspektiven erfordern.

4. Vor- und Nachnutzungsmuster

Erwartungsgemäß erweist sich Stadtbau auf alten Industrie- und Gewerbeflächen als kennzeichnend für den gesamten Untersuchungszeitraum und – eng verbunden mit dem Bedeutungsverlust Kassels als Industriestandort im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels – zugleich als häufigster Flächentyp im Spektrum der untersuchten Projekte. Sehr früh treten dabei Fallkonstellationen auf, die bis in die heutige Zeit prägend für Stadtbauprojekte und -konflikte sind. So folgt auf die Schließung der Waggonfabrik Credé Ende der 1960er Jahre eine Nachnutzung des Geländes durch ein großes Einkaufszentrum – auf einer zwar siedlungsstrukturell inte-

grierten, doch in einem eher peripheren Stadtteil gelegenen Fläche. Das inzwischen mehrfach erweiterte Einkaufszentrum löst einen Umbau des gesamtstädtischen Nutzungsgefüges aus und stellt bis heute eine Konstante der stadtentwicklungspolitischen Diskussion um Verteilung und Konzentration des Einzelhandels in der Stadt dar. Als ebenfalls von weitreichenden Auswirkungen auf die Stadtentwicklung gekennzeichnet, wenngleich zumindest heute weniger umstritten, erweist sich die Entscheidung, die innenstadtnahe Brache des 1974 stillgelegten Henschel-Stammwerkes zum Hauptstandort der neu gegründeten Gesamthochschule (und heutigen Universität) zu entwickeln.

Eine weitere wichtige Kategorie bilden Stadtumbauprojekte auf Grün-, Verkehrs- und Brachflächen im städtischen Nutzungsgefüge. Ursächlich hierfür sind vielfach die massiven Kriegszerstörungen im Stadtgebiet, die in Folge einer vergleichsweise geringen Wirtschaftsdynamik und zum Teil mit – oftmals langlebigen – provisorischen Zwischennutzungen verbunden, bis in die 1990er Jahre hinein in der Stadtstruktur präsent bleiben. Aber auch die radikale Überformung der Innenstadt im Rahmen des Wiederaufbaus generierte Stadtumbauprojekte in den folgenden Jahrzehnten: So erfahren mehrere Flächen, auf denen im Rahmen des autogerechten Wiederaufbaus der Kasseler Innenstadt Verkehrsanlagen realisiert wurden, im Zuge der Abkehr von diesem Entwicklungsleitbild eine Umwertung. So wird ein baufälliges städtisches Parkhaus in hochzentraler Lage durch eine Einkaufsgalerie ersetzt und auf den Flächen einer gleichfalls zentral gelegenen Parkpalette entsteht ein Kinocenter. Die unter dem Schlagwort der Stadtreparatur erfolgende Neubebauung dieser und vergleichbarer Flächen trägt auch dazu bei, dass für die 1990er Jahre insgesamt eine räumliche Verdichtung stadtentwicklungspolitisch motivierter Stadtumbauprojekte auf den Bereich der Innenstadt zu verzeichnen ist.

Von großer Bedeutung sind auch Stadtumbauprojekte auf Flächen staatlicher bzw. ehemals staatlicher Unternehmen wie Post und Bahn sowie auf zuvor militärisch genutzten Flächen, die darauf verweisen, dass Kassel über seine Rolle als Industriestandort hinaus auch eine Tradition als Residenz-, Verwaltungs- und Garnisonsstadt besitzt. Die Um- und Nachnutzung derartiger Standorte ist in Kassel wie überall ein aktuelles stadtentwicklungspolitisches Thema der 1990er Jahre, prägt darüber hinaus aber auch bereits den Untersuchungszeitraum seit 1960. So konnte bei der Entwicklung erfolgreicher Projekte wie dem Kasernenkonversionsprojekt „Marbachshöhe“, dessen Realisierungskonzeption bundesweit Vorbildcharakter erlangt hat, auch auf lokale Erfahrungen mit dieser Aufgabe aus vorherigen Jahrzehnten zurückgegriffen werden. Beispielhaft hierfür steht das Kasernenkonversionsprojekt „Hasenhecke“, dessen Anfänge bis in die 1960er Jahre zurückreichen und das in den 1980er Jahren – ebenfalls viel beachtet – als städtebauliche Sanierungsmaßnahme realisiert wird: Aus einer ehemaligen Flak-Kaserne im Außenbereich entwickelte sich durch Sanierung, Infrastrukturausbau und städtebauliche Ergänzung ein attraktives Wohnquartier.

Ein typisches Stadtumbaumuster der 1970er Jahre ist die Neunutzung von Flächen städtischer Einrichtungen oder auch die Realisierung öffentlicher Einrichtungen. Darin spiegelt sich eine stadtentwicklungspolitische Strategie dieser Zeit, Stadtumbau bewusst als Impulsmaßnahme zur Veränderung bestehender Stadtteilstrukturen und -merkmale einzusetzen. Beispielhaft hierfür stehen die bereits erwähnten Projekte der Ansiedlung der Hochschule auf dem ehemaligen Henschelgelände und der Auslagerung des städtischen Schlachthofs aus der Nordstadt als traditionellem Arbeiterstadtteil zugunsten der Ansiedlung eines Berufsschulzentrums. Die damit verursachten Nutzungskonflikte und potenziellen Verdrängungseffekte mögen – wenngleich diese in Kassel keine massive stadtentwicklungspolitische Brisanz erreicht haben – in der Folgezeit auch zu einer zunehmenden Sensibilität gegenüber möglichen negativen Auswirkungen von Umnutzungskonzepten beigetragen haben.

Die im Rahmen von Stadtumbauprozessen realisierten Nachnutzungen bilden ein breites Spektrum. Zeitübergreifend bedeutsam sind hierbei Mischnutzungskonzepte geprägt von Wohnen, Dienstleistungen sowie Kultur-, Freizeit-, Erholungs- und Gastronomieeinrichtungen. Wesentliche Träger von Nachnutzungskonzepten sind im gesamten Untersuchungszeitraum auch die Einzelhandelsbetriebe, die in den 1990er Jahren im Zuge veränderter Betriebskonzepte und Standortanforderungen noch an Gewicht gewinnen. Dagegen konzentrieren sich industrielle und gewerbliche Nachnutzungen, beeinflusst durch sich wandelnde Rahmenbedingungen und stadtentwicklungspolitische Zielsetzungen, auf die Zeit bis Anfang der 1970er Jahre sowie auf die Zeit ab 1990, geprägt von Produktionsverlagerungen und Firmenübernahmen durch Globalisierungseffekte.

Insgesamt zeigen die untersuchten Projekte eine große, durch stadtspezifische Determinanten geprägte strukturelle Vielfalt auf. Sie stellen damit zugleich einen breiten Fundus lokaler Stadtbauerfahrungen bereit, der zahlreiche Anknüpfungspunkte für aktuelle Aufgabenstellungen bietet.

5. Akteure des Stadtbaus

Über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg zeigt sich eine zentrale Bedeutung der Stadtentwicklungspolitik für den Stadtbau, jedoch verbunden mit einem Wandel ihrer Funktion: So verliert die Stadt ab Mitte der 1970er Jahre an Bedeutung als primärer Veranlasser und Impulsgeber für Stadtumbauprojekte. Andererseits wächst im Verlauf des Untersuchungszeitraums tendenziell der Anteil der nicht primär von der Stadt initiierten Projekte, bei denen dennoch stadtentwicklungspolitische Ziele im Vorfeld definiert und zumindest in nennenswertem Umfang auch umgesetzt werden können.

Ab Mitte der 1990er Jahre deutet sich jedoch eine Trendumkehr an: Der Anteil der Projekte sinkt, deren Nachnutzungsfindung durch die Formulierung städtischer

Nutzungskonzepte und Anforderungen maßgeblich beeinflusst wird. Entsprechend an Gewicht gewinnt die Realisierung allenfalls geringfügig modifizierter Nutzungskonzepte der jeweiligen Investoren. Das hängt auch mit einem kommunalpolitischen Machtwechsel 1993 zusammen, der mit einer weitgehenden Aufgabe entwicklungsplanerischer Konzeptionen einhergeht. Abgerundet wird dieses Bild durch die Erkenntnis, dass bei den von der Stadt als Akteur geprägten Stadtumbauprojekten der 1990er Jahren stadtökonomische Überlegungen (dominiert von dem Ziel einer Haushaltsentlastung) eine überdurchschnittliche Bedeutung gewonnen haben – ein Hinweis auf zunehmend problematischere Rahmenbedingungen für die lokale Ökonomie wie auch für die kommunalen Finanzen.

Bundes- und Landeseinrichtungen sowie sonstige öffentliche Institutionen oder staatliche (bzw. ehemals staatliche) Unternehmen sind in rund einem Drittel der untersuchten Fälle in den Stadtumbauprozess eingebunden. Sie spiegeln die vergleichsweise große Bedeutung wider, die insbesondere Bundes- und Landesbehörden innerhalb des städtischen Nutzungsgefüges und damit auch für die Stadtentwicklung insgesamt innehaben. Dabei bilden sich häufig langwierige Entscheidungsprozesse und komplexe Entscheidungsstrukturen sowie wechselnde Bedarfsplanungen und Strategien ab, jedoch gelingt in mehreren Fällen auch die Einbindung in zum Teil aufwändige, aber auch erfolgreiche Projektentwicklungskonzepte z.B. auf Kasernen- oder Bahnflächen.

Betrachtet man schließlich die Gruppe der privaten Akteure im Stadtumbau, so zeigt sich auch hier ein struktureller Wandel im Verlauf des Untersuchungszeitraums: Während die ursprünglichen privaten Grundstückseigentümer bis Ende der 1980er Jahre kontinuierlich bei etwa jedem zehnten Projekt als zentraler Veranlasser auftreten, steigt dieser Anteil in den 1990er Jahren deutlich an. Gleichzeitig sinkt die zuvor ebenfalls recht konstante Bedeutung externer privater Akteure, die die betreffenden Grundstücke mit dem Ziel der Umnutzung erwerben – mögliche Folge einer sinkenden Wirtschaftsdynamik, die die Rentabilität von Investitionen in Stadtumbau schwächt und die Grundstückseigentümer häufiger dazu zwingt, in eigener Regie Nachnutzungspotentiale zu entwickeln.

Eine weitere Gruppe privater Akteure prägt seit den 1970er Jahren einzelne Projekte: Interessengruppen und Bürgerinitiativen nehmen Einfluss auf den Stadtumbauprozess und können zumindest bei einem Teil dieser Projekte zu maßgeblichen Änderungen an Planungsstrategien und Nutzungskonzeptionen beitragen. So kann auf dem ehemaligen Schlachthofgelände dank anhaltender Proteste der Abriss zweier Torgebäude verhindert und das zunächst als Zwischennutzung eingerichtete soziokulturelle Stadtteilzentrum dauerhaft etabliert werden; die Gebäude werden später mit Mitteln der Städtebauförderung saniert.

Wenig überraschend ist schließlich eine Häufung öffentlich-privater Kooperationen in den neunziger Jahren, praktiziert in unterschiedlichen Formen und Konstellationen. Gleichwohl kann die Stadt hierbei auf Erfahrungen mit derartigen Ko-

operationen in Stadtumbauprojekten der vorangegangenen Jahrzehnte zurückgreifen, womit auch an dieser Stelle die Funktion von Stadtumbau als wichtiges Lernfeld der Stadtentwicklungspolitik und -planung sichtbar wird: So lässt die Stadt bereits 1980 eine aufwändige Rampenstraße zur Erschließung eines umstrittenen innenstadtnahen Wohngebiets durch einen privaten Investor errichten – und muss diesem in den neunziger Jahren, als die Planung endgültig scheitert, die entstandenen Kosten erstatten.

6. Verfahren und Instrumente

Die Beschäftigung mit Verfahren und Instrumenten lässt ein Phänomen sichtbar werden, dass über die vergangenen 40 Jahre hinweg kennzeichnend für den Stadtumbau in Kassel ist: Die relativ größte Gruppe der untersuchten Projekte wurde ohne Durchführung formeller oder informeller Planungsverfahren, in der Regel auch ohne nennenswerte Bürgerbeteiligung sowie ohne Rückgriff auf öffentliche Fördermittel umgesetzt. Stadtumbau ist insoweit keineswegs nur Planungsstrategie und Fördertatbestand, sondern vielfach auch ein selbständiges, allein durch Privatinitiative getragenes Element der Stadtentwicklung. Oftmals handelt es sich hierbei um unspektakuläre, von Stadtpolitik und -planung weitgehend unbeachtete Umstrukturierungsprozesse an alten Industrie- und Gewerbestandorten, wobei die Nachnutzung sich häufig formell innerhalb des bisherigen Nutzungsrahmens bewegt, gleichwohl aber strukturell einen auch für die Stadtentwicklung bedeutsamen Wandel markiert und als Stadtumbau im hier definierten Verständnis wirksam wird. Typisches Beispiel dieser Form von Stadtumbau ist die vielfach erfolgreiche Umnutzung aufgegebener kleiner bis mittlerer Industriestandorte zu kleinteilig strukturierten Gewerbehöfen mit einem vielfältigen Nutzungsspektrum; in einigen Fällen entwickeln sich hier innovative Gewerbe- und Dienstleistungsmilieus sowie auch sozio-kulturelle Angebote.

Wenn Stadtumbau unter Einsatz planerischer Verfahren und Instrumente betrieben wird, prägen sowohl der Bebauungsplan als auch informelle Planungen mit differierenden inhaltlichen Schwerpunkten den gesamten Untersuchungszeitraum. Im Zeitverlauf ergibt sich jedoch eine Umkehr der Gewichtung der beiden Instrumente: Einem Bedeutungsverlust des Bebauungsplans in den 1980er und verstärkt in den 1990er Jahren steht ein entsprechender Bedeutungsgewinn informeller Planungen in gleicher Größenordnung gegenüber. Beide Instrumente sind dabei kennzeichnend für solche Stadtumbauprojekte, die sich als anpassungsbedürftig, aber auch anpassungsfähig gegenüber externen Einflüssen oder auch offenen Planungs- und Diskussionsprozessen erwiesen haben. Stadtumbau in dieser Zeit ist auch geprägt durch eine Erweiterung bzw. Ausdifferenzierung des angewandten Instrumentariums, indem zunehmend neue, innovative Instrumente erprobt werden: Vermehrt zum Ein-

satz kommen städtebauliche Verträge, Verfahren zur Ermittlung und zum sachgerechten Umgang mit Altlasten werden wichtiger und besondere, innovative Formen der Bürgerbeteiligung gewinnen an Gewicht. Darüber hinaus ist eine Veränderung hinsichtlich der Einbindung externen Expertenwissens in Stadtumbauprozesse festzustellen: Hier zeigen sich in den 1990er Jahren besonders umfassende oder innovative Formen der Beteiligung. Beispielhaft für innovative Konzepte zur Einbindung von Bürgern und Experten in dieser Zeit steht die „Wiedergründung der Unterneustadt“. Für die Entwicklung eines gemischt genutzten Stadtquartiers auf der Fläche einer kriegszerstörten historischen Vorstadt am östlichen Fuldaufer wurde ein aufwändiges, aber effektives Modell ineinander greifender Beteiligungs- und Beiratsgremien realisiert.

Der hinsichtlich der Finanzierung von Stadtumbauprojekten spätestens für die 1990er Jahre festzustellende Bedeutungszuwachs privater Investitionen wird begleitet durch die Erprobung unterschiedlicher öffentlich-privater Finanzierungs- und Kooperationsmodelle. Diese erlauben es der Stadt zumindest bedingt, trotz sinkender finanzieller Handlungsspielräume steuernden Einfluss auf eine durch Stadtumbauprojekte geförderte Stadtentwicklung zu nehmen. Dies gilt vor allem in solchen Fällen, in denen vergleichsweise große Renditeerwartungen die Bereitschaft von Grundstückseigentümern und Investoren erhöhen, Umnutzungs- und Gestaltungskonzepte an stadtentwicklungspolitische Anforderungen anzupassen.

Die strukturelle Vielfalt des Stadtumbaus lässt sich nicht zuletzt auch in den stark differierenden Verfahrenslaufzeiten festmachen: Während einzelne Projekte innerhalb eines Jahres zum Abschluss gebracht werden können, erstrecken sich andere Vorhaben über mehrere Jahrzehnte, oftmals begleitet von stabilen oder auch wechselnden Zwischennutzungen sowie von wiederholten, intensiven Diskussionen um angemessene Nutzungskonzepte. So können langjährig andauernde Projekte den Wandel von Konzepten, des planerischen Selbstverständnisses oder auch der Formen der Partizipation der Bevölkerung (sei es durch innovative Beteiligungsmodelle oder durch Widerstand leistende Bürgerinitiativen) sichtbar machen. Die Veränderung von Nutzungskonzepten im Zeitverlauf wird somit nicht nur im Vergleich von Stadtumbauprojekten aus verschiedenen Entstehungszeiträumen sichtbar, sondern (und hier in der Regel besonders aufschlussreich) auch innerhalb bestimmter Projekte.

7. Auswirkungen des Stadtumbaus

Stadtumbauprojekte in Kassel sind jedoch nicht nur zentraler Baustein der Stadtentwicklung, sondern lassen sich darüber hinaus mit weiteren, überwiegend positiven Effekten in Verbindung bringen. Dies bezieht sich sowohl auf die stadtökonomischen Komponenten von Stadtumbauprojekten als auch auf Folgewirkungen für die

Stadtentwicklung. Interessengegensätze zwischen Gesamtstadt und Stadtteil beschränken sich ebenfalls auf eine geringe Zahl an Projekten sowie hierbei oft auch nur auf Teilaspekte der jeweiligen Umnutzungsprozesse.

Ökologische Potentiale spielen in Stadtbauprozessen sowohl hinsichtlich ihrer Entwicklung als auch ihrer Beeinträchtigung eine eher untergeordnete Rolle, bedingt durch Spezifika der erfassten Stadtbaustandorte mit eher geringen Flächengrößen und einer hohen Eignung und Lagegunst für bauliche Nutzungen. Demgegenüber erweisen sich Stadtbaustandorte in rund 40% der untersuchten Projekte als Plattform für die Entfaltung sozialer und kultureller Potentiale. Hierbei handelt es sich in etwa der Hälfte der Fälle um im Stadtbaukonzept enthaltene, auf Dauer angelegte Nutzungen, in der anderen Hälfte der Fälle dagegen um temporäre, durch informelle Flächenaneignung realisierte und in der Regel mit Durchsetzung der geplanten Nachnutzungskonzeption verdrängte Nutzungsformen. Sozio-kulturelle Nutzungen übernehmen in diesem Zusammenhang bei einem Teil der Stadtbauprojekte eine Pionierfunktion für die Wiedernutzung brachgefallener Gebäude und Flächen.

Dass Stadtbau in der Mehrzahl der Fälle eine besondere Aufgabe und Form der Stadtentwicklung darstellt, spiegelt sich auch in der starken Beachtung in den lokalen Medien wider, die für zwei Drittel der Projekte kennzeichnend ist. Ein ähnlicher Anteil ergibt sich auch hinsichtlich der (durch die Medien vermittelten) Akzeptanz der mit Stadtbauprojekten verbundenen Eingriffe in das Stadtbild sowie die Nutzungsstruktur von Stadt und Quartier.

Auffällig im Zeitverlauf ist dabei eine überdurchschnittliche Aufmerksamkeit in den lokalen Medien wie auch ein vergleichsweise hoher Anteil an kontrovers diskutierten Projekten in den 1970er Jahren, die einen Zusammenhang mit den diesen Zeitraum prägenden Stadtbautypen vermuten lassen – gekennzeichnet beispielsweise durch den Versuch der lokalen Konkretisierung übergeordneter stadtentwicklungspolitischer Zielsetzungen oder auch durch (zum Teil von außen erzwungene) Veränderungen der Planungsstrategien und Nutzungskonzepte. Beispielhaft genannt sei hier die massive Kontroverse um die zukünftige Führung der Schnellbahntrasse und zur Positionierung des Fernbahnhofs im Stadtgebiet, die die stadtentwicklungspolitische Diskussion über Jahre prägte.

Ebenfalls kennzeichnend für diese Jahre ist ein relativ niedriger Anteil an Projekten, bei denen in der dokumentierten Außenwahrnehmung durch Stadt- und Fachöffentlichkeit die städtebaulich-gestalterischen und architektonischen Qualitäten eine Rolle spielen. Dies ändert sich in den 1980er Jahren – möglicherweise auch aufgrund eines allmählich wachsenden Einflusses der neuen Hochschule und ihrer Architektur- und Planungsstudiengänge.

8. Stadtumbau und Stadtentwicklung

Zusammenführend betrachtet zeigt sich eine doppelte Funktion von Stadtumbau: Zum einen tritt dieser als kontinuierlicher Prozess und fester Bestandteil der Stadtentwicklung in Erscheinung, verbunden mit wiederkehrenden Aufgabenstellungen, Akteurskonstellationen, bestimmten planerischen Instrumenten sowie spezifischen Auswirkungen. Somit erweist sich Stadtumbau als fortlaufende, etablierte Aufgabe innerhalb der Stadtentwicklungspolitik, die offensichtlich weitgehend erfolgreich mit erprobten Instrumentarien und Akteurskooperationen bearbeitet wird.

Zum anderen dient Stadtumbau immer wieder auch als Instrument zur Bewältigung herausragender, komplexer Problem- und Aufgabenstellungen, die zugleich oftmals typisch für bestimmte Zeiträume und Phasen der Stadtentwicklung sind und die Entwicklung neuer, angemessener Planungs- und Steuerungsstrategien erfordern. Stadtumbauprojekte wirken somit als Spiegel der einerseits kontinuierlichen, andererseits aber auch sich wandelnden Anforderungen und planerischen Strategien, die insbesondere aus den lokal zu bewältigenden Folgen des allgemeinen wirtschaftlichen Strukturwandels und seiner Ausprägung in der Stadtregion resultieren. Auf dieser Basis prägen den Stadtumbau in Kassel zumindest ab Ende der 1960er Jahre immer wieder einzelne Leuchtturmprojekte, die aus unterschiedlichen Gründen Fernwirkungen über die Grenzen Kassels hinaus erzielen und auf diese Weise sowohl die Stadt Kassel punktuell in den Blickpunkt der Fachöffentlichkeit rücken als auch Beiträge zur Weiterentwicklung planerischer Instrumente und Strategien leisten.

So stellt die bereits erwähnte Errichtung des Einkaufszentrums ab 1968 auf den siedlungsstrukturell integrierten Flächen der ehemaligen Waggonfabrik Credé bundesweit ein Pionierprojekt des „Brownfield Development“ dar und steht im Kontrast zum seinerzeit beginnenden Trend zu Einzelhandelseinrichtungen auf der „grünen Wiese“. Die Realisierung eines Industriegebiets auf den Flächen eines ehemaligen Flugplatzes am Stadtrand mit Hilfe einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme nach Städtebauförderungsgesetz war in den 1970er Jahren bundesweit der einzige Fall, in dem dieses Instrument nicht der Schaffung großer Wohngebiete oder neuer Stadtzentren diente. Die Ansiedlung der neu gegründeten Gesamthochschule auf einer innenstadtnahen Industriebrache lief gegen den Trend der Zeit zu Campus-Universitäten an peripheren Standorten. Die Reduktion eines 18-geschossigen Hochhauses auf zehn Geschosse auf dem Gelände der ehemaligen Trainkaserne 1988 stellt einen frühen Versuch dar, durch Teilrückbau die Wirtschaftlichkeit eines problematischen Gebäudebestands wieder herzustellen – und ermöglicht damit auch Erkenntnisse für zukünftige wohnungspolitische Strategien unter den Vorzeichen langfristig sinkender Bevölkerungs- und Haushaltszahlen. Schließlich gilt auch die ab 1989 betriebene „Wiedergründung der Unterneustadt“ als herausragendes innovatives Städtebauprojekt: Nach dem Prinzip der kritischen Rekonstruktion wurde hier auf einer innenstadtnahen, über Jahrzehnte als Park- und Messeplatz genutzten Fläche ein neues

Stadtquartier errichtet, das die städtebauliche Struktur der im Krieg zerstörten Bebauung wieder aufnimmt.

In Kassel ist es auf diese Weise innerhalb des Untersuchungszeitraums häufig gelungen, Standorte und Anlässe des Nutzungswandels, häufig determiniert von lokalen Auswirkungen des allgemeinen wirtschaftlichen Strukturwandels, konstruktiv für die Stadtentwicklung zu nutzen. Diese konnten somit als Bausteine eines Stadtumbauprozesses wirksam werden, der für die notwendige Anpassung städtischer Strukturen an sich wandelnde Anforderungen unter zunehmend komplexeren Rahmenbedingungen unerlässlich ist. Als entscheidend hierfür haben sich die Erarbeitung geeigneter Nachnutzungskonzeptionen, die Auswahl (und zum Teil auch Entwicklung) geeigneter innovativer Instrumente und Verfahren sowie spezifische Konstellationen und Kooperationen unterschiedlicher Akteure erwiesen.

Mit der Dokumentation und Auswertung lokal verorteter Stadtumbauerfahrungen kann somit bezogen auf die jeweilige Stadt und ihre spezifischen Merkmale eine wichtige Grundlage geschaffen werden, um Stadtumbau auch zukünftig als zentrale Teilstrategie städtischer Entwicklungspolitik zur Bewältigung bekannter wie neuer Aufgaben und Probleme zu nutzen.

Jan Wilhelm

Eventplanung in der Göttinger Altstadt

1. Vorbemerkungen

„Diese Zeiten radikaler Erneuerung sind inzwischen vorbei“ heißt es auf der Homepage der Arbeitsgemeinschaft „Die alte Stadt“, die sich einst gründete, um dem zerstörerischen Umgang mit historischen Stadtkernen entgegenzuwirken. Leider treffen diese Worte nicht mehr den Sachverhalt, seit Konzerne die Attraktivität der Innenstadtlagen wieder entdecken und die Zeiten wirtschaftlicher Notlage ausnutzen, um Großprojekte durchzusetzen, die noch vor wenigen Jahren für unrealisierbar gehalten worden wären.

Das Thema ist aktueller denn je: Allein in Niedersachsen plant und baut der Marktführer, die Hamburger Projektmanagementgesellschaft ECE, in den Innenstädten von Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Wolfsburg, Hameln und Celle. Während die Ansiedlung groß dimensionierter Shopping-Malls im kriegszerstörten Hannover und der Neugründung Wolfsburg vergleichsweise reibungslos verläuft, stößt sie in den übrigen Städten auf heftigste Proteste – die Einwohner befürchten den Abriss ganzer Altstadtquartiere, die ortsansässigen Einzelhändler drastische Umsatzeinbußen. Vor dem Hintergrund der schlechten Einzelhandelskonjunktur und hoher Ladenmieten warnt dagegen ausgerechnet die Einkaufs-Center-Entwicklungsgesellschaft vor der Entstehung von Monostrukturen und propagiert ihr Konzept als das der „lebendigen Marktplätze“.¹ Dementsprechend emotional verlief eine im September zu diesem Thema abgehaltene Tagung des Niedersächsischen Heimatbundes.²

Die Ansiedlung solcher Einzelhandelszentren von mindestens 20.000 Quadratmetern Verkaufsfläche wird den betroffenen Städten in der Regel per Gutachten nahe gelegt. Auf diese Weise soll dem Kaufkraftverlust begegnet und eine deutliche

1 Internet-Homepage www.ece.de, Rubrik „Impulskraft für die Städte“.

2 Über die am 26. August in Hildesheim abgehaltene Tagung „Großflächige Einzelhandelszentren in historischen Innenstädten – Chance oder Fehlentwicklung?“ berichteten *D. Guratzsch*, Shopping Malls ziehen in die Altstädte ein – Ein Kongress in Hildesheim zeigt die Ratlosigkeit gegenüber dem Boom der Einkaufszentren, in: *Die Welt* v. 06.09.2005, S. 23 sowie *L. Menz*, Transformation der Kernstadt, in: *Deutsches Architektenblatt*, Regionalausgabe Niedersachsen (i.f. kurz DAN) 10/2005, S. 14 f.

Steigerung der Einzelhandelszentralität erreicht werden.³ Vor allem das Umdenken in den Stadtverwaltungen, die momentan bereitwillig auf alle Wünsche der finanzstarken Großinvestoren hinsichtlich Abänderung der Bebauungs- und Flächennutzungspläne eingehen, ermöglicht die Realisierung großer Center.⁴ Alle Indizien deuten darauf hin, dass sich die vermeintlich rein wirtschaftsorientierte „Eventplanung“ jedoch als extrem kurzfristig erweisen dürfte. Zwar lohnt sich eine Mall für den Betreiber auf jeden Fall. In den Städten Kassel und Siegen, wo Center bereits in Betrieb sind, verspürt man jedoch unerwünschte Nebenwirkungen: eine Umverteilung der vorhandener Kaufkraft dorthin, die Verödung der Fußgängerzonen-Randbereiche, eine weitere Zunahme der Filialisierung und Wertverluste von Innenstadt-Immobilien.⁵ Der durch die Center verursachte gnadenlose Standortwettbewerb gefährdet also auch die Unterhaltung der oft denkmalgeschützten Altbauten, die dem Abbruch entgangen sind. Überdies verfolgen viele Städte eine konzeptlose „Sowohl-als-auch“ Politik, indem sie gleichzeitig attraktive Einzelhandelsstandorte an der Peripherie stärken. Fachleute sehen die einzige sinnvolle Alternative im verstärkten Ausbau der Innenstädte als Wohnstandort.

Anlässlich eines lehrreichen Disputes über die erst kürzlich beschlossene Teilerstörung des Stadtgrundrisses in Hameln wurde geäußert, an dem hier diskutierten Fallbeispiel Göttingen sei der Kelch bisher vorübergegangen.⁶ Erstaunlich genug, denn mit ihren rund 120.000 Einwohnern, davon derzeit etwa 25.000 Studenten, ist die Stadt äußerst attraktiv für derartige Vorhaben. Nach einstimmiger Ablehnung durch die Ratsfraktionen scheint die Ansiedlung eines Mega-Shopping-Centers im nordwestlichen Sektor wenigstens vorerst abgewendet, zumal ein Schlüsselgrundstück nicht an eine mit ECE zusammenarbeitende Fondsgesellschaft, sondern einen anderen Investor verkauft wurde.⁷ Entwarnung für die Altstadt kann aber noch nicht gegeben werden, da neueste Planungen zum Bau eines überdimensionierten Textil-Einzelhandels-Centers einen komplett erhaltenen Block im Zentrum bedrohen.⁸

Überdies ist Göttingen längst von einer konkreten Umgestaltungsmaßnahme betroffen, die bisher im viel zitierten „Schatten der Provinz“ ablief. Vor Ort erfuhren die erstaunten Bürger erstmals im Sommer 2002 von der Absicht, auf 10.000 Qua-

3 Angesichts der Ähnlichkeit der Fälle ist die Aussagekraft derartiger, von den Kommunen selbst finanzierter Gutachten inzwischen stark umstritten. Siehe dazu *M. Brakemeier*, Von Steigbügelhilfen, Kollateralschäden und Verlierern, in: *Göttinger Tageblatt* (i.f. kurz GT) 33/09.02.2005; *U. Drees*, City oder Center?, in: *Trends & Fun Göttingen* 4/2005, S. 18-23; *M. Ende*, GfK und ECE: Gutachter und „Kunde“, in: *Cellesche Zeitung* v. 12.08.2005.

4 *D. Guratzsch* (s. A 2). Eine sarkastische Zusammenfassung der Vorgänge in Hameln gibt *G. Krenz*, Verkaufen Sie!, in: *DAN* 7/2005, S. 16 ff.

5 *M. Brakemeier*, Center bringt „mehr Schatten als Licht“, in: *GT* 58, 10.03.2005.

6 *M. Thumm*, Lernen von Hameln?, in: *DAN* 8/2005, S. 18.

7 *M. Brakemeier*, Ratsfraktionen einig: Gegen großes Shopping-Center, in: *GT* 40/17.02.2005; *I. Stein*, Sparkasse verkauft ihr Gebäude an der Weender, in: *GT* 236, 10.10.2005.

8 *I. Stein*, Alle Häuser gekauft: Abriss für neues Viertel, in: *GT* 230, 1.10.2005.

dratmetern Grundfläche ein so genanntes „Stadttorzentrum am Wall“ zu errichten.⁹ Im Zentrum der zu diesem Zeitpunkt schon seit acht Monaten mit der Verwaltung gepflegten Verhandlungen stand das dicht bebaute Areal einer seit längerer Zeit leer stehenden Eisen- und Haushaltswaren-Großhandlung. Die folgenden Ereignisse sollten einen Umbruch in der Stadtplanung im Sinne einer Rückkehr zu den städtebaulichen Prinzipien der 1960er Jahre markieren.

2. Die Entwicklung des Stadtbildes seit 1945

Zum besseren Verständnis sei an dieser Stelle ein kurzer Blick auf die städtebauliche Entwicklung gestattet. Im Zweiten Weltkrieg blieb die Stadt nahezu unzerstört. An dem von der Wallpromenade zusammengehaltenen Stadtbild mit seinen jahrhundertalten Fachwerkhäusern, überformt seit der Universitätsgründung durch protestantisch-sparsame, nahezu schmucklose Fassaden des Barock und Klassizismus sowie reich dekorierte, historistische Werkstein- und Ziegelbauten, ließ sich die Stadtgeschichte ablesen.

Auch heute trifft das noch zu, wenngleich eher im negativen Sinne. Im wirtschaftlichen Aufschwung der Nachkriegszeit wurden nicht nur einzelne Bauten ersetzt, sondern zahlreiche parzellenübergreifende Geschäfts-, Kauf- und Appartementshäuser realisiert. Bürgerproteste gegen den Abbruch prominenter Baudenkmäler blieben nutzlos – es verschwanden beispielsweise das Wohnhaus des berühmten Botanikers Albrecht von Haller in der Unteren Karspüle, das Fachwerkhaus Groner Straße 48 samt Steinkemenate sowie der Universitätsreitstall.¹⁰ Besonders in Mitleidenenschaft gezogen wurden die Stadteingänge am Geismartor, wo ein Segment des Walls einem maßstabsprengenden Bankgebäude weichen musste, und am Gronertor, das durch Beseitigung des Hospitals St. Spiritus aufgeweitet wurde. Traurige Bilanz der flächendeckenden „Stadtsanierung“ den 1970er Jahren war der Verlust nahezu aller historischer Bauten in der Neustadt und der Petrosilienstraße. Die Mitglieder „Bürgerinitiative Göttinger Innenstadtbewohner“ brachten den damaligen Stellenwert der Bürgerbeteiligung klar zum Ausdruck, als sie sich beschwerten, dass Rat wie Verwaltung ihre konstruktiven Anregungen und Bedenken vielfach übergingen.¹¹

9 U. Schubert, Kaufland will auf Lünemann-Areal bauen, in: GT 142, 21.06.2002.

10 Einen Überblick verschaffen B. Klein (Hrsg.), *Der Wandel des Göttinger Stadtbildes nach 1945*, Göttingen 1989; M.C. Härtel, *Göttingen im Aufbruch zur Moderne. Architektur und Stadtentwicklung (1866-1989)*, in: R. v. Thadden / G.J. Trittel (Hrsg.), *Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt*, Bd. 3, Göttingen 1999, S. 761-817, hier bes. S. 797 ff.; speziell zum Reitstall C. Gottschalk, *Gebaute Geschichte – versteinierter Fortschritt. Vom Reitstall zu Hertie*, in: *Göttingen ohne Gänseliesel. Texte und Bilder zur Stadtgeschichte*, Gudensberg-Gleichen 1988, S. 119-125.

11 H.-D. v. Frieling, *Erneuerung oder „Kahlschlagsanierung“? Der Umbau der Göttinger Innenstadt seit 1960*, in: *Göttingen ohne Gänseliesel* (s. A 10), S. 126-137, hier bes. S. 129.



Abb. 1: Die Göttinger Altstadt (bearbeiteter Ausschnitt des vom Stadtbauamt angefertigten Stadtplans 1927). Schwarz eingetragen sind die Kriegszerstörungen, grau die zwischen 1950 und 2000 durch Abbruch und ggf. Neubebauung überformten Parzellen. Die neuerdings im Bau befindlichen bzw. zur Disposition stehenden Areale sind gestrichelt umrandet (o.l. Justizbauten, Stadtbadgrundstück und Sparkasse; u. mittig Nikolaiblock; u.r. Lünemann- und Schäferhofgrundstücke).

In den 1980er Jahren setzte sich allmählich eine behutsamere Vorgehensweise durch. Große Teile des Denkmalbestandes wurden im Rahmen einer Schnellinventarisierung registriert.¹² Während die Häuser des 1977 festgelegten zweiten Sanierungsgebietes Johanniskirchviertel noch vollständig entkernt wurden, erfolgte die Instandsetzung im dritten, 1985 ausgewiesenen Sanierungsgebiet Mauerstraße nach denkmalpflegerischen Prinzipien. Die Erforschung einzelner Baudenkmäler übernahm die Stadtarchäologie, nur in wenigen Fällen wurden spezialisierte Architekturbüros beauftragt. Mit dem 1988 fertig gestellten Planungsleitbild für die Innenstadt, das die veralteten Vorgänger von 1970 und 1975 ablöste, präsentierte das Stadtplanungsamt den neuen, mühsam erarbeiteten Wissensstand.¹³ Das Leitbild verschrieb sich der „Erhaltenden Erneuerung“ und integrierte in vorbildlicher Weise unter Abwägung wirtschaftlicher und sozialer Interessen die Ziele des Denkmalschutzes und der Stadtbildpflege. Zwar waren weiterhin regelmäßig Verluste an historischer Bausubstanz zu verzeichnen, diese hielten sich jedoch in Grenzen.

Etwa gegen Mitte der 1990er Jahre setzte eine schleichende Erosion des Wertesystems ein, die sich in den aktuellen Zeiten leerer Kassen zusehends beschleunigt.

12 Zum Bestand vgl. I. Rüttgerodt-Riechmann, Stadt Göttingen (Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland, Baudenkmale in Niedersachsen 5.1), Braunschweig/Göttingen 1982.

13 Die Entwicklung der Göttinger Innenstadt. Planungsleitbild 1988, Göttingen 1989.

Die längst notwendige Überarbeitung und Ergänzung des amtlichen „Verzeichnisses der Baudenkmale“ blieb bis heute aus. Umfasste die Untere Denkmalbehörde einstmals zwei volle Stellen, ist sie zur Zeit nur noch mit einer halben Stelle besetzt – für eine Stadt dieser Größenordnung mit der erhaltenen historischen Bausubstanz nicht im mindesten ausreichend.

3. Die Überplanung des Lünemann-Areals und seiner Nachbargrundstücke

Nach dem 1998 erfolgten Umzug vom Stammgelände im Südosten der Göttinger Altstadt in das Industriegebiet standen die im Laufe eines Jahrhunderts erworbenen Immobilien der Traditionsfirma über mehrere Jahre leer. Trotz aller Bemühungen um Vereinheitlichung boten die sukzessiv modernisierten, zuletzt mit einer unproportionierten Aluminiumblende zusammengefassten Bauten an der Kurzen- und Langen Geismarstraße einen abwechslungsreichen Anblick. Hauptsächlich handelte es sich um Fachwerkbauten des 19. Jahrhunderts, zum Teil aufgestockt, verputzt und ihrer Fenstereinfassungen beraubt. In der Kurzen Geismarstraße befand sich überdies ein 1899 errichtetes Geschäftsgebäude, dessen prächtige Neorenaissancefassade um 1960 beseitigt worden war, und ein um 1980 entstandener Neubau. Eine Ausnahme bildete das Haus Kurze Geismarstraße 30, dessen niedrige Geschosshöhen auf ein Baudatum vor Inkrafttreten der Bauordnung von 1733 schließen ließen.¹⁴ Der baumbestandene Innenhof diente als Parkplatz. Da die gegenüberliegende Häuserzeile der Kurzen Geismarstraße ebenso wie der Stadtwall, der das Gelände im Osten begrenzt, unter Denkmalschutz stehen, war das Grundstück nach § 8 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes denkmalpflegerisches Interessengebiet.

Die südlich das Gelände abschließende, von der Kurzen Geismarstraße zum Stadtwall führende Hempelgasse war ebenfalls in das Verzeichnis der Baudenkmale eingetragen.¹⁵ Die besondere historische Bedeutung des 1893 angelegten Fußweges war lange bekannt: „Die nördliche Mauer dieser Gasse ist in dem Teil nach dem Wall hin mehr als nur eine Abschlußmauer des Grundstücks gewesen; geht sie doch bis 2,50 m tief in die Erde, wie Ausschachtungen im Jahre 1949 zeigten.“¹⁶ Neuere Ausgrabungen der Göttinger Stadtarchäologie bestätigten diesen Befund. Die unscheinbare, nur eineinhalb Meter hohe Mauer aus Kalkbruchsteinen setzte sich unter der Erde

14 Die Landesverordnung vom 26.09.1733 schrieb eine Obergeschosshöhe von 12 Calenbergischen Fuß (etwa 3,50 Meter) vor. Vgl. S. Kastner, Bauen und Wohnen in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Göttingen im 18. Jahrhundert, Göttingen 1987, S. 215 ff., hier S. 228.

15 I. Rüttgerodt-Riechmann (s. A 12), S. 25 und S. 30.

16 O. Fahlbusch, Die Topographie der Stadt Göttingen (Studien und Vorarbeiten zum Historischen Atlas Niedersachsens 21), Göttingen 1952, S. 50. Zur Anlage der Hempelgasse siehe *Stadtarchiv Göttingen* (i.f. kurz *StadtAGö*), AHR I C 56 Nr. 5.

sogar rund drei Meter fort.¹⁷ Der insgesamt also in einer Höhe von viereinhalb Metern erhaltene Mauerabschnitt war Bestandteil der 1357 errichteten Befestigung des alten Dorfes Gutingi. Westlich davon hatte vermutlich Heinrich der Löwe zwischen 1170 und 1180 eine Stadt gegründet, auf die der Name des Dorfes übergegangen war. Da das Dorf außerhalb der ersten, 1253 fertig gestellten Stadtmauer lag, sicherte man es Mitte des 14. Jahrhunderts durch den Bau einer vorgelegten Befestigung aus Mauer und Wassergraben.¹⁸

Der Stadtwall, nur kurze Zeit später im Jahre 1364 begonnen, folgte dem Verlauf dieser Dorfmauer von der Albanikirche bis zu ihrem Knick in Höhe besagter Hempelgasse. An dieser Stelle stand der Bergfried „in der goten“ (am Wasserkanal). Zwecks Vergrößerung des Stadtgebietes bog der Wall erst hier in Richtung Süden ab. Mit seiner Fertigstellung wurde der Dorfmauerabschnitt entlang der heutigen Hempelgasse also überflüssig. Der dazugehörige Torturm an der Kurzen Geismarstraße, inzwischen bezeichnenderweise „Mittleres Geismartor“ genannt, wurde nach Ostern 1551 abgebrochen. Die Mauer blieb jedoch erhalten, und auch der Wassergraben fiel keineswegs trocken, da er inzwischen als Schaftränke genutzt wurde.¹⁹ Eine gewölbte Kasematte aus Bruchsteinmauerwerk stellte die Verbindung zum Wallgraben her, der die Tränke noch mehrere Jahrhunderte speiste.²⁰ Die Kasematte mündete bis zuletzt am Ende der Hempelgasse. Sie diente während des Zweiten Weltkriegs als Eingang zu mehreren Luftschutzbunkern, die in Stollenbauweise unter dem Wall eingerichtet wurden.

Alle jenseits der Kurzen Geismarstraße erhalten gebliebenen Reste der Mauer fielen 1978 einem Parkhausbau zum Opfer. Entlang der Hempelgasse zog sich also das letzte noch erhaltene stehende Teilstück der alten Dorfbefestigung Gutingis. Nichtsdestotrotz wurde schon in der ersten städtebaulichen Machbarkeitsstudie zum Lünemann-Areal die Existenz des denkmalgeschützten und stadtbildprägenden Objekts völlig ignoriert; es sollte einem Parkdeck weichen.²¹ An dieser Planung orientierte sich auch der Entwurf für das „Stadttorzentrum“, der nach jahrelangem Stillstand im Juli 2002 überraschend vorgelegt wurde. Im Rahmen des Bauvorhabens sollte die Hempelgasse über eine Betonrampe auf den Wall geführt werden. Die

17 B. Arndt, Ausgrabungen und Fundbergungen der Stadtarchäologie im Stadtgebiet von Göttingen im Jahre 2003, in: Göttinger Jahrbuch 51, Göttingen 2003, S. 207 ff., hier S. 208 ff.; B. Arndt / A. Ströbl, guting... Vom Dorf zur Stadt. Neueste Ergebnisse der stadarchäologischen Arbeit, Göttingen 2005, S. 29 ff.

18 O. Fahlbusch (s. A 16), S. 50 f.

19 Vgl. B. Arndt / A. Ströbl (s. A 17), S. 35 und 137.

20 Im Dreißigjährigen Krieg wurde das Wehr beschädigt, wodurch die Häuser an der Kurzen Geismarstraße ständiger Überschwemmungsgefahr ausgesetzt waren (StadtAGö, AA Bauwesen Straßen und Straßenbau 122).

21 Architekturbüro ANP, Perspektiven für Lünemann – Chancen für Göttingen. Städtebauliche Machbarkeitsstudie, Kassel 1999.

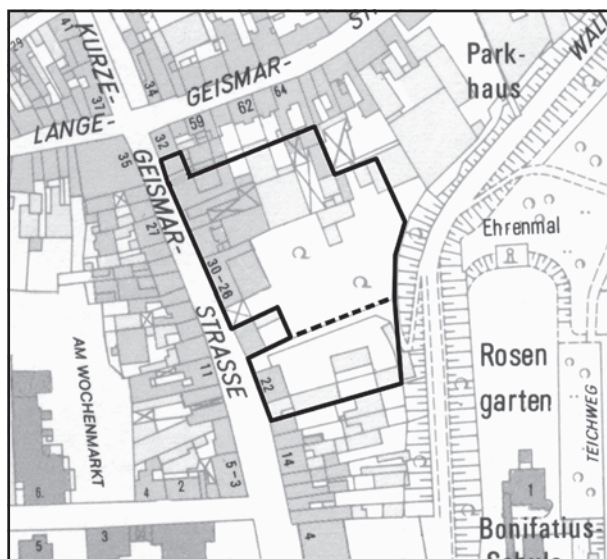


Abb. 2: Lageplan des Lünemann-Areals. Der Baukörper des „Stadttorzentums“ ist schwarz umrandet, der Verlauf der Befestigungsmauer gestrichelt angedeutet.

Planungen erstreckten sich auch auf das südlich anschließende, etwa 2.400 Quadratmeter messende Grundstück Kurze Geismarstraße 20/22, auf dem eine Tiefgarageinfahrt und die Warenannahme vorgesehen waren. Älteren Stadtplänen zufolge handelte es sich um den „Walkenrieder Schäferhof“, einen ehemaligen Wirtschaftshof des Zisterzienser-Klosters Walkenried.

Der bauliche Bestand umfasste ein massives, mit Rundbogenfenstern ausgestattetes Wohnhaus des 19. Jahrhunderts, hinter dem sich ein basaltsteingepflasterter Hof mit querstehender Fachwerk-Durchfahrtsscheune und einem jüngeren Seitenflügel mit Pultdach erstreckte. Südlich schloss der Schlichtbau eines Ladengeschäfts an. Weder Baudaten noch Erbauer waren bekannt. Bereits im Jahr 2000 angestrebte Bestrebungen, das Grundstück Kurze Geismarstraße 22 in das „Verzeichnis der Kulturdenkmale“ aufzunehmen, scheiterten nicht zuletzt an der schwierigen Archivlage.²² In Unkenntnis älterer Baupläne und Abbildungen stufte man das Wohnhaus zwar als unbedingt erhaltenswert ein, hielt es aber für stark verändert und dessen Zeugniswert dadurch beeinträchtigt.²³

Unmittelbar nach ihrem Bekanntwerden stießen die Planungen auf Kritik. Die „Göttinger Bürgerinitiative für Öffentlichkeit in der Stadtplanung“ monierte den vorgesehenen Abbruch der acht Gebäude an der Kurzen Geismarstraße sowie die nichtöffentliche Behandlung der Pläne und regte an, wenigstens einzelne Häuser zu

22 Für die freundliche mündliche Mitteilung danke ich Frau Körner, Witzenhausen.

23 Mitteilung des Niedersächsischen Landesamts für Denkmalpflege an den Verfasser vom 20.08.2002.

erhalten.²⁴ Dass trotz der Lage des fraglichen Areals in einem innerstädtischen Block mit jahrhundertealter Bebauung keine genauere Untersuchung der vorhandenen Bausubstanz vorgenommen werden sollte, war – und ist es bis heute – bezeichnend für den Umgang mit historischer Bausubstanz in Göttingen und den Stellenwert, der verwaltungsseitig dem Denkmalschutz beigemessen wird. In Absprache mit der Bürgerinitiative fertigte der Verfasser daher ein Gutachten zur Denkmaleigenschaft des Klosterhofgeländes an, das interessante Erkenntnisse lieferte.

4. Ein mittelalterliches Klostergrundstück und seine Bebauung

Den an den dörflichen Befestigungsabschnitt grenzenden Schäferhof erwarb das Zisterzienserkloster Walkenried am 18. März 1476 durch ein Tauschgeschäft. In Folge der 1525 erfolgten Zerstörung des Klosters wurde das Anwesen zusammen mit den anderen Walkenrieder Gütern und Rechten an die Stadt verpachtet, die nach jahrzehntelangen Prozessen den gesamten Besitz 1745 für 15.000 Taler ankaupte.²⁵

Über die älteste Bebauung des Hofes ist nichts bekannt.²⁶ Für die Schafzucht eignete er sich hervorragend wegen des länglichen Hain- oder Kupertiches, der als Rest des ehemaligen Wassergrabens vor der Befestigungsmauer verlief. Gegen Mitte des 18. Jahrhunderts bestand die Bebauung des Hofes aus einem Pächterwohnhaus, einer baufälligen Scheune und etlichen Schuppen. Nachdem genaue Untersuchungen gezeigt hatten, dass sich eine Instandsetzung der Scheune nicht mehr lohnte, errichtete der Göttinger Zimmermeister Heinrich Gabriel Thon 1746 in städtischem Auftrag auf einem hohen Sandsteinsockel die bis zuletzt vorhandene, zweischiffige Fachwerkscheune mit Satteldach.²⁷

In den folgenden Jahrzehnten wurden auch die seitlich angeordneten Stallungen erneuert. Als sich herausstellte, dass sich eine Instandsetzung des Pächterwohnhauses ebenfalls nicht mehr lohnte, bewilligte der Göttinger Magistrat Anfang 1838 die Baukosten für ein neues Wohnhaus in Höhe von 4.000 Talern Courant. Architekt des Gebäudes war der vorher als Landbauverwalter der Landschaft Calenberg-Grubenhagen tätige Landbaumeister Otto Praël, der seit 1827 als Universitätsbaumeister tätig war und im Auftrag der hannoverschen Regierung seit 1832 auch die kom-

24 M. Heinzel, „Gestufte Dachlandschaft statt platte Geradlinigkeit“, in: GT 157, 09.07.2002.

25 M. Last, Die Topographie der Stadt vom 13. bis zum 16. Jahrhundert, in: D. Denecke / H.-M. Kühn (Hrsg.), Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 1, Göttingen 1987, S. 70-106, hier bes. S. 83 und 90 f.; W. Baumann, Die wirtschaftliche Entwicklung Walkenrieds im Überblick, in: N. Heutger, 850 Jahre Walkenried, Hildesheim 1977, S. 99-135, hier bes. S. 128 f.; zum Ankauf durch die Stadt siehe StadtAGö, Geh. Räte Jura und Streitigkeiten 6.

26 B. Arndt / A. Ströbl (s. A 17), S. 137.

27 StadtAGö, Geh. Räte Bausachen 202, Punkt 2.



Abb. 3: Fassadenriss des ersten Göttinger Rundbogenstilbaus Kurze Geismarstraße 22, Entwurf Stadtbaumeister Praël 1838 (StadtAGö AB Kä 2, 129, 4, Nr. 587).

missarische Oberaufsicht über das städtische Bauwesen ausübte.²⁸ Bis zu seinem Tod im Jahr 1862 hatte er beide Positionen inne, war also für das gesamte Bauwesen in Göttingen verantwortlich.

Praël legte am 9. März 1838 einen Entwurf für ein freistehendes, massives Wohngebäude vor, welches er mittig an der Straßenfront platzierte. Den Straßenknick, den die Kurze Geismarstraße als Folge der Stadterweiterung des 14. Jahrhunderts an dieser Stelle aufwies, beseitigte er durch eine vermittelnde Ausrichtung des Hauses: „Die privilegierte Stellung des neuen Gebäudes... hat zur Folge, dass der jetzt schon etwas versumpfte Canal, der das Wasser aus dem Küpper-Teich nach der Straße leitet, zur Erlangung einer Hofeinfahrt verfüllt werden muß.“²⁹ Er schlug vor, die Stelle mit dem beim Bau des Hauses anfallenden Schutt zu verfüllen. Links und rechts führten Einfahrtstore mit Sandsteinpfeilern auf den Schäferhof.

Die Bauarbeiten übernahm Maurermeister Christian Friedrich Andreas Rohns, der zu dieser Zeit quasi eine Monopolstellung in Göttingen besaß.³⁰ Insgesamt verschlang der 1839 vollendete, zweigeschossige Bau mit Walmdach 4.300 Taler. Der Pächter, Ökonom Johann Wihelm Ballauf, zahlte jährlich die Zinsen auf das

28 B. Schwager, Das Göttinger Auditoriengebäude von 1862/65. Ein Beitrag zur Universitätsarchitektur im 19. Jahrhundert und zur Hannoverschen Variante des Rundbogenstils, Frankfurt a.M. 1995, S. 40, Anm. 72. Zur Berufung Otto Praëls zum kommissarischen Stadtbaumeister siehe *StadtAGö*, AA Bauwesen Bauamt 28.

29 *StadtAGö*, AA Bauwesen Bauamt 29, General Pro Memoria Praëls betreffend die Erbauung eines Wohngebäudes auf dem Walkenrieder Schäferhofe zu Göttingen vom 09.03.1838.

30 Der Kostenanschlag, sämtliche Baurechnungen, die Endabrechnung und der Fassadenplan befinden sich in *StadtAGö*, AB Kä 2, 129, 4 Nr. 582-888; der dazugehörige Lageplan in *StadtAGö*, AA Grundbesitz Allgemeines 186; dessen Farbabbildung bei B. Arndt / A. Ströbl (s. A 17), S. 137.

„Bau=Capital“ in Höhe von 3% oder umgerechnet 129 Taler Courant.³¹ Präel wendete konsequent den Rundbogen auf alle Gebäudeöffnungen an und unterwarf sogar die Kellerfenster diesem Gestaltungsideal, wofür ihm das Lindener Krankenhaus des hannoverschen Stadtbaumeisters August Andrae von 1828-1832 in seinem eigenwilligen Rundbogenstil, einer Mischung aus Elementen der französischen Revolutionsarchitektur und Florentiner Renaissance, als Vorbild gedient haben mag.³² Die Gestaltung der Wandflächen wurde wie alle anderen Details der Ausführung in einem peniblen Übergabeprotokoll festgehalten: „Die äußere Seite der Umfassungswände ist mit Mörtel abgeputzt und die Ecken und Fenster sind mit vortretenden quadrierten geputzten Einfassungen versehen und in die übrige Putzung Quaderfugen eingeschnitten.“³³

Das blockhafte Erscheinungsbild des Gebäudes wurde durch die umlaufenden horizontalen Gliederungselemente in Form des leicht vorspringenden Kellersockels, eines Sohlbank- und eines Dachgesimses verstärkt. Mit der Betonung der Horizontalen sowie der Fassadengestaltung orientierte sich der Architekt stilistisch an den frühen Florentiner Renaissancepalazzi und bewies, dass er auf der Höhe seiner Zeit war, inspiriert durch den „schlichten Rundbogenstil“, den der hannoversche Architekt Ernst Ebeling mit dem Bau des Polytechnikums (1834-1837) kurze Zeit vorher in der Landeshauptstadt Hannover eingeführt hatte.³⁴ Eine Staffelung der Geschosse erreichte der Stadtbaumeister durch die Verwendung von eingetieften Brüstungsfeldern im Erdgeschoss.

Die innere Erschließung des Mittelflurhauses erfolgte über eine zweiläufige Holztreppe mit Gitterwerkgeländer. Besonders charakteristisch waren die rundbogig in die Außenwand des Gebäudes eingelassenen Absatzpodeste der Treppenanlage. Der über eine einfache Holzstiege zugängliche Keller bestand aus einem straßenparallelen, aus Bruchsteinen auf einer Holzschalung gemauerten Flachtonnengewölbe. Hofseitig befanden sich kleinere Räume mit Holzbalkendecken, die vermutlich aus Balken des abgerissenen Vorgängerbaus bestanden. Der mit Zangen verklammerte Pfettendachstuhl wurde von einem liegenden Stuhl gestützt.

In den Jahrzehnten seit 1854 wurden das Wohnhaus, die Scheune und die dazugehörenden Schäferei-Berechtigungen getrennt verpachtet.³⁵ Erst kurz vor Beginn der Verkoppelung (Flurbereinigung) der gesamten Göttinger Stadtfeldmark wurden die Schäferreiberechtigungen 1874 abgelöst. Die weitere Nutzung des Walkenrieder Schäferhofes gestaltete sich sehr abwechslungsreich. Bis Anfang der 1930er Jahre blieb der Hof in städtischem Besitz und beherbergte seit 1885 das Hygienische Insti-

31 *StadtAGö*, AA Walkenried und Walkenrieder Güter 34.

32 G. Kokkelink / M. Lemke-Kokkelink, *Baukunst in Norddeutschland. Architektur und Kunsthandwerk der Hannoverschen Schule 1850-1900*, Hannover 1998, S. 31, Abb. 26, S. 33.

33 *StadtAGö*, AA Grundbesitz Allgemeines 186, Beschreibung des Wohnhauses vom 01.10.1839.

34 Vgl. G. Kokkelink / M. Lemke-Kokkelink (s. A 32), S. 34 und B. Schwager (s. A 28), S. 222.

35 *StadtAGö*, AA Walkenried und Walkenrieder Güter 34.



Abb. 4: Die Ostseite der Kurzen Geismarstraße 2002. Rechts neben dem ehemaligen Pächterwohnhaus Nr. 22 an Stelle der ehemaligen Hofeinfahrt das eingeschossige Ladengeschäft Nr. 20.



Abb. 5: Die 1893 nach Verfüllung des Kuperteeiches entstandene Hempelgasse. Rechts die größtenteils verschüttete Dorfbefestigungsmauer, links das Pächterwohnhaus, im Hintergrund das historische Umfeld an der Kurzen Geismarstraße.

tut, seit 1892 das Königlich Preußische Hauptmeldeamt mit der Bezirks-Kommandantur, in den Jahren 1901 und 1902 die gerade erst in städtische Regie übergegangene Polizeidirektion, bis deren neue Räumlichkeiten im Stadthaus an der Paulinerstraße bezugsfertig waren, seit 1903 den Kohlenhändler Carl Fraatz und seit 1912 der Baustoffhandel Winkelhoff & Gläser.³⁶

Der Rest des Kuperteeiches wurde 1893 zugeschüttet, die Sandsteinpfeiler der Tor-einfahrten später entfernt und die rechte Einfahrt überbaut. Um 1930 erfolgte eine erste Modernisierung des Pächterwohnhauses, bei der vermutlich die Freitreppe entfernt und die Stufen nach innen verlegt wurden. Eine neue, qualitätvolle Eingangstür aus Eichenholz wurde eingesetzt, und mehrere Räume erhielten neue Täfeln-

³⁶ Adressbücher der Stadt Göttingen 1885-1912.

gen. Während dieser Maßnahme erneuerte man wohl auch den Putz, so dass nur noch über den Fensterrundbögen zarte, farblich abgesetzte Ritzungen eine regelmäßige Steinsetzung imitierten.

Eine zweite, um 1960 durchgeführte Modernisierung des Gebäudes konzentrierte sich auf den Außenbereich. Die Brüstungsfelder des Erdgeschosses wurden überputzt und der Kellersockel auf diese Weise bis zur Sohlbankhöhe hochgezogen, der letzte Fassadenputz aufgebracht, einige neue Fenster an der Straßenfassade sowie zwei kleine Dachgauben eingebaut. Eine Feingliederung in Gestalt millimeterbreiter, weiß abgesetzter Putznuten rahmte die Fenster- und Türöffnungen und erweckte bei flüchtigem Hinsehen den Eindruck, das Gebäude sei mit Platten verkleidet. Das umlaufende Stockwerkgesims aus Sandstein erhielt eine schmalere Blechabdeckung, und unter dem ebenfalls erhaltenen Dachgesims wurde eine dünne profilierte Zierleiste entfernt. Der eigentliche Kellersockel mit seinen charakteristischen halbkreisförmigen Fenstern blieb unverändert.

4.1. Zur Bedeutung des Walkenrieder Schäferhofes für die Stadt

Die geschichtliche Bedeutung des Walkenrieder Schäferhofes speiste sich aus mehreren Quellen. Zum einen war das Ensemble ein wichtiges Zeugnis der Stadtgeschichte. Die bis 1303, dem Jahr des Kaufs des ersten von insgesamt vier Höfen, zurückreichenden Beziehungen der Stadt zum Zisterzienserkloster Walkenried ließen sich nach dem längst erfolgten Abriss der anderen Höfe nur noch hier ablesen. Das Ensemble aus dem spätklassizistischem Wohnhaus, dem die Position des ehemaligen Stalls markierendem modernen Seitenflügel und der spätbarocken Scheune war seit dem Abriss des alten Wirtschaftshofes der Deutschordenskommande im Zuge der Flächensanierung der Neustadt der letzte der mit besonderen Rechten ausgestatteten Wirtschaftshöfe in Göttingen. Die hier betriebene Schafhaltung prägte die Stadt über Jahrhunderte. Seit dem Mittelalter war Göttingen ein Zentrum der Wollproduktion und der Tuchherstellung, und ganze Dynastien von Ratsherren, wie beispielsweise die Familie Riepenhausen, die etliche Ratsherren und Bürgermeister stellte, verdankten ihren Reichtum dem Wollhandel. Das Grundstück war das letzte der Innenstadt, an dessen Gebäudebestand sich der bis in das 19. Jahrhundert prägende landwirtschaftliche Charakter Göttingens noch ablesen ließ, und zugleich ein letztes Zeugnis der 1872 verbotenen Viehhaltung in der Innenstadt.

Für die Architekturgeschichte war das ehemalige Wohnhaus des Pächters von besonderer Bedeutung, handelte es sich doch um den ersten Rundbogenstilbau Göttingens, wenn nicht sogar der ganzen Region. In Form und Konstruktion belegte das qualitätvolle Gebäude vor Ort auf einzigartige Weise den Übergang vom Spätklassizismus zum Historismus. Andere wichtige Bauwerke in Göttingen, an deren Entwurf und Ausführung Praël mitarbeitete, wie die Alte Kaserne – das heutige Amts-

haus – am Hiroshimaplatz (1834), die Universitätsaula am Wilhelmsplatz (1835-1837) und die als Gefangenhaus erbaute Justizvollzugsanstalt an der Oberen Maschstraße (1836), sind in noch streng klassizistischen Stilformen gehalten. Bei dem 1832/33 erbauten massiven, zweigeschossigen Gartenhaus des Juraprofessors Friedrich Christian Bergmann an der Bürgerstraße 12 beschränken sich die Rundbogenformen auf das untere Stockwerk.³⁷ Das bislang als erster Rundbogenstilbau der Stadt geltende Wohnhaus des Kaufmanns Johann Wilhelm Junker (Schildweg 1, 1846/47) stellt mit der Verwendung reichhaltiger Schmuckformen schon ein Beispiel der spezifischen „Hannoverschen Variante“ dieses Stils dar, indem es den Bauschmuck der englischen Neugotik adaptiert.³⁸

Der architektonische Gestaltungswille Praëls war hervorragend an dem Gebäude ablesbar, da das Haus als eines der wenigen in der Straße eine noch vollständig erhaltene, nicht durch Ladeneinbauten verunstaltete Erdgeschoßzone aufwies. Auch der Dachbereich erschien nahezu ungestört. Im Innenbereich waren die Raumaufteilungen und drei originale Türgewände im Erdgeschoss vollständig erhalten, genau wie die hölzerne Treppenanlage einschließlich ihres aufwändig gestalteten Geländers. Die ungewöhnliche Konstruktion des unverändert überkommenen Kellers sowie die Gestaltung des aufwändigen Pfettendachstuhls bildeten eine Momentaufnahme des Übergangs der traditionellen zur industriellen Bauweise und bezeugten den hohen technischen Standard, der beim Bau des städtischen Hauses eingehalten wurde.

Darüber hinaus waren Gebäude und Gelände von erheblicher städtebaulicher Bedeutung, prägten sie doch das Straßenbild wie auch das des Baublocks. Im geschlossen bebauten Straßenzug stach das ursprünglich freistehende Pächterwohnhaus deutlich hervor, unterstrichen noch durch seine massive Bauweise, die es von den üblichen Fachwerkbauten abhob – immerhin handelte es sich um eines der ersten vollständig in Stein errichteten Wohnhäuser der Göttinger Innenstadt. Zusätzliches Gewicht erhielt es zudem durch die bewusst ausgenutzte Scheitellage an einer leichten Straßenbiegung der Kurzen Geismarstraße, entstanden durch die Stadterweiterung des 14. Jahrhunderts, als der Befestigungsmauer des Dorfes Gutingi im Süden der Stadtwall vorgelegt wurde. Die Lage des ehemaligen Wirtschaftshofes an einer seit 700 Jahren bestehenden Baugrenze sowie die besondere Größe der früher im Klostereigentum stehenden Parzelle prägten den Stadtgrundriss.

37 C. Freigang, Architektur und Städtebau von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis 1866, in: E. Böhme / R. Vierhaus, Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 2, Göttingen 2003, S. 766-812.

38 Zu dieser Ausprägung des Rundbogenstils, dem „Rundbogenstil mit Stabwerk“ oder „Tramm-Stil“ vgl. G. Kokkelink / M. Lemke-Kokkelink (s. A 32), S. 38 ff.



Abb. 6: Das Haus Kurze Geismarstraße 30 im Oktober 2004. Rechts einer der während des Abrisses sichtbaren Fassadenständer mit seitlichen Ausnehmungen für Kopfband und Brustriegel. Auf der Vorderseite ist im oberen Bereich am helleren Holz der Rest der abgesägten Knappe zu erkennen.

5. Abbruch gegen den Bürgerwillen

Im Rahmen eines von der Bürgerinitiative organisierten „Stadtgesprächs“ wurden die Erkenntnisse öffentlich vorgestellt und das Projekt kritisch diskutiert.³⁹ Einen Antrag, zumindest das Pächterwohnhaus in das Verzeichnis der Baudenkmale aufzunehmen, lehnte das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege jedoch ab. Wie die Behörde mitteilte, stuft sie die stadthistorische und städtebauliche Situation als höchst bemerkenswert ein. Aus diesem Grund hegte sie auch grundsätzlich schwerwiegende denkmalfachliche und -rechtliche Bedenken gegen die laufenden Planungen, worauf sie die Stadtverwaltung im Rahmen einer Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange hinwies. Letztlich scheiterte die Unterschutzstellung jedoch am Fehlen des Originalputzes.⁴⁰ Fachlich erschien dies nicht ohne weiteres nachvollziehbar, zudem die wenigen vergleichbaren massiv erbauten Göttinger Wohnhäuser, das Sommerhaus Bergmann an der Bürgerstraße (1832), die Villa Müller in der Hospitalstraße (1835/36) und das Wohnhaus Junker am Schildweg (1847) ausnahmslos stärkere Veränderungen durch spätere Anbauten, Umbauten und Eingriffe aufwiesen.⁴¹

Ende September 2002 fand eine vorgezogene Bürgerbeteiligung statt. „Ökologisch bedenklich, ökonomisch nicht tragfähig und unter bau- und kulturhistorischen

39 P. Krüger-Lenz, „Unzeitgemäß und Bürger verachtend“ – Oberbürgermeister soll Amtsleiter-Teilnahme an „Stadtgespräch“ untersagt haben, in: GT 194, 21.08.2002.

40 Mitteilung des Landesamtes an den Verfasser vom 04.10.2002.

41 Diese Auffassung vertraten auch Professoren des Kunstgeschichtlichen Seminars der Universität Göttingen in einem offenen Brief. M. Heinzel, „Unverzichtbares Architekturdenkmal“, in: GT 254, 31.10.2002.

Gesichtspunkten völlig unvertretbar: so das fast einhellige Urteil bei der Bürgeranhörung im Ratssaal.“⁴² Dem geäußerten Kompromissvorschlag, den Zuliefer- und Parkverkehr beidseits des Pächterwohnhauses vorbeizuführen, konnte der Investor allerdings nichts abgewinnen. In klarer Missachtung des Bürgerwillens fand das Bauvorhaben trotzdem nicht nur die Zustimmung des Oberbürgermeisters, der die Planungen über einen längeren Zeitraum in Personalunion als kommissarischer Stadtbaurat begleitete, sondern auch sämtlicher im Stadtrat vertretener Fraktionen.⁴³ Bereits im Februar 2003 hatte die Stadt einen offiziellen Vertrag mit dem Investor abgeschlossen, der sich verpflichtete, archäologischen Untersuchungen zu finanzieren.⁴⁴

Im Oktober 2004 begannen die Abbrucharbeiten. Wie im Vorfeld bereits vermutet, entpuppte sich das Haus Kurze Geismarstraße 30 währenddessen als mittelalterlichen Ursprungs. Als die Fassadenständer kurze Zeit sichtbar wurden, ließ sich anhand ihrer ungewöhnlich großen Dimensionen und der Ausnehmungen zweifelsfrei erkennen, dass die Fachwerkkonstruktion einst über Brustriegel verfügte und mit nach innen weisenden Kopfbändern ausgesteift war. Wie an den bündig mit den Ständern abgesägten Knaggenresten ablesbar war, wurde die Fassade durch Entfernen der Vorkragung modernisiert. Während des 18. und 19. Jahrhunderts war eine solche Vorgehensweise durchaus üblich. Das nur äußerlich unscheinbare, höchstwahrscheinlich um 1500, vielleicht aber auch früher entstandene Haus wurde nicht dokumentiert – ein weiterer schmerzlicher Verlust an historischer Bausubstanz.⁴⁵

Die beachtlichen Ergebnisse der archäologischen Arbeiten wurden in einer im Juni 2005 eröffneten Ausstellung präsentiert. Bei aller Freude über die innerhalb kürzester Frist vorliegende, aufwändige wissenschaftliche Begleitpublikation hinterlässt diese dennoch einen bitteren Beigeschmack.⁴⁶ Zum einen dokumentiert sie die Zerstörung aller Boden- und Baudenkmale einschließlich der mittelalterlichen Befestigungsmauer des alten Dorfes Gutingi, für die Stadt ein unersetzlicher Verlust. Zum anderen steht sie in einem krassen Missverhältnis zum Umgang mit den leichtfertig vernichteten architektonischen Werten.

6. Das Stadtbadgelände mit der Großen Mühle

Mit dem Abriss des städtischen Hallenbads am Stumpfbiel entstand 1998 eine große Brachfläche im Nordwesten der Altstadt. Nördlich und östlich des Areals stehen die voluminösen Baukörper des ehemaligen Großkaufhauses Hertie mit angeschlos-

42 M. Heinzel, Rechts und links am Rundbogenhaus vorbei, in: GT 225, 26.09.2002.

43 B. Bielefeld, Rat stimmt Lünemann-Plänen zu, in: GT 60, 11.3.2004.

44 B. Bielefeld, „Vertrag unterzeichnet“, in: GT 33, 08.02.2003.

45 Die dendrochronologische Auswertung einiger dankenswerterweise zur Verfügung gestellter Bauhölzer steht noch aus.

46 B. Arndt / A. Ströbl (s. A 17).



Abb. 7: Das leer geräumte Stadtbadareal mit der Großen Mühle 2003. Rechts neben der Mühle die Werksteinmauer der 1967 abgebrochenen Gebäudehälfte, direkt hinter den Bäumen der Leinekanal (Foto: H. Krause).

senem Parkhaus und des Sparkassengebäudes in blockhaftem Kontrast zur kleinteiligen Bebauung der Altstadt. Diese schließt südlich des Geländes unmittelbar an. Im Westen erstreckt sich schließlich der Leinekanal, dessen anderes Ufer vom großzügig angelegten Waageplatz mit Brunnen und altem Baumbestand eingenommen wird. Der Kernbau der Großen Mühle befindet sich in der südwestlichen Geländeecke und prägt das Erscheinungsbild des Geländes. Das Gelände stellt aus architektonischer, aber auch aus städtebaulicher Sicht erhebliche Anforderungen an die geplante Neubebauung. Wünschenswert wäre beispielsweise eine Wegeverbindung entlang des Leinekanals, der das Baudenkmal Große Mühle umfährt. Auf diese Weise würde eine respektvolle Distanz zur Mühle eingehalten und gleichzeitig eine attraktive Verbindung zwischen Bahnhof und Innenstadt geschaffen werden.

Ursprünglich stand hier spätestens seit 1305 die nach ihrem Eigentümer benannte Stokeleffs-Mühle. Weiter kanalabwärts, in unmittelbarer Nähe des Walles, lag die Weender Mühle. Aus Sicherheitsgründen wurde sie aufgegeben und mit der Stokeleffs-Mühle vereinigt. Der Bau eines neuen Mühlengebäudes ist archivalisch für 1491-1493 belegt.⁴⁷ Aus dieser Zeit stammen vermutlich die heutigen Kanalmauern mit den Öffnungen für die Wellen der insgesamt acht Mühlräder. Der heutige, zweigeschossige Bau ist bisher nicht dendrochronologisch datiert, entstand möglicherweise aber hundert Jahre später. Die über dem Leinekanal ausladenden Dachbalken werden von Volutenkraggen gestützt, die auf eine Entstehungszeit um 1600 verweisen.

Die nördliche Hälfte des früher lang gestreckten Mühlenbaus wurde 1967 im Zusammenhang mit dem Neubau des Stadtbades bis auf die hohe, aus Sandsteinqua-

47 Zur Baugeschichte der Mühle vgl. O. Fahlbusch (s. A 16), S. 106 ff.

dern und Bruchsteinmauerwerk bestehende Mauer am Leinekanal abgerissen. Der Hauptbau blieb erhalten, ist aber in seiner Substanz durch die provisorischen Instandsetzungsmaßnahmen der 1970er Jahre gefährdet. In der südlichen Haushälfte befanden sich die Wohnräume, dahinter erstreckte sich der dreischiffige Mahlraum mit 5 Metern Deckenhöhe. Die extrem großzügig dimensionierten eichenen Unterzüge wurden von Ständern mit Kopfstreben und Sattelholz getragen, von denen noch ein Exemplar erhalten ist.

Konstruktiv einzigartig in Göttingen ist das hervorragend erhaltene Dachwerk der Mühle. Um völlig stützenfreie Dachgeschoßebenen zu erhalten, ließ die Stadt einen seit dem 16. Jahrhundert in Süddeutschland üblichen liegenden Stuhl errichten. Die Ausführung lässt darauf schließen, dass die Zimmerleute mit der schwierigen Konstruktion nicht vertraut waren. Die Stuhlsäulen gehen ungewöhnlicherweise über zwei Geschosse durch, wodurch der Aufstellvorgang ungemein erschwert wurde. Darüber hinaus wurden die Windverbände in der Stuhlebene so ungünstig angeordnet, dass sie die Kehlbalken kreuzten. Die Zimmerleute sahen sich auf der Baustelle offenbar gezwungen, die Kehlbalken und Windstreben mit tiefen Ausnehmungen konstruktiv zu schwächen, um das Dach fertig aufstellen zu können. Der Dachstuhl bezeugt auf einmalige Weise den technologischen Wissenstransfer in der frühen Neuzeit und gleichzeitig die Überwindung der dabei auftretenden Hindernisse durch Improvisation der örtlichen Handwerker. Ein weiteres Exemplar mit zweigeschossigen Stuhlsäulen ist aus Göttingen, aber auch aus der Region bisher nicht bekannt.

Vor zweihundert Jahren in der „Stadt der Würste“ noch üblich, stellt die erhaltene Räucherammer im ersten Dachgeschoss inzwischen ebenfalls eine absolute Rarität dar. In der Kammer sind noch die Spuren des abgebrochenen besteigbaren Schornsteins zu sehen. Das Türblatt der Tür, die man nur gebückt unter den Sparren entlanggehend erreichen konnte, fehlt. Unter der Decke der rußgeschwärzten Kammer sind immer noch die Stangen befestigt, an denen die Würste aufgehängt wurden.

Heute ziemlich problematisch erscheinen die Sanierungsmaßnahmen der späten 1960er Jahre. Das Fachwerk beider Giebelwände wurde nicht fachgerecht instand gesetzt, sondern mit aufgenagelten Brettern verkleidet. Eine Beurteilung der vorhandenen Schäden ist vorerst nicht ohne weiteres möglich. Zumindest die Nordwand scheint im Erdgeschossbereich stark geschädigt zu sein und ist im Durchgangsbereich zum ehemaligen Nebenflügel teilweise durch modernes Ziegelmauerwerk ersetzt. Die ursprüngliche Raumstruktur des Hauses lässt sich bisher nur aus späteren Plänen erschließen. Da bisher keine zuverlässigen Bauzeichnungen existieren, sollte als Grundlage für die Umbauplanung und die nachfolgende Sanierung ein verformungsgetreues Aufmaß angefertigt werden.

Aufgrund ihrer abwechslungsreichen und teilweise großzügigen Innenaufteilung eignet sich die Große Mühle hervorragend für eine öffentliche, beispielsweise gastronomische Nutzung. Die Dachgeschosse sind für den Ausbau zu Wohnräumen ungeeignet, da die Raumhöhe durch die Spannbalken zwischen den Stuhlsäulen be-

einträchtigt wird; sie misst unter den Spannbalken lediglich 1,70 Meter. Abgesehen davon, dass die Stuhlkonstruktion nur geringe Lasten in der zweiten Dachebene zulässt, sollte der einzigartige offene Raumeindruck mit der eingestellten Räucher-
kammer unbedingt bewahrt bleiben.

7. Die heutige Situation

Auch das östlich auf der gegenüberliegenden Straßenseite gelegene Gebäude der Sparkasse steht seit längerem zur Disposition. Ursprünglich von Stadtbaumeister Otto Frey in den Jahren 1913-1915 errichtet, wurde das Geschäftshaus 1965 unter Beseitigung der repräsentativen Werksteinfassade erweitert und umgebaut. Als Sieger eines Architekturwettbewerbs gestaltete der Düsseldorfer Architekt Hanns Dustmann den alten Baukörper zu einem fünfgeschossigen Komplex mit zurückgesetztem Attikageschoß um.⁴⁸ Seitens der Stadtverwaltung ist die gemeinsame städtebauliche Entwicklung von Stadtbad- und Sparkassengelände wiederholt angedacht worden, eventuell unter Einbeziehung des benachbarten ehemaligen Hertie-Kaufhauses (heute Carré). Die Verhandlungen verliefen bislang allerdings ergebnislos.

Im Februar 2005 legte das GfK Prisma Institut ein Einzelhandelskonzept vor, das unter anderem die Ansiedlung eines überregional bedeutenden Shopping-Centers mit einer Verkaufsfläche über 20.000 Quadratmetern empfahl.⁴⁹ Obwohl der Oberbürgermeister dem Projekt vor dem Hintergrund der befürchteten Schließung von 50 bis 70 Einzelhandelsgeschäften eine Absage erteilte, versuchte die interessierte Projektmanagementgesellschaft ECE über die Besitzerin des benachbarten Carré-Komplexes, eine Fondsgesellschaft, auf das Schlüsselgrundstück der Sparkasse zuzugreifen.⁵⁰ Zu den Dimensionen der nicht offiziell bekannten Planungen der Gesellschaft verlautete aus gut unterrichteten Kreisen, dass an eine große Lösung mit Überbauung des Leinekanals, des Waageplatzes sowie eine Einbeziehung des Justizgebäudes von 1854/56 und des Gefängnisses von 1836 gedacht sei.⁵¹ In diesem Fall wäre die Große Mühle stark gefährdet.

Offenbar ging das Sparkassengebäude jetzt aber an einen anderen Investor, der es sanieren will. Die Ergebnisse eines Mitte Oktober 2005 vom Stadtplanungsamt durchgeführten Workshops, bei dem unter anderem drei Szenarien zur Bebauung des Stadtbadgeländes vorgestellt werden sollten, standen bei Fertigstellung dieses Artikels noch aus.⁵²

48 M. Härtel (s. A 10), S. 799.

49 M. Brakemeier, Qual der Wahl – Vier Varianten für die Innenstadt, in: GT 32, 08.02.2005.

50 I. Stein, 7,2 Millionen-Angebot für Sparkasse zurückgezogen, in: GT 212, 10.09.2005.

51 Hierbei handelt es sich um eine unbestätigte Hypothese.

52 I. Stein (s. A 7).

8. Ausblick: sogenanntes „Textilviertel“ bedroht Bausubstanz und Stadtgefüge

Mit der Bezeichnung „Textilviertel“ wurde jüngst ein zentraler Baublock zwischen der Groner Straße, der Nikolaistraße und dem Nikolaikirchhof belegt. Anlass dazu gaben wieder überraschend bekannt gewordene Planungen zur Errichtung eines großflächigen Textil-Einzelhandelscenters. Nicht weniger als sechs Häuser an der Groner Straße und der Nikolaistraße sind aktuell vom Abbruch bedroht – die Düsseldorfer Projektentwicklungsfirma schloss mit den Hausbesitzern bereits Vorverträge ab. Nach der naiv-willfährigen Einschätzung der Lokalpresse dürften Denkmalschutz-Probleme kaum auftauchen, denn nur ein oder zwei Keller seien geschützt.⁵³

Dem Kundigen reicht ein kurzer Blick auf das dem Artikel zugeordnete Foto, um die nächste Katastrophe für das historische Stadtbild zu erahnen. Groner Straße 26 – ein um 1910 entstandenes Geschäftshaus in gutem Zustand mit hochwertiger Werksteinfassade; Groner Straße 25 – eindeutig ein begradigter mittelalterlicher Fachwerkbau mit Aufstockung, dahinter der tadellos erhaltene, originale Dachstuhl; Groner Straße 24 – auch Mittelalter oder frühe Neuzeit, ebenfalls begradigt, aber das Dach im Barock geschickt zum Mansarddach modifiziert; Groner Straße 23 – ein zweigeschossiger Renaissancebau mit Fenstergalerie im ersten Obergeschoß. Es ist ein Rätsel, weshalb diese hochkarätigen Bauten nicht im Denkmalverzeichnis aufgenommen wurden. Ebenfalls in Gefahr ist der Nikolaikirchhof, da die Grenze des Centers bis unmittelbar an die gotische Kirche herangeführt werden soll. Der intime, wegen eines Straßencafés und zahlreicher Veranstaltungen bei der Bevölkerung beliebte, geschlossene Platz soll zukünftig den Anlieferungsbereich des Centers beherbergen.

Städtebaulich erstaunt der auf einer Sitzung des Bau- und Planungsausschusses präsentierte Center-Entwurf eines klotzartigen Gebildes in seiner unverhüllten Brutalität und absoluten Missachtung aller bestehender Strukturen. Die Rhetorik der Center-Gesellschaft ist dem durchaus angepasst, indem sie ein angstbesetztes Klima erzeugt und massiven Druck ausübt: Man gehe davon aus, dass die Ideen in städtischem Interesse lägen, denn wenn nichts geschehe, sei das der „Todesstoß“ für die Groner Straße. Wenn die Politik so etwas nicht wünsche, zöge man in eine andere Stadt.⁵⁴

Angesichts der derzeitigen Hausse überholter städtebaulicher Rezepte, der planungspolitischen Hysterie, der deutlich spürbaren Verachtung für die bauliche Vergangenheit und der Ohnmacht der Denkmalschutzbehörden bleibt nur die Hoffnung, diese an feindliche Belagerungen erinnernde Drohung werde wahr gemacht.

53 I. Stein (s. A 8).

54 I. Stein, Comfort zur Groner Straße: „Wir planen nur“, in: GT 233, 06.10.2005.

Stadtumbau und städtische Denkmalpflege in Freiberg *Ein Werkstattbericht*¹

1. Denkmalschutz als städtische Aufgabe

Seit Juli 1994 ist die Stadt Freiberg eigene untere Denkmalschutzbehörde. Aufgrund des überdurchschnittlich großen und außerordentlich hochwertigen Bestandes an Kulturdenkmälern und der Besetzung durch geeignete Fachkräfte wurden ihr die Aufgaben und Befugnisse als Pflichtaufgaben vom Freistaat Sachsen übertragen. Seitdem sind wir zuständige Genehmigungsbehörde für alle genehmigungspflichtigen Maßnahmen an privaten Kulturdenkmälern im Stadtgebiet und der Anlaufpunkt für alle Fragen, Auskünfte und Beratungen.

Unser wichtigstes Ziel ist die Erhaltung des Kulturerbes und damit eines entscheidenden Teiles der Stadtgeschichte Freibergs. Das ist in erster Linie die Wahrung der Geschlossenheit der Bebauung und des Stadtbildes der Altstadt, aber auch die Erhaltung originaler denkmalwerter Substanz in den anderen Stadtteilen. Das in Jahrhunderten gewachsene und in seinen Strukturen erhaltene Stadtbild Freibergs verlangt trotz moderner Anforderungen an Funktionalität Rücksicht auf die ortstypischen Gestaltungsmerkmale und das eigenständige Wesen, das unsere Stadt prägt. Dabei soll die Stadt kein Museum sein, sondern in ihrer Originalität und Attraktivität für die nachfolgenden Generationen bewahrt werden.

Mit Engagement werden von uns substanzerhaltende Sanierungen vorgeschlagen und denkmalverträgliche und wirtschaftlich-sinnvolle Nutzungen angestrebt, um den Verlust an wertvoller Substanz so gering wie möglich zu halten. Die frühzeitige Beratung der Denkmaleigentümer, ihrer Architekten und Handwerker gehören ebenso dazu wie Konsultationen zu möglichen Auflagen und Bedingungen und ständige Betreuung während der Maßnahmen.

Wir verstehen uns als Dienstleistungseinrichtung für alle Denkmaleigentümer und informieren sie ausführlich über die Belange von Denkmalschutz und Denkmalpflege, Erhaltungspflicht und Fördermittel. Wir beraten sie fachlich fundiert bei geplanten Maßnahmen und suchen nach vertretbaren Kompromissen, wenn die Wünsche der Bauherren mit denen des Denkmalschutzes nicht im Einklang stehen. Unbürokratisch und auf kurzem Weg erreichbar sind wir zur Stelle, wenn es um Fragen

1 Zusammenfassung der Vorträge von Marlies Möller, Uwe Richter und Anita Torchala auf der Internationalen Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt zum Thema „Stadtumbau in Klein- und Mittelstädten“ vom 21.-24. April 2005 in Freiberg/Sachsen.

der Baugeschichte, Architektur, Statik, Bauphysik, Sanierung, Restaurierung oder um Ratschläge bei der Bauausführung direkt auf der Baustelle geht. Bei Veränderungen können wir dadurch schnell reagieren, direkten Kontakt zu anderen Behörden herstellen und ohne Bauverzug entscheiden.

Ausschlaggebend für den Erhalt der Denkmale ist ihre Nutzung. Nur dadurch können sie mittel- und langfristig bewahrt werden. Wo dies gegenwärtig nicht möglich ist, kann man sie mit Notsicherungen wenigstens über eine gewisse Zeit vor dem Verfall retten. Auch wenn nur die Straßenfassade stehen bleiben kann, ist das im Sinne der Geschlossenheit des Stadtbildes oftmals besser als eine klaffende Lücke im Straßenzug.

Viele wertvolle Denkmale sind in der Vergangenheit und während schwieriger Jahre erhalten geblieben. Zu ihnen zählen auch die zahlreichen Bürgerhäuser mit ihren teilweise sehr wertvollen Ausstattungen. Hilfreich war dabei oft die Unterstützung durch Fördermittel aus unterschiedlichen Programmen und nicht zuletzt aus dem eigenen Denkmalförderprogramm der Stadt. Auch der seit 1999 jährlich am Tag des offenen Denkmals verliehene Freiburger Sanierungspreis ging bisher immer an vorbildlich sanierte Kulturdenkmale.

Freiberg ist wie andere zahlreiche Städte in Ostdeutschland konfrontiert mit erheblichen Bevölkerungsrückgängen. Ein daraus resultierender Stadtumbau muss nach städtebaulichen Anforderungen konzipiert und begründet werden, damit der Abbruch zahlreicher Denkmale in Freiberg abgewendet werden kann. Es müssen Wertigkeiten gesetzt und Abwägungen getroffen werden, wo Abbrüche von Denkmalen gegebenenfalls vertretbar sind, um eine tragfähige und nachhaltige Stadtentwicklungs-konzeption zu unterstützen und mit einem anspruchsvollen Umbauprozess weiterhin eine lebenswerte Stadt zu behalten. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, sind von allen Seiten ein hohes Maß an Engagement, Kreativität und Ausdauer erforderlich, damit die Denkmale nicht unreflektiert dem Teufelskreis unregelter Schrumpfungsmechanismen anheim fallen. Bei der Vermeidung städtebaulicher Missstände und beim Ringen um städtebauliche Konzepte sind wir deshalb jederzeit zur konstruktiven Zusammenarbeit bereit und um qualitätvolle Lösungen bemüht, doch können Kompromisse hier nicht allein vom Denkmalschutz erwartet werden.

Sehr wichtig ist uns auch die Öffentlichkeitsarbeit, denn Denkmalschutz und Denkmalpflege sind öffentliche Belange. Erwachsene, Kinder und Jugendliche an das Thema heranzuführen und den Nachwuchs für das Kulturerbe zu begeistern, sind ein wesentliches Anliegen. Dazu werden themenorientierte Vorträge und fachspezifische Führungen durch die Stadt und zu ausgewählten Denkmalen organisiert und durchgeführt. Am Tag des offenen Denkmals zeigen die sehr hohen Besucherzahlen deutlich das wachsende Interesse. In zahlreichen Publikationen versuchen wir die Freiburger Denkmale noch viel stärker als bisher bekannt zu machen. Nicht zuletzt haben die Faltblätter der Reihe „Denkmale in Freiberg“, die erstmals 1996 aufgelegt und jährlich mit neuen ergänzt wurden, inzwischen viele Liebhaber.

Der überaus reiche Bestand an Denkmälern ist ein bedeutender Standortfaktor, der nicht vernachlässigt werden darf. Er besitzt mit den kulturellen Werten eine identitätsstiftende Wirkung für die Bürger und hat große Bedeutung für den Tourismus und den Erhalt der Arbeitsplätze in denkmalnahen Gewerken.

In der heutigen Zeit, wo es manchmal „drunter und drüber“ zu gehen scheint, wo viele Unwägbarkeiten und Unsicherheiten bestehen, wo von Personalreduzierung, Abbau und überall von Einsparungen gesprochen wird, ist es wichtig, dass die Tradition in Freiberg und mit ihr die kulturelle Verpflichtung zur Erhaltung des Kulturerbes einen festen Platz haben und dass es in unserer Stadt eine Denkmalschutzbehörde gibt, die nicht nur weiß, wie man einen Bescheid rechtssicher formuliert, sondern auch, welche Wertigkeit ein Denkmal besitzt und wie man es für zukünftige Generationen bewahren und richtig sanieren kann. Mit der örtlichen Nähe unserer Behörde in Freiberg wollen wir auch weiterhin schnell und unbürokratisch der fachlich kompetente Ansprechpartner sein.

2. Zum Projekt Denkmaltopographie der Stadt Freiberg

Freiberg verfügt mit etwa 1.200 Denkmälern über einen sehr großen und wertvollen Bestand an historischen Bauwerken. Die Altstadt besitzt eine Bausubstanz, die zu großen Teilen nach dem letzten großen Stadtbrand im Jahre 1484 entstanden ist. Etwa 250 spätgotische und renaissancezeitliche Gebäude prägen das Antlitz der Stadt bis heute. Die Besonderheit der Stadtentstehung und Stadtentwicklung wird in dem von 1168/69 bis 1913 ohne Unterbrechung betriebenen Bergbau deutlich, der über diese Jahrhunderte hinweg bis zur Gegenwart tiefe Spuren in der Stadt und ihrem Umland hinterlassen hat.

Im Freiburger Revier wurde mit Abstand die größte Menge an silberhaltigen Erzen in Sachsen abgebaut. In der Stadt hatten die wichtigsten Behörden des Berg- und Hüttenwesens seit dem 16. Jahrhundert ihren Sitz. Dennoch zeigen die nach dem letzten Stadtbrand im bis zum 17. Jahrhundert errichteten Gebäude, dass der Stadt selbst und ihren Bewohnern nur ein relativ geringer Anteil am Gewinn des Bergbaus verblieb. Im Vergleich zu den großen Wohnhäusern reicher Handelsherren in Leipzig, Dresden und in dem zu dieser Zeit noch zu Böhmen gehörenden Görlitz nehmen sich die Freiburger Bauten doch eher bescheiden aus. Das aus dem Bergbau gewonnene Geld floss an die wettinischen Landesherren nach Dresden, die damit ihre Schlossbauten und ihren Hofstaat finanzierten.

Herausragende Bauwerke wie der Freiburger Dom und die Domherrenhäuser sind sozusagen „Sonderbauten“, die wiederum durch die sächsischen Herzöge und Kurfürsten initiiert und bezahlt wurden. Der überregional bedeutsame Wert der historischen Bausubstanz in Freiberg besteht aus diesen Gründen vor allem in seiner Geschlossenheit als nahezu vollständig erhaltenes städtebauliches Ensemble spätmittelalterlicher und frühneuzeitlicher Bau- und Kunstdenkmale.

Aufbauend auf diesen historischen und baugeschichtlichen Voraussetzungen arbeitet seit dem Jahre 2000 eine Gruppe ehrenamtlich tätiger Bürger an dem Projekt Denkmaltopographie der Stadt Freiberg. Sie knüpft dabei an eine sehr lange Traditionslinie denkmalpflegerischen Wirkens in der Stadt an, das in der zweiten Hälfte des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem von dem 1860 gegründeten Freiburger Altertumsvereins getragen wurde und während der DDR-Zeit durch Einzelpersonen und eine Arbeitsgruppe im Kulturbund weitergeführt worden ist. Nach der Neugründung des Altertumsvereins 1990 fanden sich hier wiederum viele an der Geschichte und an der historischen Bausubstanz der Stadt Interessierte zusammen. Deshalb war es möglich ein so großes Vorhaben wie die Erarbeitung einer Denkmaltopographie ausschließlich auf ehrenamtlicher Basis in Angriff zu nehmen. Damit ist in Freiberg ein Weg beschritten worden, der sicherlich nicht einfach verallgemeinert werden kann und sollte, aber in Zeiten leerer öffentlicher Kassen und eines rapiden Personalabbaus in der institutionalisierten Denkmalpflege Möglichkeiten in der Denkmaldokumentation aufzeigen könnte. Hinzu kommt der nicht zu unterschätzende Aspekt der aktiven Einbeziehung von Bürgern und Schülern der Stadt und die dadurch erreichte Beschäftigung mit der eigenen Geschichte und ihren Hinterlassenschaften, die vielfach zu neuen Einsichten bei den Betroffenen führt. Dies ist gerade jetzt, wo sich der Staat aus vielen Bereichen zurückzieht und bürgerschaftliches Engagement immer stärker notwendig wird, besonders wichtig.

Seit dem Spätsommer 1999 fanden Vorarbeiten für das Projekt wie die Anfertigung einer Konzeption, die Einreichung eines Antrages zur Aufnahme in das von der Robert Bosch Stiftung getragene Programm „Orte deutscher Geschichte in den neuen Bundesländern“ und die Bildung einer Arbeitsgruppe statt. Träger des Vorhabens sind der Freiburger Altertumsverein und das Geschwister-Scholl-Gymnasium, wobei man von Beginn an bestrebt, das Projekt in enger fachlicher Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege Sachsen durchzuführen. Normalerweise sind es die Landesämter für Denkmalpflege, die in den jeweiligen Bundesländern Denkmaltopographien erarbeiten und herausgeben. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass anfänglich Zweifel an der Durchführbarkeit eines solchen Vorhabens noch dazu durch einen Verein und eine Schule bestanden. Das Landesamt für Denkmalpflege Sachsen und die Stadt Freiberg haben aber das Projekt von Beginn an unterstützt. In kurzer Zeit fanden sich über 60 Mitglieder des Vereins und weitere interessierte Bürger zur Mitarbeit bereit.

Die Projektmitarbeiter haben die Denkmale beschrieben und die Daten in ein zuvor erarbeitetes Formblatt eingetragen. Gleichzeitig wurden die Bauakten im Bauaktenarchiv der Stadt Freiberg sowie Unterlagen in weiteren Archiven und Bibliotheken ausgewertet. In einer speziell für die Freiburger Denkmale erarbeiteten Datenbank wurden und werden alle Fakten aus den Formblättern übertragen und ergänzt. Von allen Denkmälern der Stadt wurden außerdem Fotografien angefertigt.

Eine weitere Arbeitsgruppe entnahm nach Vorgaben und unter Anleitung aus historischen Dachwerken, Balkendecken und anderen Konstruktionshölzern Proben zur dendrochronologischen Altersbestimmung. So sind heute sind etwa 135 Objekte in Freiberg bestimmt worden. Damit verfügen wir erstmals über ein gesichertes Datierungsgerüst, das in diesem Umfang bisher einmalig in Mitteldeutschland ist.

Ein wichtiges Anliegen des Vorhabens war und ist es, erstmalig für Freiberg eine Gesamtdarstellung der baulichen Entwicklung der Stadt von ihren Anfängen bis zur Gegenwart vorzulegen, in der auf die vielfältigen Wechselwirkungen von politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und architektonischen Aspekten, die in der Stadtgeschichte eine Rolle spielen, eingegangen wird. Mit dieser Herangehensweise weicht Freiberg von den anderen Topographien ab.

So wird den in den Denkmaltopographien in der Regel sehr knapp gehaltenen einleitenden historischen und baugeschichtlichen Texten ein größerer Raum gewidmet, der drei eigene Bände umfasst. In die einzelnen Aufsätze sind die neuesten archivalischen und dendrochronologischen Erkenntnisse eingeflossen. Die einzelne Zeitabschnitte des 20. Jahrhunderts bearbeiteten Schülerinnen des Sophie-Scholl-Gymnasiums im Rahmen der Erbringung einer besonderen Lernleistung. Diese Schülerinnen wurden von Lehrern und Mitgliedern des Vereins betreut und an die wissenschaftliche Arbeitsweise herangeführt.

Im November 2002 konnte der erste Band der Beiträge zur Denkmaltopographie Freiberg vorgestellt werden. Ein Jahr später erschien der zweite Band und 2004 wurde mit der Herausgabe von Band III der Beiträge zur Denkmaltopographie Freiberg dieser Teil des Publikationsvorhabens abgeschlossen.² In den kommenden Jahren sollen zwei Bände, die die eigentliche Topographie umfassen, d.h. die beschreibende, bildliche und kartographische Darstellung jedes einzelnen Denkmals, das Gesamtprojekt vervollständigen und zum Abschluss bringen. Die gesammelten Daten stehen danach für wissenschaftliche Zwecke und für die Nutzung durch die Behörden zur Verfügung. Sie bilden somit eine wichtige Grundlage für weitergehende Untersuchungen und die tägliche Arbeit mit dem Denkmalbestand der Stadt.

3. Stadtentwicklung und Städtebaulicher Denkmalschutz in Freiberg

Im Dezember 2001 hat der Stadtrat das Stadtentwicklungskonzept für Freiberg mit derzeitigem Zeithorizont bis 2015 bestätigt. Es hat die Thematik „Wohnen“ zum Schwerpunkt, geht aber darüber hinaus auf die grundsätzlich damit verbundenen Fragen der Wirtschafts-, Gewerbe- und Infrastruktur und auf soziale und kulturelle Angebote ein.

2 Denkmale in Sachsen, Stadt Freiberg: Bände I, II u. III, hrsg. von Y. Hoffmann und U. Richter, Freiberg 2002, 2003, 2005.

Im Rahmen der gesamtstädtischen Betrachtung wurde eine Wertbestimmung der städtebaulichen Strukturen unserer Stadt mit überwiegender Wohnfunktion vorgenommen. Es haben sich fünf entwicklungsrelevante Stadtteile herauskristallisiert, für die jeweils stadtteilspezifisch klare städtebauliche Prämissen in aktualisierten Rahmenplänen als planerische Vorbereitung auf die künftige Entwicklung formuliert wurden, die nicht immer wirtschaftlichen Interessen entsprechen können. Das sind zum einen die erhaltenswerten städtebaulichen Strukturen der europäischen Stadt mit oberster Priorität: (1) Altstadt und Bahnhofsvorstadt. Die Aufgabe des Stadtbbaus in diesen Stadtteilen besteht vorrangig aus Sanierung, Beseitigung von Brachen und aus zeitlich begrenzten Zwischennutzungen. (2) Die beiden Großwohnsiedlungen Wasserberg und Friedeburg, bei denen Stadtbau durch langfristigen Rückbau von Wohnblöcken zu einer Verbesserung der städtebaulichen Situation führen wird. Und schließlich (3) der Stadtteil Seilerberg, der eine Mischung aus Wohnungsbau der 1920er Jahre und aus Wohnblöcken von 1950/1960 darstellt, bei dem künftig Sanierung und Rückbau zutreffen werden.

Seit der politischen Wende 1989 haben die Einwohnerzahlen unserer Stadt kontinuierlich abgenommen. Von 1990 bis 2004 sank die Zahl um ca. 6.200 auf knapp 42.600 Einwohner. Der durchschnittliche jährliche Bevölkerungsverlust liegt derzeit bei 450 Einwohnern/Jahr. Etwa die Hälfte davon resultiert aus dem Überwiegen von Sterbefällen gegenüber den Geburten, die übrigen Bevölkerungsverluste ergeben sich aus dem Mehr an Wegzügen gegenüber den Zuzügen. Die 2001 für das Jahr 2010 prognostizierte Einwohnerzahl von 42.700 hat Freiberg heute schon um rund 100 unterboten.

Die Überalterung der Freiburger Bevölkerung nimmt weiter zu. Der Altersdurchschnitt ist in den letzten 10 Jahren von 40,5 auf 44,5 Jahre gestiegen. Die Stadt Freiberg verfügt über einen Bestand von ca. 24.000 Wohnungen. 15% sind Ein- und Zweifamilienhäuser. Die Neubautätigkeit geht seit 1995 zurück. Für die Gesamtstadt ergibt derzeit ein Leerstand von ca. 13% (2.966 Wohnungen). Darin sind auch die Wohnungen enthalten, die auf Grund ihres Zustandes nicht vermietbar sind. Werden keine Gegenmaßnahmen ergriffen, wird für das Jahr 2015 ein Überschuss von 4.400 Wohnungen prognostiziert.

4. Rahmenplan für die Altstadt

Die historische Altstadt bestimmt in hohem Maße den Wert unserer Stadt. In dem Maße, wie sie in den letzten Jahren durch große gesellschaftliche und private Anstrengungen vor Verlusten gerettet worden ist, ist sie in das Bewusstsein der Menschen, insbesondere der Freiburger zurückgekehrt. In den vergangenen zehn Jahren wurde eine Vielzahl von öffentlichen und privaten Maßnahmen realisiert, gut zwei Drittel des Gebäudebestandes wurden saniert oder teilsaniert. Dennoch sind Problembereiche weiterhin vorhanden, offenkundig geworden oder neu entstanden.

Die Ziele des Rahmenplanes von 1994 waren daher auf die veränderte Situation hin zu überprüfen, ebenso die darauf aufbauenden Rechtsinstrumente, wie Gestaltungssatzung und Text-Bebauungsplan.

Die Einwohnerzahl der Altstadt, die zu Beginn der 1990er Jahre zurückging (1990: 3.996; 1995: 2.948; 2000: 3.188) ist seit 1997 wieder zügig ansteigend; gegenwärtig wohnen 3.361 Menschen hier. Dabei kann von einem hohen Austausch der Bevölkerung ausgegangen werden. Der im Vergleich zu den übrigen Stadtteilen niedrigste Altersdurchschnitt von 36 Jahren untermauert dies (Altersdurchschnitt Gesamtstadt: 4,55 Jahre).

Ausgehend von 2 Einwohnern/Wohneinheit könnten bei abgeschlossener Sanierung ca. 4.600 Einwohner in der Altstadt wohnen, dies entspräche zur Zeit fast 11% der Bevölkerung Freibergs. Trotz des kontinuierlichen Sanierungsfortschrittes findet sich in der Altstadt etwa 17% nicht bewohnbarer Leerstand. Die sanierten Gebäude haben mit 8,1% eine relativ geringe Leerstandsquote. Der aktuelle Gewerbeeräumleerstand liegt bei ca. 21%, davon ist etwa die Hälfte unsaniert und nicht vermietbar.

Stadtumbau in der Altstadt im Sinne von Rückbau von leer stehendem Wohnraum ist demnach für Freiberg auch nach Aktualisierung des Rahmenplanes kein Thema. Baulücken sollen zwischenzeitlich zur Verbesserung der Wohnqualität z.B. für fehlende Stellplätze, Kinderspielplätze und Grünbereiche genutzt werden, wenngleich natürlich das wünschenswerte Ziel eine geschlossene Raumkante bleibt.

Mit der aktuellen Sanierung des Schlosses Freudenstein zum Bergarchiv und zu einer der weltgrößten Gesteinssammlungen, kann der Kulturpfad über Dom, Nikolaikirche, Theater und Donatsfriedhof erweitert und attraktiviert werden.

Maßnahmen, wie die Errichtung eines Citymanagements, intensive Bemühungen um die Anwerbung eines Einkaufsmagneten, die Umsetzung der Verkehrsplanung zur Entlastung der Straßen um den Altstadtring nach Realisierung der Umgehungsstraße und die Schaffung von Stellplatzanlagen bzw. Parkhäusern (wie z.B. am Schlossplatz) sollen nicht erst langfristig zur weiteren Gestaltung unserer lebendigen Altstadt beitragen.

Die strategische Zielstellung für die Entwicklung unserer Stadt wurde zu einem Leitbild verdichtet, das im Juni 2004 nach umfangreicher Öffentlichkeitsbeteiligung von der Mehrheit der Stadträte beschlossen wurde: Freiberg, weltoffene und lebenswerte Stadt im 21. Jahrhundert „Vom Silber zum Silizium“.

AUTOREN

GERD ALBERS (1919), Prof. em. Dr.-Ing. Nach Kriegsdienst Studium der Architektur in Hannover und der Stadtplanung in Chicago. 1952-1962 Kommunaldienst als Stadtplaner in Ulm, Trier und Darmstadt, dann bis 1988 Ordinarius für Städtebau und Regionalplanung an der TU München. Mitherausgeber der Zeitschrift „Die alte Stadt“.

KAROLINE BROMBACH (1974), Dipl. Ing. Architektur und Stadtplanung, ist derzeit wiss. Mitarbeiterin am Städtebau-Institut der Universität Stuttgart, Fachgebiet Grundlagen der Orts- und Regionalplanung; Studium der Architektur und Stadtplanung an der Universität Stuttgart und der Columbia University in New York. Forschungsschwerpunkte: Stadtumbau, Entwicklung von Klein- und Mittelstädten, Einzelhandel und Stadtentwicklung.

HANS-PETER GATZWEILER (1947); Studium der Geographie, Städtebau und Statistik; anschließend Promotion. Seit 1972 schwerpunktmäßig für die Entwicklung von Analysen und Prognosen zur Raum- und Stadtentwicklung in Deutschland tätig. Seit 1998 Leitung der Abteilung I „Raumordnung und Städtebau“ im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) mit fachlicher Unterstützung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVWB) in den Politikfeldern Raumordnung und Städtebau.

JOHANN JESSEN (1949); Professor für Grundlagen der Orts- und Regionalplanung am Städtebau-Institut der Universität Stuttgart seit 1992; Studium der Architektur und Stadtplanung an der TH

Darmstadt, Promotion und Habilitation an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Stadtforschung.

MARLIES MÖLLER / UWE RICHTER und ANITA TORCHALA sind Mitarbeiter der Stadtverwaltung Freiberg/Sachsen: Dipl.-Ing. Anita Torchola ist Amtsleiterin des Stadtentwicklungsamts, Dipl.-Ing. Marlies Möller Leiterin der Unteren Denkmalschutzbehörde und Historiker Uwe Richter Mitarbeiter der Unteren Denkmalschutzbehörde.

THOMAS PRISTL (1970); Dipl.-Ing., arbeitet freiberuflich in den Bereichen Stadtplanung, Stadtforschung, städtebauliche und wohnungspolitische Beratung; von 2000 bis 2003 wissenschaftlicher Angestellter am Fachbereich Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung der Universität Kassel; seit 2003 Lehrbeauftragter für das Themenfeld Stadtentwicklung und Wohnungsmarkt; Publikationen zu Stadtumbau, Migration und kommunaler Wohnungspolitik.

JAN VOLKER WILHELM (1964); Studium der Geographie, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Ur- und Frühgeschichte und Kunstgeschichte an der Georg-August-Universität Göttingen; Mitarbeit in einem auf Bauforschung spezialisierten Architekturbüro in Braunschweig; 2000-2001 Aufbaustudium Denkmalpflege an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg; 2005 Promotion im Fachbereich Architektur an der TU Universität Berlin; derzeit freier Mitarbeiter des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege.

BESPRECHUNGEN

GUNNAR BRANDS / HANS-GEORG SEVERIN (Hrsg.), *Die spätantike Stadt und ihre Christianisierung. Symposium vom 14. bis 16. Februar 2000 in Halle/Saale, Wiesbaden: Dr. Ludwig Reichert Verlag 2003 (Spätantike – Frühes Christentum – Byzanz. Kunst im ersten Jahrtausend, Reihe B Studien und Perspektiven 11), 444 S., 189 Abb., 3 Faltpäne, 89,- Euro.*

Das in Halle abgehaltene Symposium war dem Phänomen der spätantiken Stadt gewidmet, die erst im Laufe der 1980er Jahre stärker in das Blickfeld der aber weit mehr historisch als archäologisch orientierten Veröffentlichungen geriet. Es ging auf der Tagung daher um eine Bestandsaufnahme des Veränderungsprozesses der Städte zwischen dem 3. und 7. Jahrhundert. Dabei haben die Entwicklungen besonders interessiert, die mit den Auswirkungen des religiösen Wandels seit dem 4. Jahrhundert zusammenhängen. Damit wurde auch an frühere Tagungen und Vortragsreihen angeknüpft. Von den 27 in Halle gehaltenen Referaten sind im vorliegenden Band 22 gedruckt worden. Der Beitrag von Robert Born zur Christianisierung der spätantiken Stadt in der Provinz Scythia Minor, dem heutigen Balkanraum, wurde noch ergänzend aufgenommen. Gunnar Brands behandelt einleitend das Thema des Bandes. Er gelangt zu dem Ergebnis, dass weder Archäologen noch Historiker jemals in der Lage sein dürften, eine widerspruchsfreie Geschichte der spätantiken Stadt zu schreiben. Er sieht daher schon einen Erfolg und eine grundlegende Verbesserung, wenn die Forschung in Zukunft nicht mehr von dem „Ende der Stadt“ sprechen würde, sondern die im angelsächsischen Raum für diese Entwicklung weit mehr betonten Begriffe „Kon-

tinuität und Wandel“ übernehmen würde. Die weiteren Aufsätze sind landschaftlich geprägten Themen oder Einzelthemen gewidmet. Achim Arbeiter geht auf die spätantike Stadt auf der Iberischen Halbinsel ein. Born widmet sich dem bereits genannten Balkanraum. Beat Brenk untersucht die Christianisierung der spätrömischen Stadt im östlichen Mittelmeerraum. Peter Grossmann behandelt städtebauliches in Ägypten, Klaus Rheidt Archäologie und Spätantike in Anatolien. Damit sind weite Gebiete des spätrömischen Raumes außerhalb der Betrachtung geblieben, um nur Gallien, Pannonien, Syrien und das nördliche Afrika außerhalb Ägyptens und des Raumes um Hippo zu nennen. Die übrigen Aufsätze des Bandes greifen einzelne Städte auf, so z.B. Franz A. Bauer Ostia, Albrecht Berger Constantinopel, Klaus S. Freyberger Kanatha, Andreas Gutsfeld Hippo Regius, Kenneth Holum Caesarea Palaestina und Hilke Thür Ephesos. Die restlichen Beiträge sind grundsätzlichen Einzelfragen gewidmet: Ortwin Dally untersucht „Pflege“ und Umnutzung der heidnischen Tempel, Wolfram Hoepfner das Ende der Agora. Hans-Rudolf Meier stellt die Frage nach Zentrumsverlagerung, Desurbanisierung und Christianisierung. Karl Leo Noethlichs stellt Baurecht und Religionspolitik im vorchristlichen und christlichen Städtebau der römischen Kaiserzeit dar. Ulrich Real geht der Bedeutung der Bischofsresidenz in den Städten nach. Hans-Georg Severin untersucht die Positionierung der Kirchen in oströmischen Städten, während Bryan Ward-Perkins die Veränderung der heidnischen Tempel zu den christlichen Kirchen aufzeigt und Rainer Warland die spätantike Stadt als Leitbild und Lebensform behandelt.

Der Band zeigt, um die Ergebnisse zusammenzufassen, auf beeindruckende Weise, wie sich die Stadt in der Spätantike auch unter dem Einfluss des Christentums verändert hat. Die Untersuchung ist daher nicht nur für die Spätantike, sondern auch für die früh-

mittelalterliche Forschung von großer Bedeutung. Sie zeigt bei allen Auseinanderentwicklungen in dieser Zeit doch eine Konstante auf, die das Städtewesen im weiteren Verlauf des Mittelalters bewahrt hat, wenn auch die Stadt der Renaissance eine völlig andere als die der Spätantike war.

Immo Eberl, Ellwangen/Tübingen

GÜNTHER SCHMITT / MARTINA FISCHER / GETRUD CLOSTERMANN u.a., *Kulturzentrum Kloster Herbrechtingen, Stuttgart: Konrad Theiss Verlag 2003 (Landesdenkmalamt Baden-Württemberg, Arbeitshefte 16), 183 S., 277 Abb., überw. farbig, 15,- Euro.*

Das Arbeitsheft des Landesdenkmalamtes geht einleitend auf die Probleme „der Umnutzung im Respekt vor dem Denkmalbestand“ (Gertrud Clostermann) und die sich daraus ergebenden Aufgaben der „Sanierung, Restaurierung und Umnutzung“ (Günter Schmitt) für die Baumaßnahmen ein. Günter Schmitt geht auch der Entwicklung von Herbrechtingen von der cella Fulrads von St. Denis bis zum spätmittelalterlichen Stift nach. Die Biographie Abt Fulrads, Karls d. Gr., der hl. Dionysius und Veranus, Friedrich I. Barbarossas und Johann Albrecht Bengels sind Informationshilfen für den fachlich weniger kenntnisreichen Leser. Der Vortrag von Hans Ulrich Götz zur Klostergeschichte anlässlich der Wiedereröffnung 2002 gibt einen Überblick über die Klostergeschichte, den die Zeittafeln von Günter Schmitt nochmals weiter vertiefen. Günter Schmitt hat auch die Baulterungspläne und Situationspläne (Mittelalter, Ist-Zustand) verfasst, denen eine erhöhte Bedeutung zukommt. Er gibt im Anschluss auch eine detaillierte Anlagenbeschreibung wieder, die Fruchtkasten, Prop-

stei, Zwischenbau und (neuen) Erschließungsturm umfasst und zuletzt die Ergebnisse der archäologischen Untersuchungen auflistet. Martina Fischer erläutert die Befunde an Mauerwerk, Fußböden, Fenstern, Türen, Täfern, Putzen und Fassungen. Im Anschluss werden das Nutzungskonzept und die dendrochronologischen Daten erläutert. Als Grundlage für die weitere Beschäftigung mit der Geschichte des Klosters Herbrechtingen und seiner Anlage ist das vorliegende Arbeitsheft ebenso zu werten wie als Protokoll der vorgenommenen Untersuchungen und einzelnen Arbeitsschritte der Renovierung und Restaurierung. Damit ist die Bezeichnung eines Arbeitsheftes zu Recht vergeben worden. Die Untersuchung ist für die Bau- und Klostergeschichte Ostwürttembergs von Bedeutung und dadurch auch ein wichtiges Werk für die Landesgeschichte Südwestdeutschlands.

Immo Eberl, Ellwangen/Tübingen

MICHAEL MATHEUS (Hrsg.), *Stadt und Wehrbau im Mittelrheingebiet, Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2003 (Mainzer Vorträge 7), 132 S., 49 Abb., 19,- Euro.*

Der Herausgeber hat ausgehend von einer Tagung an der Universität Mainz die gehaltenen Vorträge zum Thema des Wehrbaus im Bereich des durch kriegerische Auseinandersetzungen immer wieder bedrohten Mittelrheinraumes im Druck vorgelegt. Die sechs Beiträge des Bandes reichen von der Spätantike bis ins frühe 20. Jahrhundert. Jürgen Oldenstein ist den spätrömischen Militäranlagen in der Nordwestprovinz nachgegangen. Gerold Bönnes behandelt die Mauerbauordnungen im Rahmen der Stadtopographie der Umlandbeziehungen und der Wehrverfassung am Beispiel von Worms, Mainz, Bin-

gen und Speyer. Er kann die in Württemberg im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit nachweisbare Bindung der Umlandgemeinden an die Amtsstadt und deren Unterstützung beim Mauerbau bereits in ähnlicher Form für das hohe Mittelalter sichern und damit ein Feld für weitere Forschungen anstoßen. Diethard von Winterfeld untersucht Stadttore und Stadtmauern und weist auf ihre Gestaltung an zahlreichen Beispielen hin. Gerhard Fouquet widmet sich der Finanzierung und Planung des spätmittelalterlichen Wehrbaus, während Walter G. Rödel die Entwicklung der Stadtmauer zur frühneuzeitlichen Bastion verdeutlicht. Peter Heil schließt den Band mit der interessanten Darstellung der Stadtbefestigungen von Vauban in Belfort und Landau in der Pfalz. Der Band ist ein weiterer, aufschlussreicher Beitrag zur Stadtbefestigung und sollte in Zukunft in der weiteren Diskussion als Beispiel für das Mittelrheingebiet herangezogen werden.

Immo Eberl, Ellwangen/Tübingen

ANJA RIECK, *Frankfurt am Main unter schwedischer Besatzung 1631-1635. Reichsstadt – Repräsentationsort – Bündnisfestung, Frankfurt am Main: Peter Lang 2005 (Europäische Hochschulschriften III/1011), 383 S., 56,50 Euro.*

Die Erfolge der schwedischen Waffen seit 1631 bewahrten viele protestantische Reichsstände vor den drohenden Maßnahmen einer rigorosen Gegenreformation. Neben der Erleichterung über die schwindende Macht des katholischen Kaisers nach der Schlacht bei Breitenfeld trat aber sehr schnell das Bewusstsein für die besondere Problematik, die die militärische und politische Dominanz des schwedischen Königs auch für seine Konfessionsverwandten im Reich mit sich brachte.

Gerade für eine lutherische Reichsstadt wie Frankfurt am Main war die Ambivalenz der Situation in den Jahren zwischen 1631 und 1635 deutlich greifbar. Einerseits gab es die unleugbare konfessionspolitische Übereinstimmung mit der neuen Schutzmacht, andererseits verlangte Gustav Adolf deutliche Zeichen einer praktisch zu erweisenden politischen Loyalität, die für eine sich nach wie vor dem Reich verpflichtet führende Reichsstadt wie Frankfurt nur schwer zu erbringen war. Dies ist die Grundkonstellation, von der die Frankfurter Dissertation ausgeht.

In vier Teilen werden die Jahre der schwedischen Besatzung in Frankfurt aufgearbeitet. Zunächst wird die Funktion der Reichsstadt am Main im politischen System Gustav Adolfs gedeutet. Frankfurt konnte nicht mehr wie in den Jahren zuvor seine Neutralität bewahren; die Reichsstadt akzeptierte ein Protektorat des Königs, der ihr Schutzherr wurde. Dazu gehörte auch, dass in Sachsenhausen eine schwedische Garnison einzog und die Schweden Durchzugsrechte in Frankfurt genossen. Der Status der Reichsstandschaft und das Verhältnis zum Kaiser aber waren damit formal nicht berührt, ein wichtiger Vorbehalt einer Reichsstadt, die die politische Bindung zu Reich und Kaiser letztlich nicht in Frage zu stellen bereit war. Die Pläne, die Gustav Adolf mit Frankfurt hatte, will die Autorin auch auf die Frage hin abklopfen, welche Konzeption für eine politische Neugestaltung des Reiches der König verfolgte. Frankfurt als Ort der Kaiserwahl kam hier eine besondere Bedeutung zu. Dass aber Gustav Adolf, der sich Ende 1631 selbst in der Stadt aufhielt und durch sein öffentlich inszeniertes Verhalten auch politische Zeichen zu setzen beabsichtigte, ernsthaft die Option auf ein Kaisertum erwogen habe, wird in weitgehender Bestätigung der communis opinio bestritten.

Der zweite Teil berührt die Phase nach dem Tod Gustav Adolfs, als Reichskanzler Oxenstierna für die schwedische Politik im

Reich federführend war. Frankfurt hatte als Bündnisfestung des Heilbronner Bundes eine zentrale Funktion für die schwedische Politik im Reich, bis der Prager Frieden das Ende der schwedischen Besatzungszeit einläutete. Im dritten und ausführlichsten Teil richtet sich der Blick auf den Alltag der Besatzungszeit in der Reichsstadt selbst. Thematisiert wird das schwierige Miteinander von Militär und Stadtbevölkerung, die Eingriffe der Besatzer vor allem in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Reichsstadt sowie Konflikte um das Druck- und Pressewesen. Der vierte und letzte Teil wendet sich der Rezeption der schwedischen Epoche Frankfurts zu, greift dazu auf zeitgenössisches autobiographisches Schrifttum der Bürger sowie auf historiographische Reminiszenzen zurück. Darüber hinaus werden auch Beispiele bildender Künste angeführt, vor allem Gemälde der Zeit.

Die Arbeit bietet zur schwedischen Epoche Frankfurts viele Einzelepisoden und Details. Allerdings wird die erzielte Anschaulichkeit durch eine gewisse Beliebigkeit entwertet, die dem eher beschreibenden als analysierenden Duktus der Darstellung einen bisweilen fahrigen Charakter verleiht. Digressionen und Beobachtungen zu abseitigen Phänomenen tun ein Übriges, um den Argumentationsgang zu verwischen. Vergleiche mit anderen Städten des Reiches, die eine vergleichbare Situation zu bewältigen hatten, hätten sicher ein erhellendes Licht auf die Frankfurter Befunde geworfen. Doch über einzelne Seitenblicke auf Nürnberg und Mainz kommt die Arbeit nicht hinaus.

Der erste Abschnitt ist sicherlich der spannendste, angesichts der schwierigen archivalischen Überlieferungssituation in Frankfurt aber auch im Ergebnis wenig überraschende Teil der Arbeit. Ähnliches gilt für den zweiten Abschnitt. Die Beobachtungen zum Besatzungsalltag verlieren durch den mangelnden Anschluss an die praktisch ausgeblendete aktuelle Forschung zu Besatzungsherrschaften und dem Verhältnis be-

waffneter Macht zur „zivilen“ Bevölkerung in der Frühen Neuzeit erheblich an Gewicht. Der vierte Teil ist letztlich zu kurzatmig und vereinigt höchst heterogene Quellengruppen, die eher gesammelt als wirklich ausgewertet werden. Methodisches Rüstzeug ist hier ebenso wenig wie in anderen Partien der Arbeit erkennbar. Festzuhalten ist auch, dass die einzelnen Teile der Arbeit nur oberflächlich miteinander verbunden sind. Die ersten beiden Abschnitte zur schwedischen Reichspolitik und ihren Auswirkungen auf Frankfurt passen zusammen; doch weder der Besatzungsalltag noch die Rezeption der schwedischen Zeit in Frankfurt nehmen den Faden aus den vorangegangenen Partien auf – wodurch die Kohärenz der Studie insgesamt leidet.

Nicht ausgeblendet werden können die handwerklichen Mängel. So taucht „graue“ Literatur im Rang von Referenzwerken auf (Bedürftig, Milger), während Standardwerke und einschlägige Spezialwerke nicht rezipiert wurden, was immer wieder zu Schief-lagen in der Wertung und sachlichen Fehlern führt. Dass Informationen aus dem Internet offenkundig ohne jede kritische Evaluierung herangezogen werden, stimmt genauso bedenklich wie der Umstand, dass diese Nachweise nur in den Fußnoten, nicht aber im Literaturverzeichnis auftauchen. Ob saloppe Formulierungen in der hier zu beobachtenden Häufigkeit nicht doch zu Lasten der Präzision im Ausdruck gehen, ist vielleicht eine Geschmacksfrage, die jeder Leser für sich beantworten muss. Nicht zu diskutieren ist aber das Ärgernis im Schriftbild, dass nämlich immer wieder der erste Buchstabe gesperrt vom Restwort gesetzt ist – ein Fehler, der sich über das gesamte Werk hinzieht und kaum durch einen Gewöhnungseffekt aufgefangen werden kann.

Dem Resümee zufolge sei Frankfurt niemals schwedisch gewesen, da die Stadt nicht erobert worden sei und sich auch nicht unterworfen habe. Präzisierenderweise sollte

man anfügen, dass die Reichsstadt die heikle Situation, sich politisch zwischen Schweden und dem Reich entscheiden zu müssen, durch einen diplomatischen Balanceakt glänzend bewältigt und auch die Zeit der Besatzung alles in allem gut überstanden hat. Für diese Feststellung benötigt man aber kaum die beiden zeitgeschichtlichen Vergleiche zum Einmarsch der US-Truppen in Frankfurt 1945 und zum schwedischen Anti-Euro-Votum von 2003, mit denen die Arbeit ausklingt.

Michael Kaiser, Köln

ANNETTE FRESE / FRIEDER HEPP / RENATE LUDWIG (Hrsg.), *Der Winterkönig. Heidelberg zwischen höfischer Pracht und Dreißigjährigem Krieg. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung im Kurpfälzischen Museum der Stadt Heidelberg, 21.11.2004 – 27.2.2005, Remshalden: Greiner 2004, 101 S., 37 Abb., 14,- Euro.*

Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz, dem als nur kurzfristig in Böhmen herrschendem König der Spott der Sieger den Beinamen „Winterkönig“ eingetragen hat, war 2003 die bayerische Landesausstellung in Amberg gewidmet. Nach der ehemaligen Residenzstadt der Oberpfalz widmete ihm auch Den Haag, wo Friedrich die Jahre seines Exils verbrachte, eine Ausstellung. In Heidelberg, Hauptstadt der Kurpfalz und eigentlicher Herrschaftsschwerpunkt Friedrichs bis zur Annahme der böhmischen Königskrone, gab es schließlich die dritte museale Veranstaltung, die sich mit dem unglücklichen Pfälzer Kurfürsten beschäftigte.

Das anzuzeigende Begleitbuch zur Heidelberger Ausstellung trägt wie schon der Amberger Katalog ebenfalls den Titel „Der Winterkönig“. Dabei kann und will dieses Werk keineswegs in Konkurrenz zum üppi-

gen Oberpfälzer Unternehmen treten. Einen Katalogteil gibt es nicht, vielmehr werden mit sechs Beiträgen einzelne Aspekte der Geschichte Friedrichs V. und seiner Zeit hervor gehoben. Den Auftakt bilden die Ausführungen A. Freses zum Hof in Heidelberg. Entsprechende Um- und Neubauten in der Residenz, vor allem der sog. Englische Bau für die Kurfürstin Elisabeth Stuart, gaben Heidelberg ein neues Gesicht. Kennzeichnend für die kurfürstliche Hofhaltung wurde ein ausgeprägtes und aufwändiges Fest- und Theaterwesen. Erkennt die Autorin hier noch besondere Vorlieben des Kurfürstenpaares, betont sie mit Blick auf die Porträtsammlungen und besonders die Gartenanlagen des berühmten „Hortus Palatinus“, die Salomonde Caus konzipierte, die herrschaftsrepräsentierende Funktion. Unter dem Stichwort „Musik und Tanz“ greift K. Winkler einen besonderen Aspekt des Hoflebens in Heidelberg heraus. Die englische Hofmusik stellte für Friedrich V. ein prägendes Vorbild dar. Wie sehr er danach strebte, entsprechende Qualität für musikalische Aufführungen auch in der Heidelberger Residenz zu gewährleisten, zeigen seine Bemühungen, vom benachbarten Württemberger Hof Instrumentalisten und Sänger auszuleihen. Bei aller Kürze vermittelt der Beitrag doch anschaulich, welchen Stellenwert musikhistorische Untersuchungen für die Repräsentationskunst der Heidelberger Hofkultur haben – übrigens eine Thematik, die im Amberger Katalog nicht eigens aufgegriffen wird. Die Graphische Sammlung des Kurfürstlichen Museums in Heidelberg mit ihren über 200 Flugblättern steht im Mittelpunkt des Beitrags von Fr. Hepp. Er stellt diesen Quellenfundus vor, indem er die Geschichte Friedrichs V. anhand einiger ausgewählter Flugblätter beschreibt: so den Einzug der Hochzeitsgesellschaft anlässlich seiner Heirat mit der englischen Prinzessin Elisabeth 1613, anticalvinistische und damit auch antipfälzische Strömungen lutherischer Provenienz im Reich noch vor dem böhmi-

schen Abenteuer, die Krönung zum böhmischen König als Akt der Befreiung von der Bedrückung durch die Jesuiten, dann aber auch schon der Spott über den „gewesten Pfaltzgrafen“ und Berichte über den Verlust der rheinpfälzischen Stammlande. Bereits der Amberger Katalog hatte auf die reichhaltige archäologische Überlieferung zur Belagerung Heidelbergs 1622 hingewiesen, wie jüngste Funde vor Augen führen. R. Ludwig weist in dem Kontext auf neue Erkenntnisse zu einigen Bauten Heidelbergs hin, die im Zuge der Einnahme zerstört wurden, so der kurfürstliche Bauhof und die kurfürstliche Hühnervogtei. Daneben tragen aber viele Fundstücke vor allem dazu bei, die materiale Kultur des einfachen Soldaten und den Alltag im Heereslager der Belagerer zu veranschaulichen. M. Junkelmann informiert so sachkundig wie nüchtern über das militärische Handwerkszeug der Soldaten im Dreißigjährigen Krieg; leider fehlt jeder konkrete Bezug zu Friedrich V. oder den Kämpfen im böhmisch-pfälzischen Krieg. Den Abschluss macht ein Beitrag von R. Schreg, der angesichts der Funde der Tillyschen Belagerungsarmee vor Heidelberg grundsätzlich die wachsende Bedeutung der Archäologie als einer Wissenschaft hervorhebt, deren Bedeutung sich keineswegs nur auf paläontologische, antike oder mittelalterliche Zeiten beschränkt, sondern die auch für die jüngere Epochen bis hin zur jüngsten Vergangenheit von immer größerer Relevanz ist.

Wirklich tief gehende Analysen und fundamental neue wissenschaftliche Erkenntnisse bieten die Beiträge kaum. Dafür sind die Texte durchweg zu knapp gehalten und mit nur jeweils wenigen Fußnoten versehen; eher ist ihnen ein essayistischer Charakter zu eigen. Es gelingt ihnen aber, interessante Schlaglichter auf einige Aspekte kurpfälzischer Geschichte im frühen 17. Jahrhundert zu werfen. Zwar wird nicht wirklich klar, warum genau diese Themen aufgegriffen wurden und andere nicht. Doch der durch-

weg positive Eindruck wird dadurch nicht relativiert, vielmehr noch durch die wirklich gute Qualität der Abbildungen verstärkt, die neben den Texten ungeachtet des relativ kleinen DIN-A5-Formats viel Anschaulichkeit und Zeitkolorit vermitteln. Insofern muss sich das Begleitbuch zur Heidelberg Ausstellung als sozusagen „kleiner Bruder“ nicht vor dem großen Pendant aus Amberg verstecken.

Michael Kaiser, Köln

DIRK SCHUBERT (Hrsg.), *Die Gartenstadtidee zwischen reaktionärer Ideologie und pragmatischer Umsetzung. Theodor Fritschs völkische Vision der Gartenstadt, Dortmund: IRPUD 2004 (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung Blaue Reihe 117), 189 S., ill., graph. Darst., Kt., 18,- Euro.*

Die Frage, was zuerst da war: Henne oder Ei, respektive wer die Gartenstadt „erfunden“ hat, wird am Anfang gestellt und am Schluss von Dirk Schubert beantwortet. Zwar erschien Theodor Fritschs „Die Stadt der Zukunft“ schon 1896 und damit zwei Jahre vor „To-morrow A Peaceful Path to Real Reform“ von Ebenezer Howard. Aber die Intentionen, der Erfahrungshintergrund, die gesellschaftspolitische Haltung und die geistige Konditionierung der beiden Verfasser waren derart unterschiedlich, dass gegenseitige Inspiration auszuschließen ist. Um Radialsysteme oder ringförmige Stadterweiterungen zu denken, brauchte man sich nicht. Da gab es andere Vorbilder. Planmäßig angelegte Fabrik-Vororte, über Eisenbahnen mit einer Zentralstadt verbunden, hatte schon der legendäre Victor Aimé Huber 1848 in „Die Selbsthilfe der arbeitenden Klassen durch Wirtschaftsvereine und innere Ansiedlung“ ins Auge gefasst. Und er konnte sich

wiederum auf Ideen von Zeitgenossen stützen.

Insofern besaß es Konsequenz, dass Fritschs Vision einer Siedlungsreform von den Exponenten der Deutschen Gartenstadtgesellschaft schlichtweg übergangen wurde. Der eine, Howard, vertraute auf die Kraft der Vernunft und auf die Fähigkeit von uns Menschen, unsere Welt gut zu gestalten. Er wollte Gleichheit und gerechte Verteilung der Güter. Der andere, Fritsch, agierte als „völkischer Prophet“, der mit der Siedlungsbewegung eine deutsche, nationale und rassische Erneuerung anstrebte. Seine „Stadt der Zukunft“ bebildert schlechterdings eine Utopie „von rechts“. Sie ist immer im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen in Fritschs „Hammer-Verlag“ zu sehen, einer der zentralsten Produktionsstätten antisemitischen Schrifttums in Deutschland. Soweit zu den eindeutigen Differenzen.

Theodor Fritsch war ein freiberuflich tätiger Ingenieur, der berufsständisch dachte und gegen den Liberalismus agitierte. Er war Verfasser eines „Handbuchs der Judenfrage“ und wurde 1938 posthum von den Nationalsozialisten mit dem Adlerschild des Deutschen Reiches ausgezeichnet. Schon seit den 1890er Jahren unterstützte er Projekte der völkischen Siedlerbewegung. Dirk Schubert nennt die handelnden Personen und bewertet verschiedene Projekte. Und genau in solchen Siedlungen wurden die Grenzen zwischen progressivem Reformansatz und regressiver völkischer Vision durchlässig. Damit erschließt sich auch Dirk Schuberts Absicht: Es geht viel weniger darum, die aufklärerische Haltung von Ebenezer Howard bzw. der englischen oder deutschen Gartenstadtgesellschaft zu betonen, als vielmehr darum, den Brückenschlag ins „Geisterreich der Reaktion“ aufzudecken, der unter der Vereinnahmung von Reformansätzen geschah. Das Buch zielt auf präzisere Unterscheidungen hinsichtlich Intention und ideologischem Kontext, und es richtet sich ge-

gen bequeme – und gefährliche – Selbsttäuschungen. Schubert schreibt selbst „Die Intention ist nicht, wie dem Verfasser bereits unterstellt wurde, den sozialreformerischen Protagonisten der deutschen Gartenstadtbewegung pauschal eine Nähe zu völkischem oder rassistischem Gedankengut zu unterstellen und ihre Absichten zu diffamieren. Es geht nicht darum, deren hehre Absichten in Abrede zu stellen. Aber städtebauliche Visionen sind häufig ambivalent, nicht resistent gegen ihre Vereinnahmung, Verfremdung und Instrumentalisierung.“ Wer dies vergisst, kann in Gefahr geraten, sich die falschen Vorbilder zu suchen.

Renate Kastorff-Viehmann, Dortmund

GEORG MÖRSCH, *Denkmalverständnis. Vorträge und Aufsätze 1990–2002*, Zürich: Hochschulverlag ETH, 2005, 208 S., zahlr. Abb., 53,- Euro.

Es ist nur scheinbar paradox, dass die 1970er Jahre als hohe Zeit des Bauwirtschaftsfunktionalismus, zugleich aber als Dekade der Denkmalpflege gelten. Dem liegt vielmehr eine gewisse Logik zugrunde. Nachdem Alexander Mitscherlich sehr folgenreich die „Unwirtlichkeit der Städte“ konstatiert hatte, kam den Denkmalen eine neue gesellschaftliche Bedeutung zu: Sie wurden gleichsam zu Trägern emanzipatorischer Postulate gegen eben diese Unwirtlichkeit. Bürgerbewegungen setzten sich erfolgreich gegen Abbruch und Auskernung von Altbauten zur Wehr; Gründerzeit und Historismus wurden wieder entdeckt, ihre Wohnbauten neu geschätzt. Eine adäquate historische Verankerung gilt seither als unentbehrlich für die Ausbildung von baulicher Identität. Georg Mörsch ist ein Herold dieser Entwicklung. Er hat seit 1980 als Hochschullehrer an der

ETH Zürich dem Denkmalschutz in der Ausbildung der Architekten Gewicht verliehen, zudem in zahllosen Vorträgen und Aufsätzen für sein Anliegen geworben. Anlässlich seiner jüngst erfolgten Emeritierung wurde nun eine Sammlung seiner Arbeiten aus den Jahren 1990–2002 publiziert.

„Denkmal“ wird seit Ende des 19. Jahrhunderts – in unverkennbar juristischer Diktion – definiert als Gegenstand von Menschenhand, an dessen geschichtlichen Spuren ein gesellschaftliches Erhaltungsinteresse geltend gemacht wird. Mörsch nun interessieren alle Substantive gleichermaßen; er ist kein apologetischer „Bewahrer“, der nichts als sein Anliegen kennt. Vielmehr erweist er sich als Stichwortgeber für eine umfassende Debatte. Manch unorthodoxe und unbequeme Einsicht schreibt er seinen Zeitgenossen ins Stammbuch. Den Nachbarhistorischer Denkmäler, wie etwa das Knochenhaueramtshaus in Hildesheim, das Leibnizhaus in Hannover oder den Frankfurter Römer, bezeichnet er unverblümt als „pervers“. Den „gelernten“ Kunsthistorikern seiner Profession hält er vor, dass sie oftmals „statt der verantwortungsvollen Bewirtschaftung der verwundeten Reste ihre kunsthistorischen Rekonstruktionsgelüste im Sinn hätten“. Dass er Rekonstruktion für zerstörerisch hält: daran lässt er nicht den Hauch eines Zweifels. Womit er zugleich eine entschiedene Antwort auf die Gretchenfrage des Meisters liefert.

Sein Appell, „dass auch die anonymen materiellen Spuren der Geschichte unsere Beachtung und Pflege verdienen, da auch in ihnen Erkennbarkeit, Unverwechselbarkeit und Identität sich manifestieren“, wird all jene kaum begeistern, die sich angesichts des aktuellen Drucks auf die Profession nur zu gern auf die etablierten und gesellschaftlich anerkannten Denkmalfelder zurückziehen: Barocke Schlösser, mittelalterliche Burgen oder historische Altstädte sind ungleich leichter unter Protektion zu stellen als beispiels-

weise karg anmutende Reihenhäuserzeilen, moderne Verkehrsbauwerke oder industrielle Relikte. Auf Denkmale indes, die „nur wegen ihrer uns heute erschließbaren Schönheit erhaltenswert“ seien, lässt sich die Aufgabe – auch wenn es die breite Öffentlichkeit so sehen mag – mitnichten reduzieren. Nicht minder suggestiv ist seine Frage, ob Denkmale altern dürfen. Denn die Spuren des Alterungsprozesses, von Beschädigungen und Reparaturen zu bewahren, ist Teil des Kernauftrags einer verantwortungs- und damit geschichtsbewussten Denkmalpflege. Dass diese Banalität zur Sprache gebracht wird, macht indes deutlich, wie sehr die Alltagspraxis hier möglicherweise andere Wege geht. „Jede Zeit verändert oder verwirft Teile des Ererbten, jede Zeit fügt ihr Neues hinzu, das heißt, kulturelle Identität bilden wir ebenso aus dem, was wir bewusst oder unbewusst erben und verarbeiten, wie aus dem, was wir selbst zu solcher geformter Umwelt dazutun.“ Und weil sich dies so ohne weiteres nicht erschließt, muss Denkmalpflege für ihre Sache, so sein Fazit, wohl noch überzeugender werben.

Bei aller darin wurzelnden Malaise offenbart sich Mörsch als entschiedener Befürworter einer engen Kooperation namentlich mit der Architektur; und die einzig adäquate Deutung des Diktums von der „schöpferischen Denkmalpflege“ sieht er darin, dass „in der Begegnung mit dem Denkmal als authentischem Dokument der neue architektonische Eingriff schöpferisch lesbar zu machen sei“. Die Nicht-Imitierbarkeit des Denkmals und das klar erkennbare Miteinander von Neu und Alt sind für ihn zwei Seiten derselben Medaille. „Die Offenheit der Begegnung von Alt und Neu verbietet der Denkmalpflege grundsätzlich, die Gestalt von Neubauten mit ähnlicher Eindeutigkeit durchsetzen zu wollen wie die Erhaltung der Substanz.“ Insbesondere Hans Döllgasts Oeuvre in München dient ihm da als stupende Reverenz. Gleichwohl müssten die Architekten ihre – subjek-

tiv und psychologisch vielleicht nachvollziehbaren – Ressentiments gegenüber deren vermeintliche Gegnerschaft ad acta legen: Denkmalpflege sei weder als Angriff auf ihre künstlerische Freiheit, noch überhaupt als zentrale Restriktion gegen das Neue zu begreifen. Tatsächlich stellt Mörsch vernehmlich die Frage, ob die Architektur noch bereit sei, gesellschaftliche Bindungen als verbindlichen Rahmen ihrer Tätigkeit zu akzeptieren, und ob sie nicht die Möglichkeiten formaler Gestaltung krass überschätzten. Jenseits dessen weiß er aber ihre Kreativität zu schätzen – wie augenscheinlich auch das Vermächtnis der klassischen Moderne respektive die entschiedene Zeitgenossenschaft der Baukunst, denn nichts scheint ihm so zuwider wie der „dümmlische Taumel eines sinnentleerten Historismus“. Aus Mörsch Warte wäre die Denkmalpflege entschieden falsch beraten, wenn sie sich allein auf die Vergangenheit ausrichtet. Denn das Bild der historischen Stadt „lässt sich nicht als direktes Planungsinstrument für die Stadt der Zukunft verwenden, gleichsam auf die Nebelwand der Zukunft als Diapositiv projiziert, das man nachzeichnen könnte“. Er sieht ihre Aufgabe darin, als strategisches Element im künftigen Baugeschehen zu fungieren. Sei sie doch für eine behutsame Entwicklung der europäischen Stadt letztlich ebenso unverzichtbar wie für einen nachhaltigen Umgang mit den begrenzten Ressourcen.

Das Buch gliedert sich in vier sehr sinnige, wenngleich nicht auf den ersten Blick einleuchtende Abschnitte: „Alte Themen – noch immer und immer wieder“ ruft nochmals die kulturellen Grundsätze und die historischen Gefechtsstände ins Gedächtnis, die seit John Ruskin und Georg Dehio stets aufs Neue diskutiert werden, nach wie vor indes streitwürdig sind: „Der Denkmalpfleger und die Architekten“ beleuchtet einen so konfliktträchtigen wie fruchtbaren Gegensatz ; „Denkmalpflege und Stadt“ widmet sich der vermutlich für die weitere Zukunft entschei-

denden Kontextebene, nämlich den Rahmenbedingungen abstrakteren Zuschnitts; und „Neue Themen – neue Konsequenzen“ schließlich versteht sich als eine Art Seismograph für künftige Fragestellungen. Dass es sich um einen insgesamt empfehlenswerten, zudem ansprechend gestalteten Band handelt, ist weniger seinem Neuigkeitswert oder seiner wissenschaftlichen Gründlichkeit, sondern vielmehr seiner Prägnanz und Meinungsfreude geschuldet. Die vorliegenden neunzehn Aufsätze und Vorträge bilden einen so knappen wie profunden Überblick zu einem Thema, das zwar in aller Munde ist, aber kaum je in den Köpfen und Herzen verankert. Bedingt durch die unmittelbare Aneinanderreihung mag zwar mancher Argumentationsbaustein – in der Wiederholung – etwas gebetmühlenartig daher kommen. Aber die Lektüre ist schon deswegen ein Gewinn, weil notwendige Grundsatzüberlegungen in der Hektik des denkmalpflegerischen Alltags notgedrungen oftmals zu kurz kommen. Darüber offenbart sie sich streckenweise auch als ein recht „süffiges“ Vergnügen. Das lässt sich beileibe nicht von allen Fachbüchern sagen.

Robert Kaltenbrunner, Berlin

KAI F. HÜNEMÖRDER, *Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950-1973)*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2004 (*Historische Mitteilungen Beiheft* 53), 387 S., 54,- Euro.

Die globale Gefährdung der natürlichen Umwelt rückte in den frühen siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts in das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit. Die Veröffentlichung der Studie des Club of Rome über „Die Grenzen des Wachstums“ 1972 und die Ölkrise im Herbst 1973 waren wichtige Mei-

lensteine für die ökologische Bewegung und die Entstehung einer verstärkten Sensibilität für umweltpolitische Themen in Westdeutschland. Die Ursache für die globale Umweltkrise bildete die rasche technische und ökonomische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg, die zu einer erheblichen Zunahme der Umweltbelastungen führte. Für die Umweltpolitik und den öffentlichen Umweltdiskurs waren die 1950er und 60er Jahre eine Umbruchzeit, die schon seit einiger Zeit das Interesse der Umweltforschung erregt hat. Kai Hünemörder sieht darin die „entscheidenden Jahre, in denen sich das regionale Unbehagen Bahn brach und das Bewusstsein von den Grenzen des Wachstums den ‚Fortschritt‘ als entscheidende Denkkategorie der Neuzeit ins Wanken brachte“ (S. 11).

Die Kieler Dissertation befasst sich vor allem mit dem Wahrnehmungs-, Diskussions- und Politisierungsprozess der „Umweltkrise“ in der Bundesrepublik Deutschland. Hünemörder verweist einerseits auf die wachsende Besorgnis über Luft- und Gewässerverschmutzungen in den Industriestädten. Eine Vorreiterrolle besaß dabei das Ruhrgebiet, wo das Problem der Schadstoffemissionen schon 1961 zur Forderung Willy Brandts nach einem „blauen Himmel über der Ruhr“ führte. Andererseits werden auch die Anstöße „von außen“ ausführlich behandelt, vor allem die Aktivitäten internationaler Organisationen sowie die Erfahrungen in den USA, von denen die deutsche Bundesregierung profitierte. Gerade der internationale Austausch spielte, wie Hünemörder zeigt, eine maßgebliche Rolle für die Formierung der Umweltpolitik in der sozialliberalen Ära. Zu den besonderen Stärken der Arbeit gehört, dass sie ihr Thema in den Kontext des zeitgenössischen Zukunftsdiskurses und der Krisenstimmung von 1972/73 stellt. Sie bezieht auch Zeitungen, Zeitzeugeninterviews, Meinungsumfragen und Manuskripte von Radio- und Filmbeiträgen als Quellen mit ein und wird damit der zentralen Rolle der Medien

in der gesellschaftlich-politischen Auseinandersetzung jener Jahre gerecht.

Das Buch bietet eine sehr gute Orientierung über die Umweltpolitik und den ökologisch motivierten Bewusstseinswandel in der Bundesrepublik bis zum Anfang der 1970er Jahre. Anzumerken wäre, dass es sich bei den im Quellenverzeichnis „Bestände“ genannten Signaturen des Bundesarchivs um Akkordtitel handelt. Künftige Forschungen müssten über das nordrhein-westfälische Beispiel hinaus, das vielleicht nicht typisch war, auch andere Regionen in den Blick nehmen. Speziell im Bundesarchiv wären die Überlieferung der früheren Bundesanstalt für Naturschutz und Landschaftspflege und des Instituts für Wasser-, Boden- und Lufthygiene sowie der Nachlass Günter Hartkopf mit einzubeziehen.

Michael Wettengel, Ulm

FRANK UEKÖTTER, *Von der Rauchplage zur ökologischen Revolution. Eine Geschichte der Luftverschmutzung in Deutschland und den USA 1880-1970*, Essen: Klartext Verlag 2003 (Veröff. des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A, Darstellungen 26), 637 S., 74,90 Euro.

Die Luftverschmutzung gehört bis heute zu den größten ökologischen Problemen moderner Städte; die Auseinandersetzung mit Schadstoffemissionen hat jedoch eine lange Geschichte. Mit der Bielefelder Dissertation von Frank Uekötter liegt nun ein Standardwerk zur Geschichte des Kampfes gegen Luftverschmutzung in zwei wichtigen Industrienationen, Deutschland und den USA, vor. Beginn und Ende des Untersuchungszeitraums bilden dabei keine scharfen Zäsuren. 1880 steht für Hochindustrialisierung und Urbanisierung, 1970 für den Beginn einer

dem Anspruch nach „neuen“ Umweltpolitik, gekennzeichnet durch den Clean Air Act in den USA (1970) und das westdeutsche Bundesimmissionsschutzgesetz (1974). Uekötter steht dem Anspruch eines umweltpolitischen Wendepunkts dabei durchaus kritisch gegenüber und betont gerade für Deutschland die Kontinuitäten. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen die Handlungsstrategien und die Interaktionen der unterschiedlichen Akteure, wobei politikwissenschaftliche Theorieansätze zur Erklärung herangezogen werden. Auf die Wahl von einzelnen Beispielstädten verzichtet Uekötter. Stattdessen arbeitet er anhand einer Vielzahl von Einzelfällen nationale Charakteristika heraus, wobei sich der vergleichende Ansatz als besonders fruchtbar erweist.

Die Arbeit widmet sich vor allem drei Problembereichen, den Rauch- und Rußemissionen, den durch saure Gase verursachten Vegetationsschäden und den Autoabgasen. Eine beeindruckende Menge von Quellen wurde intensiv ausgewertet. So weist das Quellenverzeichnis Archivalien aus fast hundert deutschen und amerikanischen Archiven nach. Doch nicht nur der Fleiß Uekötters, auch die Ergebnisse seiner Arbeit, die hier nur beispielhaft gewürdigt werden können, sind bemerkenswert. Die Studie belegt für den Untersuchungszeitraum unterschiedliche Regierungsstile beim Umgang mit Emissionen – einen von behördlicher Mediation gekennzeichneten deutschen Weg und eine durch öffentliche Initiative und Diskussionen geprägte Praxis in den USA, wo auf diese Weise oft Kompromisse zwischen den Beteiligten erzielt werden konnten. Gleichwohl gab es auch regionale Sonderfälle, wie am Beispiel des Ruhrgebiets und von Los Angeles gezeigt wird. Mit einseitigen Schuldzuweisungen, etwa gegen Unternehmer, räumt die Studie ebenso auf wie mit dem Bild des Kampfes um Luftreinheit als einer Geschichte des Scheiterns, dem Beispiele erfolgreicher Problembewältigungen entgegengehal-

ten werden. Die Arbeit belegt die Bedeutung von strukturellen Rahmenbedingungen: So erwies es sich für die Luftreinhaltung in deutschen Großstädten des Kaiserreichs als hinderlich, dass sich die stark Rauch produzierenden Elektrizitätswerke häufig in kommunaler Trägerschaft befanden.

Uekötter bettet seine Analyse in eine – gelegentlich etwas allzu kritische – Auseinandersetzung mit der umwelthistorischen Forschung ein. Die Thesen Uekötters sind zwar nicht selten kontrovers, jedoch stets anregend. Dieses Buch bildet eine wichtige Grundlage nicht nur für künftige Arbeiten zur Umweltgeschichte, sondern auch für stadtgeschichtliche Forschungen.

Michael Wettengel, Ulm

WOLFGANG KIL, *Luxus der Leere. Vom schwierigen Rückzug aus der Wachstums-welt*, Wuppertal: Müller + Busmann 2004, 160 S., zahlr. Abb., 24,- Euro.

Die Zeichen von produktivem Fortschritt werden weiter gepflegt, auch wenn ihre Grundlage längst verschwunden ist; in Hoyerswerda verweist ein Bauschild auf etwas Neues: „Hier entsteht 1 Wiese“. Der Berliner Architekturkritiker Wolfgang Kil hat sich schon seit langem einen Namen gemacht, indem er die Dinge genau beobachtet und weiter denkt, als andere. In dem nun erschienenen ausführlichen Essay „Luxus der Leere“ nimmt er die Veränderungen in Ostdeutschland in den Blick, mithin einer Region, die in vierzig DDR-Jahren einer massiven Industrialisierung und Verstädterung unterzogen wurde, seit fünfzehn Jahren aber de-industrialisiert wird und sich damit entleert: Einwohnerverluste von 30 Prozent der Bevölkerung sind für ostdeutsche Städte nicht außergewöhnliches mehr und hier geht

es nicht nur um die Beschreibung der Folgen, die dies für die Städte mit sich bringt, sondern auch um die Folgen für die Sesshaft bleibenden, die mit diesen Folgen leben müssen. Zunächst einmal ist der Band aufschlussreich für Leser, die in Wachstumsregionen leben, denn die Beschreibungen von Leipzig, Halle-Neustadt, Hoyerswerda und Görlitz sind plastisch, mit Daten gut unterlegt und durch zahlreiche eindrucksvolle Fotografien mehr als ergänzt. Der extreme, fast flächendeckende, durch Geburtenrückgang und Wegzug verursachte Bevölkerungsverlust in Ostdeutschland verursacht nicht nur „schrumpfende Städte“, wie es im aktuellen Diskurs heißt, sondern in jeder Hinsicht „perforierte Städte“ (S. 141). Bevölkerungsverluste werden nicht nur durch den Abriss von überflüssig gewordenen Stadtrandsiedlungen des industriellen Wohnungsbaus nachholend kompensiert, sondern zeigen sich auch in den Zentren: Fabrikareale verkommen, werden bestenfalls abgerissen, Wohnungen in bevorzugten Innenstadtlagen sind unvermietbar, weil es an Bewohnern fehlt oder sie für die Zurückbleibenden zu teuer sind, wie am Beispiel des wunderschönen und weitgehend sanierten Görlitz deutlich wird. Dass die speziell für die wirtschaftlichen Bedarfslagen der DDR konzipierten Neuen Städte Hoyerswerda und Halle-Neustadt besonders betroffen sind (gleiches gilt auch für Schwedt und Eisenhüttenstadt), verwundert nicht; was Kil deutlich macht, ist etwas anderes: es gibt keine Nutzungsalternativen mehr. Während das von De-Industrialisierung betroffene Oberhausen seine durch Schließung der Gutehoffnungshütte entstandene innerstädtische Brache noch durch den Bau eines Einkaufs- und Erlebniszentrums zu kompensieren suchte, entsteht in Hoyerswerda eben „1 Wiese“. Die Einkaufszentren im Grünen sind bereits entstanden, Käufer gibt es immer weniger, und Kaufkraft bei Erwerbslosenzahlen um die 20 Prozent schon gar nicht.

Dies alles konstatiert Kil, ohne darüber

zu lamentieren. Seine Kritik setzt an den Schwierigkeiten der Architektur und Stadtplaner an, sich vom Wachstumsdenken zu verabschieden, die Entleerung mit sozialer Phantasie und Verantwortlichkeit zu begleiten, „soziale Krisenkompetenz“ (S. 109) zu entwickeln. Von den Konkurrenten am Wohnungsmarkt, den Wohnungsbaugesellschaften, fordert er ein koordiniertes Vorgehen und einen am allgemeinen Wohl orientierten Umgang mit öffentlichen Fördermitteln, die den Abriss begleiten, um aus dem notwendigen Abriss eine sinnvolle neue Stadtstruktur zu erreichen. Drittens fordert er von den verbleibenden Bewohnern mehr Aktivität in dem Bewusstsein, sich auf Dauer in neuen Verhältnissen einrichten zu müssen. Seine Hinweise auf eine erneute kulturelle Aneignung der entstehenden perforierten Stadt (wie sie auch die Ausstellung „schrumpfende Städte“ an verschiedenen internationalen Beispielen vorgeführt hatte) sind sympathisch, erscheinen aber angesichts einer im Leitbild Arbeit sozialisierten und auf möglichst kontinuierlichen Erwerb angewiesenen Gesellschaft nicht tragfähig. Temporäre Künstlerische Projekte wie in Hoyerswerda, Berlin-Hellersdorf oder Halle-Neustadt, S. 119 ff.) ersetzen keinen Lebensentwurf, schaffen noch nicht einmal eine neue „symbolische Ortsbindung“.

Wolfgang Kils sensible Beobachtungen der Entwicklung in Ostdeutschland lassen den Leser ratlos zurück. Sein Vorschlag, dem überall vorhandenen Rückbau, dem Abriss von Wohnungen und ganzen Stadtvierteln mit Gelassenheit zu begegnen und in ihm vor allem die Chance für einen Wandel von Leitbildern und Lebensentwürfen zu sehen, fällt schwer. Dazu bedarf es wohl zunächst der Einsicht, dass eine dem bisher dominierenden Fortschrittsoptimismus entsprechende individuelle Lebensplanung nun ebenfalls korrigiert werden muss. Von der Erwerbsbiographie zum (bestenfalls) patchwork-Lebenslauf? Dies würde bedeuten, der anhaltenden

Erwerbslosigkeit ebenfalls gelassen gegenüberzutreten und die entstandene freie Zeit zu nutzen, in den sich entleerenden Regionen etwas Neues zu schaffen. Die Grundlagen dazu, etwa ein „Bürgergeld“ und eine notwendige Dichte kreativer Gleichgesinnter in diesen Regionen, sind aber noch nicht oder nicht mehr vorhanden. Insofern haftet Kils Vorschlag zur Entwicklung alternativer Lebensweisen, einer „Entschleunigung-Initiative-Ost“ (S. 137) etwas sympathisch Radikales, aber auch etwas Verzweifelteres an. Immerhin: die Alternative wäre lediglich Wegzug. Das, was im Osten als Folgen eines Strukturbruchs zu sehen ist, könnte im Westen über einen längeren Zeitraum auch als Folge eines Strukturwandels entstehen, darauf weist Kil explizit hin. Die demographischen und wirtschaftlichen Prozesse sind im Kern die gleichen, nur ihr Tempo ist ein Anderes. Insofern ist Kils Beitrag zur entstehenden Leere ein Anstoß, in die Zukunft zu denken, überall.

Andreas Ludwig, Eisenhüttenstadt/Berlin

MATTHIAS BOECKL (Hrsg.), *Stadt-Umbau / Urban Conversion. Recent International Examples*, Wien: Springer Verlag 2003 (EDITION architektur. aktuell 4), 172 S., zahlr. Abb., 49,80 Euro.

Unter dem Label „Stadtumbau“ werden vielfältige Strategien und Konzepte zusammengefasst, Städte zu modernisieren, sie veränderten Anforderungen im Kontext der Globalisierung anzupassen. Städte sind dynamische Siedlungsformen, die einem ständigen Strukturwandel unterworfen sind. Globalisierung ist auch für die Städte nicht ein, sondern das entscheidende Strukturprinzip an der Jahrtausendwende. Globalisierung impliziert

dramatische ökonomische Strukturbrüche, gesellschaftliche Folgen und Konsequenzen für die Städte. Sie wird häufig als radikalste Form von Modernisierung beschrieben. Globalisierungsschübe hat es auch schon vor dem 20. Jahrhundert gegeben, neu sind aber Umfang, Form und die Unrevidierbarkeit. Die Globalisierung beschleunigt den räumlichen Strukturwandel und Differenzverstärkungen in und zwischen den Städten. Der Herausgeber will mit dem Band einen Beitrag zu städtebaulich-architektonischen Aspekten der Globalisierungsdebatte leisten. Stadtumbau wird als eine globale Notwendigkeit verstanden. Die Transformation der Städte ist in den Beiträgen auf unterschiedlichen Ebenen mit „Tiefbohrungen“ belegt: vom Umbau ganzer Stadtviertel bis hin zu einzelnen Bauinterventionen reichen die Beispiele. Nach dem Überblicksartikel von Harald Bodenschatz wird mit Fallstudien über London, Rotterdam, München, Melbourne, New York, Waidhofen/Ybbs, Innsbruck und Graz die Vielfalt der Umbau- und Umnutzungskonzepte belegt.

Der städtischen Ebene „vor Ort“ kommt die Bedeutung zu, die Folgen der globalisierungsbedingten Umbauprozesse auf lokaler Ebene zu regulieren, zu unterstützen, zu modifizieren und aufzufangen. Globalisierung ist dabei kein Prozess, der sich in Regionen und Städten einheitlich durchsetzt und Uniformität erzwingt – wie die Fallstudien in dem Band illustrieren. Es geht um die Dialektik lokaler und globaler Kräfte, zeitliche und räumliche Konstellationen, die der Globalisierung auf lokaler Ebene ein Gesicht geben. Die „alte Stadt“ ist Erbe und Last, aber auch Chance für Erneuerung. Stadtumbau greift somit in den Bestand, bestehende Strukturen, Eigentumsverhältnisse und Rechte ein. Auch zukünftig werden vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung eher Aufgaben des Stadtumbaus als des Neubaus im Zentrum der Stadtplanung stehen, mehrfache Nutzungswandel und Fehler-

freundlichkeit der Planung sind gefragt. Die Vermarktung der Stadt und der Vorhaben des Stadtumbaus ist inzwischen ein integraler Bestandteil der Stadtpolitik. „Die“ Stadt wird zur Fiktion; Stadtquartiere werden zu Kulissen. „Die Stadt“ gibt es nicht mehr; sie besteht vielmehr aus Inseln von Sozialwohnungsquartieren, Ausländervierteln, Luxuswohnseln, Urban Entertainment Centern, Shopping Malls und Central Business Districts. Globalisierung als Gemisch aus Politiklosigkeit und Planungslosigkeit erzeugte immer Gesichtslosigkeit. Stadtumbau und Stadtplanung sind zugleich gesellschaftliche Steuerungsprozesse die soziale Gestaltungen implizieren. Es wird darauf ankommen, mit Stadtumbauprojekten eine Balance zwischen lokaler städtischer Identität und globalem Image für die Städte zu finden. Nur so können wir mit Instrumenten von gestern, Probleme von heute angehen und Städte für morgen bauen. Städte werden auch zukünftig eine zentrale Rolle bei der gesellschaftlichen Entwicklung spielen. Sie waren, sind und werden anpassungsfähige Systeme, Kristallisationspunkte und Motor für wirtschaftlichen sozialen und kulturellen Wandel. Städtebau war immer im Wandel. Stadtumbau ist dabei ein integraler Bestandteil. Die Stadt ist nie fertig; ständiger Wechsel und ständige Innovationen sind Wesensmerkmal des Städtischen. Stadtumbau ist ein schwieriger Spagat, Beseitigung des alten und Schaffung des (besseren) neuen.

Leider bietet der Band keine „akzentuierte Auswahl des Instrumentariums des Stadtumbaus“, wie es im Vorwort heißt. Dazu wären Ausführungen zu Planungsrecht, Planungskulturen, Finanzierung, Akteurskonstellationen und zu Governance-Strukturen als Hintergrundfolie erforderlich gewesen. Zudem müssten unterschiedliche Konzepte des Stadtumbaus vor dem Hintergrund von wachsenden, stagnierenden und schrumpfenden Städten und von industrialisierten, Schwellen- und „Entwicklungs“-Ländern

kontextualisiert werden. Stadtumbau ist zunächst ein stadtplanerisch-städtebauliches Thema, dass unterschiedliche Ebenen und Konzepte von Interventionen impliziert. Zur Darstellung dieses Zusammenhangs sind keine Fassadendetails und Abbildungen mit baukonstruktiven Darstellungen von Stadtumbauvorhaben erforderlich. Übersichtspläne hingegen werden vermisst, die eine Einordnung der Stadtumbaumaßnahmen in den gesamtstädtischen Kontext ermöglichen. Einige Abbildungen haben keine Bildunterschriften, andere wiederum sind vertauscht (S. 19). Eine Fokussierung auf einzelne Aspekte des Stadtumbaus (thematisch, räumlich) wäre ertragreicher gewesen. Während einige Beiträge wissenschaftlich ambitioniert mit Literaturhinweisen verfasst wurden, sind andere eher als Werkberichte von Architekten zu werten. Da die Beiträge zudem mit sehr unterschiedlichen Schwerpunkten verfasst wurden, ist ein teilweise schön bebildeter, aber heterogener Band zum Thema Stadtumbau entstanden.

Dirk Schubert, Hamburg

PETER JOHANEK / FRANZ-JOSEF POST (Hrsg.), *Vielerlei Städte. Der Stadtbegriff, Köln: Böhlau 2004 (Veröff. des Instituts für vergleichende Stadtgeschichte in Münster, Reihe A, 61), 180 S., 13 s/w Abb., 29,90 Euro.*

Die Schriftstellerin Tanja Dückers hat unlängst eine zunehmende „Literarisierung des Politischen“ konstatiert. Dabei scheint es sich durchaus um eine eher grundsätzliche Entwicklung zu handeln, unterliegt doch auch das Städtische seit einiger Zeit einer gewissen Literarisierung. Die Metaphern mehrten sich; Diskurs wird sie genannt, als Sprache oder Schrift wird sie bezeichnet – die Groß-

stadt. Wer sich in ihr bewegt, sei, so wird es suggeriert, eine Art Leser, und sie verfüge wie ein literarischer Text über so viele Interpretationen wie jener Leser habe. Diese Richtung der Erklärung hat berühmte Vordenker zu verzeichnen: Ludwig Wittgenstein versuchte das Phänomen Sprache mit der (antiken) Stadt zu beschreiben. Heute, das wäre festzuhalten, ist die Stadt selbst zum Kommunikationssystem geworden.

In dieser Sphäre operiert auch der vorliegende Band. Dessen Aufsätze erheben den Anspruch einer Interdisziplinarität, der die vor unterschiedlichen fachlichen Hintergründen geführten Diskurse überblendet. Womit der Band sich einreihet in die sich häufenden Versuche einer universalistischen Inhalts- und Wesensbestimmung von „Stadt“. Alle mal birgt der Versuch, diesen komplexen Gegenstand auf einer einhelligen Plattform mit Historie, Ethnologie, Wirtschaft und Soziologie, mit Architektur, Literatur, Kunstgeschichte und Archäologie definitorisch zu verankern, einige Unabwägbarkeiten. Zumal die Herausgeber befinden, dass das gemeinsame Verständnis oft nur ein vermeintliches ist, weil es oftmals innerhalb der Grenzen der eigenen Disziplin verbleibt: „Jede Epoche und jede Kultur hat eben ihre jeweils eigene Stadt und ihr spezifisches Ideal der Stadt. Mitunter sind die Unterschiede so groß, dass der Stadtbegriff geradezu vermieden wird: Umschreibungen wie urbane Ballungsräume oder Verdichtungsräume wollen andeuten, dass mit dem herkömmlichen Stadtbegriff und den mit ihm verbundenen Assoziationen moderne städtische Siedlungsformen erfasst werden können.“

Was die griechische Polis mit dem „Big Apple“, was das beschauliche Biberach mit dem brodelnden Bangkok, das heilige Jerusalem mit dem modernen München verbindet, ist in der Tat kaum zu fassen. Stimmt man mit Lewis Mumford überein und begreift die Stadt, die Metropole als Megamaschine, die sich alles und jedes zueignet und verar-

beitet, dann steht man vor der Frage, inwieweit diese Maschine, bei weiterem Wachstum, funktionsfähig zu bleiben imstande ist. Die Ausdehnung kann nicht unbegrenzt vonstatten gehen, wenngleich viele Agglomerationen in Asien, Afrika und Südamerika das Gegenteil suggerieren. Doch welche prospektiven Erwartungen werden mit solchen Befunden genährt? Selbst die aktuellen Entwicklungen sind inkonsistent, ja oftmals gegenläufig – wie sich an den „global cities“, derer sich Franz-Joseph Post in seinem Aufsatz annimmt, zeigt. Zunehmend sind sie nicht nur polarisiert, sondern ökonomisch fragmentiert und sozial desintegriert. „Swisskong“ nennen die New Yorker dieses Phänomen – der Ort, an dem die Elite eines Landes von mittellosen und hoffnungslosen Landflüchtlings umlagert wird. Die Wohlstandinsel Schweiz einerseits, die Migrantenfluchtborg Hongkong andererseits sind die Pole, zwischen denen das Empfinden oszilliert. Was dem einen als ökonomische Chance erscheint, nimmt der andere als öffentlichen Horror wahr, zum Beispiel die Verwandlung eines kommunalen Raums in ein Büro- oder Geschäftsviertel. Und die „Plazas“ und „Malls“ werden zum Symbol für einen Filterungsprozess.

Die moderne Belletristik hat für die städtische Lebenswelt, insbesondere für ihre metropolitane Spielart, ein besonderes Sensorium entwickelt (Klaus Graber). Gleichwohl macht bereits der kleine Umstand, dass die Bedeutung der ‚Stadt‘ für das Individuum nicht allein dem Augenblick der Wahrnehmung, sondern auch der späteren Erinnerung geschuldet ist, es plausibel, auf dieser grundsätzlichen Ebene anzusetzen. Denn in gewisser Hinsicht ist das, was man Apperzeption nennen könnte, nämlich die Aufnahmebereitschaft für den Glanz reiner Dinglichkeit, Leitfaden des Buches insofern, als seinem Inhalt eine entschiedene Neugier für die Welt der Objekte, für das Phänomen Stadt zugrunde liegt. Und zugleich ein fundiertes

Interesse an ihrer räumlichen, gesellschaftlichen und auch rechtlichen Konstitution. „Einheit und Vielheit der europäischen Stadt“ (Gerhard Dilcher) stellt folgerichtig einen wichtigen Untersuchungsgegenstand dar, aber auch die „Konstruktion und Interpretation mittelalterlicher Stadttypen“ (Franz Irsigler) und die strukturelle Rolle von Kleinstädten (Holger Gräf), die wissenschaftliche Diskussion um die Stadtlandschaften in den USA (Anngret Sims) oder die Genese der „Stadtdefinition“ in der einschlägigen deutschsprachigen Forschung (Alfred Heit). Freilich zwingt das überaus vielschichtige Thema die zehn Autoren eher zum gedankenvollen Umkreisen denn zum entschiedenen Zupacken.

Stadtbilder und -geschichten geben besondere Antworten auf allgemeinere Fragen nach Identität, d.h. danach was Menschen (geworden) sind und gemacht haben. Bestimmte „Globalisierungen“ – im Sinne allgemeiner Tendenzen – gibt es seit der griechischen Antike (über deren „städtische Welten“ Peter Funke referiert). Städte bilden den Widerstreit zwischen Allgemeinplätzen, übergreifenden Strömen und besonderen Räumen ab; sie geben universellen Entwicklungen eine jeweils spezifische lokale Form. So liegt ein Ursprung der in die Moderne hineinragenden Vorstellungen von Politik, Öffentlichkeit und Demokratie in griechischen Stadtrepubliken, besonders in Athen. Die heutigen Konnotate von Stadt sind jedoch immer auch kulturelle: Die Stadt war die Wiege der Demokratie, sie war der mittelalterliche Ort von Sehnsucht, (relativer) Freiheit und Selbstverwirklichung; die Stadt war das Pandämonium in „Metropolis“; und in „Berlin Alexanderplatz“ wurde sie zum topographischen Sinnbild der moralischen Auflösung der Menschen. Bilder und Mythen von der Stadt gibt es ebenso viele wie Städte selbst. Oft suchen sie die Vision von einem besseren Leben: Stadtfucht macht frei.

Ein Lied mit dem Titel „Stadt als Seis-

mograph der Gesellschaft“ von einem interdisziplinären Chor vielstimmig, doch im Einklang gesungen: Diesen eingangs formulierten Anspruch kann das Buch, welches auf eine Tagung in Münster zurückgeht, zwar nicht einlösen. Wohl aber eine überaus notwendige Diskussion in Gang halten. Oder, wie Johanek/Post im Vorwort schreiben: „Ein Gespräch, dessen Ziel nicht der einheitliche Stadtbegriff sein muss und es vielleicht auch nicht sein kann, das aber durch das Aufzeigen von Parallelen und Divergenzen Erkenntnisgewinn verspricht und damit ein besseres Verständnis für die Vielfalt von Stadt.“

Robert Kaltenbrunner, Berlin



32. Jahrgang · 2005

Franz Steiner Verlag

Vierteljahreszeitschrift für
Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Begründet von Otto Borst

Die alte Stadt

Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt
in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme, August Gebeßler,
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Begründet von Otto Borst

Redaktionskollegium:

HANS SCHULTHEISS (Chefredakteur) – Prof. Dr. AUGUST
GEBESSLER (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft
Die alte Stadt e.V.) – Dr. WINFRIED MÖNCH (Bespre-
chungen).

Prof. Dr. HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin, Institut für
Sozialwissenschaften – Prof. Dr. DIETRICH DENECKE,
Universität Göttingen, Geographisches Institut –
Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität Trier, Fachbe-
reich Geschichte – Prof. Dr. TILMAN HARLANDER, Uni-
versität Stuttgart, Institut Wohnen und Entwerfen –
Dr. HELMUT HERBST, Galerie der Stadt Waiblingen –
Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart, Städte-
bau-Institut – Prof. Dr. RAINER JOOSS, PH Schwäbisch
Gmünd, Historisches Seminar – Prof. Dr. URSULA VON
PETZ, RWTH Aachen, Planungstheorie und Stadtplan-
nung – VOLKER ROSCHER, Architektur Centrum Ham-
burg – Prof. Dr. JOACHIM SCHULTIS, Heidelberg – Prof.
Dr. DIETER SCHOTT, University of Leicester, Dep. of
Economic and Social History – Prof. Dr. HOLGER
SONNABEND, Universität Stuttgart, Historisches Insti-
tut.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungs-
exemplare werden an die Redaktionsadresse
erbeten: Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726
Esslingen a.N., Marktplatz 16, 73728 Esslingen a.N.,
Tel.: (0711) 3512 3242,
Fax: (0711) 3512 2418.

Die Zeitschrift *Die alte Stadt* ist zugleich Mitglieder-
zeitschrift der ca. 140 Städte umfassenden Arbeits-
gemeinschaft Die alte Stadt e.V.

Erscheinungsweise: Jährlich 4 Hefte
zu je 88 Seiten

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 78,- Einzelheft EUR 22,-,
jeweils zuzüglich Versandkosten. Vorzugspreis für
Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen
Studienbescheinigung EUR 59,- zzgl. Versandko-

sten. Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet
bestellt, zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündi-
gungen des Abonnements können nur zum Ablauf
eines Jahres erfolgen und müssen bis zum 15.
November des laufenden Jahres beim Verlag
eingegangen sein.

Verlag: Franz Steiner Verlag
Birkenwaldstraße 44, D-70191 Stuttgart; Postfach
101061, D-70009 Stuttgart
Tel.: (0711) 2582-0, Fax: (0711) 2582-408 (390),
Internet: <http://www.steiner-verlag.de>, E-mail:
cfelmik@steiner-verlag.de

Anzeigenleitung (verantwortlich): Susanne
Szoradi (sszoradi@steiner-verlag.de)

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Der
Verlag haftet nicht für unverlangt eingereichte
Manuskripte. Die der Redaktion angebotenen
Originalbeiträge dürfen nicht gleichzeitig in anderen
Publikationen veröffentlicht werden. Mit der
Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor
dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die
Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlos-
sen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung
elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in
Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfälti-
gung und Verbreitung online und offline.
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt. Kein Teil dieser Zeit-
schrift darf außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmi-
gung des Verlags in irgendeiner Form reproduziert
oder in eine von Maschinen, insbesondere von
Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache
übertragen werden.

Druck: Printservice Decker & Bokor, München

© 2005 Franz Steiner Verlag, Stuttgart
Printed in Germany. ISSN 0170-9364



Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

GERD ALBERS, Schrumpfung – Gefahr und Chance für die alte Stadt	294
FRANK BETKER, „Wieder Straßen und Plätze organisieren.“ Institutionen und Erfahrungen in der kommunalen Stadtplanung der DDR	122
HELMUT BÖHME, Städtebau im Wandel. Thesen zur Zukunft der „Alten Stadt“ zwischen öffentlicher Verantwortung und privatem Einfluss	101
KAROLINIE BROMBACH / JOHANN JESSEN, Stadtumbau in englischen Kleinstädten. Das Beispiel Whitehaven	304
PETER GATZWEILER, Stadtumbau – ein neuer Schwerpunkt der Städtebaupolitik des Bundes	285
MATTHIAS HARDINGHAUS, Moderne Stadtentwicklung. Zur Bedeutung kultureller Leitbilder in den USA	28
MARTIN HEINTEL / GERHARD STROHMEIER / GÜNTER DASTL, Nutzungsansprüche und Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum am Beispiel der Neubaugasse in Wien	227
ULRICH HIEBER, Stadtplanung allein führt nicht zur Realisierung. Aufgaben vor, neben und nach der Planung	214
ERNST RAINER HÖNES, Denkmalschutz und Baugesetzbuch des Bundes	246
ZHENYU LI / SHENGLEI HU, Die Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus in Shanghai	154
MARLIES MÖLLER / UWE RICHTER / ANITA TORCHALA, Stadtumbau und städtische Denkmalpflege in Freiberg. Ein Werkstattbericht.	349
THOMAS PRISTL, 40 Jahre Stadtumbau in Kassel. Zur stadtgeschichtlichen Dimension eines aktuellen Planungsthemas	317
BARBARA SCHÖNIG, Zwischen Anti-Sprawl und Sprawl-Supreme. Zivilgesellschaftliche Kampagnen gegen die Zersiedelung der Metropolenregionen in den USA	136
HERBERT SCHUBERT, Empirische Architektursoziologie	1
JAN WILHELM, Eventplanung in der Göttinger Altstadt	330
ESTHER P. WIPFLER, Die Städtegründungen Friedrichs II. von Hohenstaufen in Italien. Eine quellenkritische Studie	185

Forum

HARALD BODENSCHATZ, Botschaften zum Thema Städtebau. Anmerkungen zum Städtebaubericht der Bundesregierung 2004	264
--	-----

Freiberger Resolution zum Stadtumbau in Klein- und Mittelstädten 2005	283
JOHANN JESSEN, Otto-Borst-Preis 2005	164
MIRON MISLIN, Warum beschäftigen wir uns mit Stadtbaugeschichte?	
Kritische Anmerkungen zum 100. Geburtstag von Julius Posener	65
JOACHIM SCHLÖR, Stadt-Bilder. Tagungsbericht „Urban Images and Representations during the 20th Century in Europe and beyond“	76

Reihe „Stadtentwicklung zum Beispiel“

HARALD BODENSCHATZ, Genua – Kulturhauptstadt Europas 2004	48
---	----

Autoren

.....	81, 168, 269, 356
-------	-------------------

Besprechungen

ARMAND BAERISWYL, Stadt, Vorstadt und Stadterweiterung im Mittelalter (<i>Immo Eberl</i>).....	169
LOTHAR BEHR / OTTO HEINRICH ELIAS / MANFRED SCHECK, Geschichte der Stadt Vaihingen an der Enz (<i>Immo Eberl</i>)	180
RUDOLF BENL, Erfurt. Ein spätmittelalterliches Wissenschaftszentrum	
RUDOLF BENL, 250 Jahre Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt (<i>Ulman Weiss</i>)	84
PETER BLICKLE / ANDREAS SCHMAUDER, Die Mediatisierung der ober-schwäbischen Reichsstädte im europäischen Kontext	
HARALD BODENSCHATZ / BARBARA SCHÖNIG, Smart Growth. New Urbanism – Liveable Communities. Programm und Praxis der Anti-Sprawl-Bewegung in den USA (<i>Heike Hoffmann</i>)	175
HARALD BODENSCHATZ / CHRISTIANE POST (Hrsg.), Städtebau im Schatten Stalins (<i>Gerd Kuhn</i>)	274
MATTHIAS BOECKL, StadtUmbau / Urban Conversion. Recent International Examples (<i>Dirk Schubert</i>)	369
GUNNAR BRANDS / HANS-GEORG SEVERIN (Hrsg.), Die spätantike Stadt und ihre Christianisierung (<i>Immo Eberl</i>)	357
NICOLA BRÖCKER / DELINA KRESS, Südwestlich siedeln. Kleinmachnow bei Berlin (<i>Carsten Benke</i>)	173
GERHARD DILCHER, Bürgerrecht und Stadtverfassung im europäischen Mittelalter (<i>Immo Eberl</i>).....	170

NOYAN DINCKAL, Istanbul und das Wasser (<i>Jürgen Hagel</i>)	271
MARK ESCHERICH u.a. (Hrsg.) Erfurt im Mittelalter. Neue Beiträge aus Archäologie, Bauforschung und Kunstgeschichte	82
JÖRG FLIGGE / ALOIS KLOTZBÜCHER, Stadt und Bibliothek. Literaturversorgung als kommunale Aufgabe im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (<i>Immo Eberl</i>)	273
ANNETTE FRESE / FRIEDER HEPP (Hrsg.), Der Winterkönig. Heidelberg zwischen höfischer Pracht und Dreißigjährigem Krieg (<i>Michael Kaiser</i>)	361
JENS FRIEDHOFF, Die Familie von Hatzfeldt. Adelige Wohnkultur und Lebensführung zwischen Renaissance und Barock (<i>Michael Kaiser</i>)	171
ALBRECHT GÜHRING / RÜDIGER KRAUSE / PAUL SAUER (Hrsg.), Geschichte der Stadt Marbach am Neckar (<i>Immo Eberl</i>)	279
KAI F. HÜNEMÖRDER, Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (<i>Michael Wettengel</i>)	365
PETER JOHANEK / FRANZ-JOSEPH POST, Vielerlei Städte. Der Stadtbegriff (<i>Robert Kaltenbrunner</i>)	370
FRANK MATTHIAS KAMMEL, Kunst in Erfurt 1300-1360. Studien zu Skulptur und Tafelmalerei	82
WOLFGANG KIL, Luxus der Leere. Vom schwierigen Rückzug aus der Wachstumswelt (<i>Andreas Ludwig</i>)	367
ANDREAS KÖNIG u.a. (Hrsg.), Höxter. Geschichte einer westfälischen Stadt (<i>Immo Eberl</i>)	89
THOMAS KOINZER, Wohnen nach dem Krieg. Wohnungsfrage, Wohnungs- politik und der Erste Weltkrieg in Deutschland und Großbritannien (<i>Dirk Schubert</i>)	177
DIETMAR KUGLER, Geisterstädte im amerikanischen Westen (<i>Ulrich van der Heyden</i>)	172
ROLF LINDNER, Walks on the Wild Side. Eine Geschichte der Stadtforschung (<i>Karoline Brombach</i>)	91
MICHAEL MATHEUS (Hrsg.), Stadt und Wehrbau im Mittelrheingebiet (<i>Immo Eberl</i>)	358
HEINRICH MAULHARDT / THOMAS ZOTZ (Hrsg.), Villingen 999 – 1218. Aspekte seiner Stadtwerdung und Geschichte (<i>Daniel Kirn</i>)	280
GEORG MÖRSCH, Denkmalverständnis. Vorträge und Aufsätze 1990-2002 (<i>Robert Kaltenbrunner</i>)	363
RAINER MÜLLER, Mittelalterliche Dorfkirchen in Thüringen (<i>Ulman Weiss</i>)	82
CLEMENS-MARIA PEUSER / MICHAEL PEUSER, Charlottenburg in königlicher und kaiserlicher Zeit (<i>Thomas Wolfes</i>)	278
RAINER REDIES / ANDRÉ WAIS (Hrsg.), Reichsstädte im deutschen Südwesten (<i>Max Plassmann</i>)	85

ANJA RIECK, Frankfurt am Main unter schwedischer Besatzung 1631-1635 (<i>Michael Kaiser</i>)	359
GUNHILD ROTH, Peter Eschenloer. Geschichte des Stadt Breslau (<i>Immo Eberl</i>)	270
CHRISTIAN SAEHRENDT, Der Stellungskrieg der Denkmäler. Kriegerdenkmäler im Berlin der Zwischenkriegszeit (<i>Winfried Mönch</i>)	276
INGRID SCHEURMANN u.a., Kulturerbe bewahren. Förderprojekte der Deutschen Stiftung Denkmalschutz (<i>Dieter Martin</i>)	90
JÜRGEN SCHMIDT, Begrenzte Spielräume. Eine Beziehungsgeschichte von Arbeiterschaft und Bürgertum am Beispiel Erfurts (<i>Ulman Weiß</i>)	272
GÜNTHER SCHMITT / MARTINA FISCHER, Kulturzentrum Kloster Herbrechtingen (<i>Immo Eberl</i>)	358
DIRK SCHUBERT, Die Gartenstadtidee zwischen reaktionärer Ideologie und pragmatischer Umsetzung (<i>Renate Kastorff-Viehmann</i>)	362
FREDERICK TAYLOR, Dresden. Dienstag, 13. Februar 1945, militärische Logik oder blanker Terror? (<i>Winfried Mönch</i>)	179
FRANK UEKÖTTER, Von der Rauchplage zur ökologischen Revolution. Eine Geschichte der Luftverschmutzung in Deutschland und den USA 1880-1970 (<i>Michael Wettengel</i>)	366
VÖLKER ZIEGLER, Die Familie Jobst und das Chinin; BEATE MACK, Leben und Werk von Fridrich von Jobst (<i>Wolfgang Kress</i>)	88
 Annotationen	 182
 Eingegangene Literatur 2004	 94